



Statistische
Rundschau
Nordrhein
Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

9

September 1990

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

42. Jahrgang · September 1990

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf: (0211) 44 97 1,
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 9009



Inhalt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Inter- und intraregionale Unterschiede der Wert- schöpfung in der Bundesrepublik Deutschland	639
	Zusammenhang zwischen dem Brutto- und dem Nettoinlandsprodukt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer	650
Produzierendes Gewerbe	Industrieproduktion im Juli 1990	657
	Auftragseingänge in der Industrie im Juli 1990	662
Steuern und Finanzen	Umsätze und Umsatzsteuer 1988	658
	Durchschnittseinkünfte der Lohn- und Einkom- mensteuerpflichtigen 1986	672
Bevölkerung	Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Gemeinden	663
Preise, Löhne und Gehälter	Preisindex für die Lebenshaltung im August 1990	675
	Bruttojahresverdienste 1989	667
	Handwerkerverdienste im Mai 1990	667
Land- und Forstwirtschaft	Getreideernte 1990	667
Arbeitsstättenzählung	Die Struktur der Unternehmen am 25. Mai 1987	668
Umweltschutz	Wasserversorgung 1987	674
	Nitratbelastung des Wassers im Jahre 1987	675
	Tabellenteil	678
	Zahlenspiegel	686

Zeichenerklärung

(nach DIN 55301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Inter- und intraregionale Unterschiede der Wertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland

Der in der Bundesrepublik Deutschland für die amtlichen regionalen Sozialproduktberechnungen allein zuständige „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Aufgabe, die vom Statistischen Bundesamt gemäß Bundesstatistikgesetz¹⁾ für das Bundesgebiet insgesamt durchzuführenden Berechnungen für die einzelnen Bundesländer – bei ausgewählten volkswirtschaftlichen Aggregaten auch für noch kleinere Gebietseinheiten – soweit wie möglich nachzuvollziehen. Dabei sind für alle Länder einheitliche Datengrundlagen und Berechnungsverfahren anzuwenden, damit die interregionale Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet ist. Der Vergleich der Ergebnisse der Sozialproduktberechnungen von Region zu Region bezieht sich vor allem auf das Wirtschaftswachstum (gemessen durch die Veränderung des Sozialprodukts oder Inlandsprodukts im Zeitablauf), die Wirtschaftskraft (wirtschaftliche Leistung bezogen auf eine Inputgröße wie die Anzahl der Beschäftigten) und die Wirtschaftsstruktur (Anteile verschiedener Wirtschaftsbereiche an der Gesamtwirtschaft). Die Sozialproduktberechnungen der statistischen Landesämter – wie auch die des Statistischen Bundesamtes – werden für jedes Berichtsjahr mehrfach durchgeführt, indem jeweils der fortlaufende Anfall von Basisdaten genutzt und so eine von Berechnung zu Berechnung zunehmende Genauigkeit erzielt wird. Die frühesten Ergebnisse unterhalb der Ebene des Bundesgebietes beschränken sich auf Globalaussagen über das Wirtschaftswachstum und die Wirtschaftskraft der Bundesländer; weder über die Wirtschaftsstruktur noch über regionale Einheiten innerhalb der Länder liegen zu diesem Zeitpunkt

aktuelle Informationen vor. In den folgenden Berechnungsphasen wird zunächst die Gesamtleistung jedes Landes nach Wirtschaftsbereichen gegliedert. Kleinräumige Ergebnisse – für Kreise und kreisfreie Städte – fallen erst ca. 23 Monate nach Abschluß jedes Berichtsjahres an. Das Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit ist vorrangig darauf gerichtet, in kürzester Zeit nach dem Jahresende Informationen über das gerade abgelaufene Jahr zu erhalten. Diese Informationen können demnach neben den – bereits tiefer gegliederten – Bundeswerten für jedes Bundesland nur einen weder sektoral noch regional aufgegliederten Wert über das Wachstum bzw. die Wirtschaftskraft umfassen²⁾. Jeder Landeswert ist dabei – als gewogenes arithmetisches Mittel – ein Durchschnittswert, in dem alle Unterschiede von Wirtschaftsbereich zu Wirtschaftsbereich und von Region zu Region innerhalb des Landes untergehen. Die Konsumenten der Ergebnisse der Sozialproduktberechnung verwenden die Landesdurchschnitte gelegentlich, ohne die Möglichkeit dieser Unterschiede bei der Interpretation gebührend zu beachten. Durch die unzureichend oder gar nicht kommentierte Gegenüberstellung der Durchschnittswerte der Bundesländer wird suggeriert, ein Land sei generell wachstumsfördernd bzw. -hemmend oder wirtschaftsstarke bzw. -schwach. Besonders pikant wird dieser Eindruck, wenn dazu vermerkt wird, es handele sich um ein CDU- bzw. ein SPD-geführtes Land³⁾. Diese aus Mangel an besseren Informationen oder zur bewußten Täuschung vorgenommene Schuldzuweisung würde sich zweifellos in den meisten Fällen als unsinnig erweisen, wenn man berücksichtigen würde, daß in einem durchschnittlich wachstumsstarken Land die dort dominierenden wachstumsstarken Wirtschaftszwei-

ge sich vielleicht nicht besser entwickelt haben als in einem durchschnittlich schwachen Land, wo diese Zweige unterrepräsentiert sind, oder daß das starke Land neben den florierenden Gebietsteilen auch eine Minderheit von Bezirken umfaßt, die vielleicht noch schwächer gewachsen sind als die schwächsten Bezirke des schwachen Landes. Die folgenden Ausführungen stellen dar, wie Aussagen über die interregionalen Unterschiede – d. h. die Variation der Durchschnittswerte der Bundesländer – durch Aussagen über die intraregionalen Unterschiede – die Variation der Ergebnisse für die regionalen Untergliederungen innerhalb der Länder – zu ergänzen sind und daraus die zu ziehenden Schlüsse ggf. revidiert werden müssen.

Ausgewertet werden Daten der Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen) für alle Bundesländer und deren Kreise und kreisfreie Städte⁴⁾ sowie für die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Bruttowertschöpfung der regionalen Einheiten innerhalb der Länder wird in Nordrhein-Westfalen für jedes Jahr, in den anderen Ländern dagegen nur für jedes gerade Kalenderjahr berechnet. Die hier verwendeten Daten beziehen sich auf das bundesweit zur Zeit noch neueste gemeinsame Berichtsjahr 1986. Als Bezugsgröße wird die dem Inlandskonzept der Wertschöpfung entsprechende Anzahl der Beschäftigten – Arbeitnehmer, Selbständige, mithelfende Familienangehörige – nach dem Arbeitsortprinzip verwendet. Bisher gibt es noch keine bundesweit nach einheitlicher Methode ermittelten laufenden Beschäftigtenzahlen für die unteren Verwaltungsbezirke. Ersatzweise wird daher die Bruttowertschöpfung

1) Vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. 1. 1987 (Bundesgesetzblatt 1987 Teil I S. 462 ff.)

2) Vgl.: Institut der deutschen Wirtschaft: Wirtschaftswachstum – Aufsteiger und Absteiger. Informationsdienst „iwv“ vom 4. 1. 1990, Köln.

3) Vgl.: „Wirtschaftswachstum der Länder“, imu-bil-dinfo Nr. 90 02 49 vom 15. 2. 1990, Essen.

4) Vgl.: Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Landesämter: Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1986. Heft 18 der Reihe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Stuttgart 1989.

des Jahres 1986 auf die Beschäftigtenzahlen des Stichtags (25. 5.) der Arbeitsstättenzählung 1987 bezogen. Diese Hilfskonstruktion macht zwar die Quotienten „Wertschöpfung je Beschäftigten“ zur Verwendung als absolute Zahlen unbrauchbar, erscheint jedoch dann als Näherungslösung tragbar, wenn es wie hier nur um die Variation von Region zu Region geht. Um das Ausmaß der Verzerrung durch die Bezugnahme eines Zählers von 1986 auf einen Nenner von 1987 abzuschätzen, werden die nordrhein-westfälischen Wertschöpfungsdaten zusätzlich durch die jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenzahlen für 1986⁵⁾ dividiert, die aus laufenden landeseigenen Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen vorliegen⁶⁾.

In den kartographischen Darstellungen entspricht die Dichte der Schraffur der Größe des darzustellenden Merkmalswertes; der niedrigste vorkommende Wert ist als weiße Fläche, der höchste als fast schwarze Fläche dargestellt. Der Landeswert der Bruttowertschöpfung je Beschäftigten ist in Hamburg mit 122 % des Bundesdurchschnitts bei weitem am größten. An zweiter Stelle folgt Hessen mit 107 % des Bundesdurchschnitts. Merklich überdurchschnittliche Werte haben auch die anderen Stadtstaaten Bremen (106 %) und West-Berlin (103 %). Schleswig-Holstein übertrifft den Bundesdurchschnitt geringfügig (101 %), Nordrhein-Westfalen stimmt mit ihm fast genau überein. Die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten beträgt in Rheinland-Pfalz 98 % sowie in Niedersachsen, Baden-Württemberg

und Bayern jeweils 97 % des Bundesdurchschnitts. Deutlich niedriger ist der Landeswert mit 92 % im Saarland. Diese auf die Beschäftigtenzahlen der Arbeitsstättenzählung bezogenen Landeswerte weichen von denjenigen ab, die sich aufgrund der – in der regionalen Gliederung nur für die Länder vorliegenden – im Rahmen der Sozialproduktsberechnung selbst ermittelten Beschäftigtenzahlen⁷⁾ ergeben. Auch die Reihenfolge der Pro-Kopf-Werte der Länder ist nach den „Sozialprodukts-Beschäftigten“ anders als nach den „Arbeitsstätten-Beschäftigten“. Die beiden Typen von Pro-Kopf-Werten stehen jedoch zueinander in starkem positiven Zusammenhang; der Spearman-Rangkorrelationskoeffizient beträgt +0,84, der Pearson-Korrelationskoeffizient sogar +0,96. Daher erscheint es im Hinblick auf das gestellte Thema vertretbar, die für die kleineren regionalen Einheiten zwangsläufig verwendete Bezugsgröße „Arbeitsstätten-Beschäftigte“ auch für die Bundesländer beizubehalten. Damit ist die Vergleichbarkeit des Quotienten „Wertschöpfung je Beschäftigten“ über alle untersuchten regionalen Einheiten sichergestellt.

Das Land Schleswig-Holstein umfaßt 15 Kreise und kreisfreie Städte. Deren Bruttowertschöpfung je Beschäftigten beträgt zwischen 137 % und 84 % des Landesdurchschnitts. 7 Kreise oder kreisfreie Städte liegen über, 8 liegen unter dem Landesdurchschnitt. Niedersachsen besteht aus 47 Kreisen bzw. kreisfreien Städten. Der größte Wert der Wertschöpfung je Beschäftigten beträgt hier 130 %, der kleinste Wert ebenfalls 84 % des Landesdurchschnitts. 14 Bezirke haben einen über, 33 einen unter dem Landesdurchschnitt liegenden Wert. Der Unterschied zwischen den Pro-Kopf-Werten der beiden Verwaltungsbezirke des Landes Bremen macht ca. 20 % des Landesdurchschnitts aus. Zu Hes-

sen gehören 26 Kreise einschließlich der kreisfreien Städte. Der Maximalwert erreicht 129 %, der Minimalwert 75 % des Landesdurchschnitts. Über diesem liegen 6, darunter 20 Bezirke. Rheinland-Pfalz besteht aus 36 Kreisen bzw. kreisfreien Städten. Die Wertschöpfung je Beschäftigten streut hier zwischen 156 % und 65 % des Landesdurchschnitts. Überdurchschnittliche Werte weisen 9, unterdurchschnittliche Werte 27 Bezirke auf. In Baden-Württemberg gibt es 44 Kreise und kreisfreie Städte. Die Extremwerte betragen 138 % bzw. 85 % des Landesdurchschnitts. Dieser wird von 6 Bezirken über- und von 38 Bezirken unterschritten. Bayern setzt sich aus 96 Kreisen und kreisfreien Städten zusammen. Der Bezirk mit dem größten Pro-Kopf-Betrag erreicht 185 %, der Bezirk mit dem kleinsten Betrag 73 % des Landesdurchschnitts. Darüber liegen 22, darunter 74 Bezirke. Das Saarland ist in 6 Kreise bzw. kreisfreie Städte gegliedert. Deren Wertschöpfung je Beschäftigten macht zwischen 105 % und 86 % des Landesdurchschnitts aus. 2 Bezirke liegen über, 4 unter dem Landesdurchschnitt. Das Land Nordrhein-Westfalen umfaßt 54 Kreise und kreisfreie Städte. Der größte Pro-Kopf-Betrag erreicht 138 %, der kleinste 78 % des Landesdurchschnitts. Die Wertschöpfung je Beschäftigten beträgt in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Landesdurchschnitt

- bei 2 Bezirken unter 80 %
- bei 18 Bezirken 80 bis unter 90 %
- bei 21 Bezirken 90 bis unter 100 %
- bei 3 Bezirken 100 bis unter 110 %
- bei 6 Bezirken 110 bis unter 120 %
- bei 2 Bezirken 120 bis unter 130 %
- bei 2 Bezirken mindestens 130 %.

Bei den Abweichungen von den Landesdurchschnitten fällt neben der großen Streubreite vor allem die Asymmetrie auf. Von den 324 Kreisen und kreisfreien Städten des Bundesgebietes – ohne die drei Stadtstaaten

5) Vgl.: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens, Ausgabe 1987.

6) Zur Methode vgl.: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Die Beschäftigtenentwicklung in Nordrhein-Westfalen 1978 – 1983, Ergebnisse einer regional und sektoral disaggregierten Analyse. Heft 539 der „Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen“.

7) Vgl.: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Die Entstehung des Inlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen 1970 – 1988. Statistischer Bericht P 1 1 von Januar 1990.

– haben 245 unter, dagegen nur 79 über dem jeweiligen Landesdurchschnitt liegende Pro-Kopf-Werte. Die Kreiswerte der einzelnen Länder sind keineswegs nur um ihren eigenen Landesdurchschnitt konzentriert. Von den 326 Kreisen und kreisfreien Städten – ohne Berlin und Hamburg, aber einschließlich der beiden Städte des Landes Bremen – sind 313 nach der Wertschöpfung je Beschäftigten von ihrem eigenen Landesdurchschnitt weiter entfernt als von dem Durchschnittswert mindestens eines anderen Landes einschließlich der Stadtstaaten. Dementsprechend schlecht sind diese Kreiswerte durch ihre Landesdurchschnitte repräsentiert. Dagegen müßten an die Aussagefähigkeit der Landesdurchschnitte die Anforderungen gestellt werden, daß die Kreiswerte innerhalb jedes Landes nur wenig streuen sowie eingipflig und zumindest annähernd symmetrisch verteilt sind.

Das Bild wird noch verwirrender, wenn die Wertschöpfung je Beschäftigten der Kreise und kreisfreien Städte aller Länder in Beziehung zum Bundesdurchschnitt gesetzt wird. Der größte Wert beträgt 178 %, der kleinste 64 % des Bundesdurchschnitts. Von den 22 kleinsten Werten entfallen 15 auf bayerische und 7 auf rheinland-pfälzische Bezirke. Von den 5 größten Werten gehören 3 zu Bayern und 2 zu Rheinland-Pfalz. Die Konzentration der extremen Werte auf diese beiden Länder ist damit zu erklären, daß deren Bezirke zum Teil verhältnismäßig klein sind. Ein kleiner Bezirk hat dementsprechend wenige Wirtschaftseinheiten, so daß die Wahrscheinlichkeit relativ groß ist, daß sich darunter ganz überwiegend wertschöpfungsstarke bzw. wertschöpfungsschwache Einheiten befinden. Die Kreiswerte des Landes Schleswig-Holstein liegen zwischen 138 % und 85 % des Bundesdurchschnitts. Dieser wird dabei von 8 Bezirken über- und von 7 un-

terschritten. In Niedersachsen erreichen die Extremwerte 127 % und 82 % des Bundesdurchschnitts. 11 Bezirke liegen darüber, 36 darunter. Von den beiden Verwaltungsbezirken des Landes Bremen liegt einer über und einer unter dem Bundesdurchschnitt. Der Unterschied zwischen den Pro-Kopf-Beträgen macht ca. 21 % des Bundesdurchschnitts aus. In Nordrhein-Westfalen betragen die Extremwerte 138 % und 78 %. Hier haben 13 Kreise bzw. kreisfreie Städte über- und 41 unterdurchschnittliche Werte. In Hessen variieren die Kreiswerte zwischen 139 % und 81 %. 9 Bezirke überschreiten den Bundesdurchschnitt, 17 bleiben darunter. Rheinland-Pfalz weist die Extremwerte 153 % und 64 % auf. Hier gibt es 8 über- und 28 unterdurchschnittliche Bezirke. In Baden-Württemberg beträgt der größte Wert 133 % und der kleinste 82 %. In 5 Bezirken sind die Pro-Kopf-Werte größer und in 39 kleiner als der Bundesdurchschnitt. In Bayern liegen die Kreiswerte zwischen 178 % und 70 %. 14 Werte sind über-, 82 dagegen unterdurchschnittlich. Im Saarland erreichen die Extremwerte 97 % und 79 %. Damit bleiben alle Bezirke dieses Landes unter dem Bundesdurchschnitt. Von den 328 Kreisen und kreisfreien Städten des Bundesgebietes – einschließlich der drei Stadtstaaten - - haben nur 71 über, dagegen 257 unter dem Bundesdurchschnitt liegende Beträge der Wertschöpfung je Beschäftigten. Auch hier zeigt sich die bereits in bezug auf die Landesdurchschnitte festgestellte Asymmetrie zu Lasten der hohen Werte. Unter den nach Abzug der Verwaltungsbezirke der Stadtstaaten verbleibenden 324 Kreisen und kreisfreien Städten des Bundesgebietes weichen nach der Wertschöpfung je Beschäftigten 103 in anderer Richtung als ihr jeweiliger Landesdurchschnitt vom Bundesdurchschnitt ab. Die Reihenfolge der Landesdurchschnitte ist daher ohne Berücksichtigung der Variation der Kreiswerte innerhalb der Länder wenig aussagefähig.

Unter den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes Nordrhein-Westfalen tritt der mit 138 % des Landesdurchschnitts höchste Wert der Bruttowertschöpfung je Beschäftigten in der Stadt Gelsenkirchen auf. Hier hat der Wirtschaftszweig Mineralölverarbeitung ein besonders großes Gewicht. Die Bruttowertschöpfung – die die Verbrauchsteuern einschließt – wird in diesem Zweig durch die hohe Mineralölsteuer aufgebläht. Außerdem kommt die Mineralölverarbeitung wegen der kapitalintensiven Produktionsweise mit verhältnismäßig wenigen Beschäftigten aus. Über dem Landesdurchschnitt liegt die Wertschöpfung je Beschäftigten ferner in den folgenden nordrhein-westfälischen Kreisen und kreisfreien Städten:

(mindestens 120 % des Landesdurchschnitts) Erftkreis, Essen, Köln;
(110 bis unter 120 %) Düsseldorf, Bochum, Leverkusen, Kreis Neuss, Hagen, Remscheid;

(100 bis unter 110 %) Duisburg, Kreis Paderborn, Münster.

Die folgenden Kreise und kreisfreien Städte weisen unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Werte auf:

(90 bis unter 100 % des Landesdurchschnitts) Krefeld, Mönchengladbach, Kreis Kleve, Kreis Euskirchen, Kreis Siegen-Wittgenstein, Mülheim, Wuppertal, Kreis Herford, Oberhausen, Kreis Mettmann, Dortmund, Kreis Warendorf, Kreis Aachen, Kreis Minden-Lübbecke, Böttrop, Kreis Gütersloh, Kreis Recklinghausen, Kreis Coesfeld, Kreis Olpe, Herne, Rhein-Sieg-Kreis;

(80 bis unter 90 %) Kreis Unna, Oberbergischer Kreis, Solingen, Märkischer Kreis, Aachen, Bonn, Bielefeld, Kreis Soest, Kreis Wesel, Hamm, Hochsauerlandkreis, Kreis Höxter, Kreis Düren, Kreis Steinfurt, Kreis Lippe, Rheinisch-Bergischer Kreis, Ennepe-Ruhr-Kreis, Kreis Borken;

(unter 80 %) Kreis Viersen, Kreis Heinsberg.

Damit haben 10 der 23 kreisfreien Städte, dagegen nur 3 der 31 Kreise über dem Landesdurchschnitt liegende Werte.

Innerhalb der Kreise variiert die Wertschöpfung je Beschäftigten der kreisangehörigen Gemeinden zum Teil beträchtlich. Die folgende Aufstellung gibt für jeden Kreis des Landes Nordrhein-Westfalen den in Prozenten des Kreisdurchschnitts ausgedrückten Unterschied (a) zwischen dem größten und dem kleinsten Pro-Kopf-Wert an, die bei den zugehörigen kreisangehörigen Gemeinden vorkommen. Außerdem werden die Namen der Gemeinden mit dem größten (b) bzw. dem kleinsten (c) Wert sowie die Anzahl der über (d) und der unter (e) dem jeweiligen Kreisdurchschnitt liegenden Gemeinden angegeben. Die Kreise sind dabei nach der Größe des prozentualen Unterschieds zwischen den extremen Gemeindeverten geordnet.

Erfstkreis:

a 161 %, b Wesseling, c Erfstadt, d 2, e 8;

Kreis Siegen-Wittgenstein:

a 132 %, b Neunkirchen, c Bad Berleburg, d 5, e 6;

Kreis Düren:

a 118 %, b Nörvenich, c Aldenhoven, d 9, e 6;

Kreis Kleve:

a 115 %, b Kalkar, c Uedem, d 5, e 11;

Kreis Borken:

a 114 %, b Reken, c Isselburg, d 4, e 13;

Kreis Lippe:

a 111 %, b Augustdorf, c Barntrop, d 6, e 10;

Kreis Steinfurt:

a 81 %, b Lotte, c Wettringen, d 12, e 12;

Rhein-Sieg-Kreis:

a 80 %, b Niederkassel, c Swisttal, d 9, e 10;

Kreis Soest:

a 77 %, b Ense, c Bad Sassendorf, d 9, e 5;

Märkischer Kreis:

a 67 %, b Schalksmühle, c Halver, d 7, e 8;

Kreis Minden-Lübbecke:

a 66 %, b Porta Westfalica, c Hille, d 3, e 8;

Kreis Viersen:

a 63 %, b Kempen, c Brüggen, d 5, e 4;

Kreis Neuss:

a 63 %, b Dormagen, c Jüchen, d 3, e 5;

Kreis Wesel:

a 62 %, b Rheinberg, c Schermbeck, d 5, e 8;

Kreis Paderborn:

a 60 %, b Paderborn, c Altenbeken, d 1, e 9;

Kreis Heinsberg:

a 59 %, b Geilenkirchen, c Übach-Palenberg, d 6, e 4;

Kreis Aachen:

a 56 %, b Stolberg, c Rötgen, d 2, e 7;

Kreis Mettmann:

a 54 %, b Monheim, c Heiligenhaus, d 6, e 4;

Kreis Olpe:

a 53 %, b Lennestadt, c Kirchhundem, d 2, e 5;

Kreis Unna:

a 51 %, b Kamen, c Bergkamen, d 4, e 6;

Kreis Höxter:

a 50 %, b Beverungen, c Bad Driburg, d 7, e 3;

Kreis Euskirchen:

a 47 %, b Euskirchen, c Blankenheim, d 3, e 8;

Kreis Herford:

a 43 %, b Enger, c Spenge, d 3, e 6;

Kreis Gütersloh:

a 43 %, b Harsewinkel, c Steinhausen, d 5, e 8;

Ennepe-Ruhr-Kreis:

a 42 %, b Herdecke, c Breckerfeld, d 5, e 4;

Kreis Warendorf:

a 40 %, b Wadersloh, c Ostbevern, d 5, e 8;

Kreis Coesfeld:

a 39 %, b Coesfeld, c Havixbeck, d 3, e 8;

Hochsauerlandkreis:

a 38 %, b Meschede, c Marsberg, d 2, e 10;

Oberbergischer Kreis:

a 38 %, b Gummersbach, c Waldbröl, d 4, e 9;

Kreis Recklinghausen:

a 34 %, b Marl, c Waltrop, d 1, e 9;

Rheinisch-Bergischer Kreis:

a 23 %, b Leichlingen, c Burscheid, d 4, e 4.

Insgesamt liegen 226 kreisangehörige Gemeinden unter und nur 147 über ihrem jeweiligen Kreisdurchschnitt. Die Verteilung der Gemeindeverte ist somit stark asymmetrisch zu Lasten der überdurchschnittlichen Werte, womit sich das für die Kreiswerte bundesweit festgestellte Ergebnis innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen auf niedrigerer regionaler Ebene bestätigt. Von den 31 nordrhein-westfälischen Kreisen haben 7 – die Kreise Düren, Soest, Viersen, Heinsberg, Mettmann, Höxter und der Ennepe-Ruhr-Kreis – mehr über als unter dem

Kreisdurchschnitt liegende, 2 – die Kreise Steinfurt und Rheinisch-Bergischer Kreis – gleichviele über- wie unterdurchschnittliche und 22 mehr unter- als überdurchschnittliche kreisangehörige Gemeinden. Extrem asymmetrisch sind die Gemeinden in den Kreisen Paderborn und Recklinghausen verteilt, wo jeweils nur ein einziger Gemeindevert über dem Kreisdurchschnitt liegt. Von den 373 nordrhein-westfälischen kreisangehörigen Gemeinden sind 362 nach der Wertschöpfung je Beschäftigten von ihrem eigenen Kreisdurchschnitt weiter entfernt als von dem Durchschnittswert mindestens eines anderen nordrhein-westfälischen Kreises einschließlich der kreisfreien Städte. Dementsprechend gering ist die Konzentration der Gemeindeverte um ihre Kreisdurchschnitte. Der Vergleich der Kreisdurchschnitte untereinander ist damit – wie der Vergleich der Durchschnitte der Bundesländer – nur sehr beschränkt aussagefähig.

Die Wertschöpfung je Beschäftigten variiert in den nordrhein-westfälischen Gemeinden zwischen 304 % und 41 % des Landesdurchschnitts. Die fünf Gemeinden mit den höchsten Pro-Kopf-Werten – vom größten zum kleinsten – sind Wesseling (Erfstkreis), Neunkirchen (Kreis Siegen-Wittgenstein), Kalkar (Kreis Kleve), Bedburg-Hau (Kreis Kleve) und Augustdorf (Kreis Lippe); die fünf Gemeinden mit den niedrigsten Pro-Kopf-Werten – vom kleinsten zum größten – sind Aldenhoven (Kreis Düren), Brüggen (Kreis Viersen), Swisttal (Rhein-Sieg-Kreis), Altenbeken (Kreis Paderborn) und Isselburg (Kreis Borken). Die 9 höchsten und die 206 niedrigsten Werte gehören zu kreisangehörigen Gemeinden; Extremwerte einzelner Arbeitsstätten können eher in kleinen als in großen Gebietseinheiten durchschlagen. Von den 396 kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten des Landes Nordrhein-Westfalen

liegen nur 82 über, dagegen 314 unter dem Landesdurchschnitt; auch hier zeigt sich die typische Asymmetrie. In keinem Kreis überschreiten alle kreisangehörigen Gemeinden den Landesdurchschnitt. Nur in einem Kreis – Rheinisch-Bergischer Kreis – sind die Pro-Kopf-Werte aller Gemeinden kleiner als der Landesdurchschnitt. In 30 Kreisen erreichen die Gemeinden teilweise über und teilweise unter dem Landesdurchschnitt liegende Werte, wobei in einem Fall – Erftkreis – die überdurchschnittlichen Gemeindegewerte in der Mehrzahl sind, in einem Fall – Kreis Neuss – die Anzahl der überdurchschnittlichen gleich der der unterdurchschnittlichen Gemeinden ist und in den übrigen Fällen die unterdurchschnittlichen Werte – zum Teil weitaus – zahlreicher sind als die überdurchschnittlichen. Unter den 373 nordrhein-westfälischen kreisangehörigen Gemeinden weichen nach der Wertschöpfung je Beschäftigten 76 in anderer Richtung als ihr jeweiliger Kreisdurchschnitt vom Landesdurchschnitt ab. Darin zeigt sich die Notwendigkeit, bei einem Vergleich der Kreiswerte auch die Unterschiede zwischen den kreisangehörigen Gemeinden zu berücksichtigen.

Für die nordrhein-westfälischen Kreise und Gemeinden liegen außer den Beschäftigtenzahlen der Arbeitsstättenzählung 1987 und den bereits erwähnten (vgl. Fußnoten 5 und 6) Ergebnissen der laufenden landeseigenen Beschäftigtenberechnungen noch weitere gesamtwirtschaftliche Beschäftigtenzahlen vor. Diese ergeben sich, indem die laufenden kleinräumigen Zahlen den im Rahmen der gemeinsamen Sozialproduktberechnung der statistischen Landesämter – in der regionalen Gliederung nur für die Länder – ermittelten Beschäftigtenzahlen (vgl. Fußnote 7) rechnerisch angepaßt werden. Die Anpassung erfolgt, indem – gesondert in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

– die aus der landeseigenen Berechnung übernommene branchenspezifische Zahl jedes kleineren Bezirks einheitlich um denjenigen Prozentsatz erhöht oder erniedrigt wird, um den die aus der gemeinsamen Berechnung stammende Zahl des Landes in der jeweiligen Branche die Landesumme der Zahlen aller kleineren Bezirke über- oder unterschreitet⁸⁾. Den drei Arten von Beschäftigtenzahlen entsprechend können für die nordrhein-westfälischen Kreise und Gemeinden die folgenden Pro-Kopf-Werte gebildet werden:

Variable 1 = Bruttowertschöpfung 1986 dividiert durch die Anzahl der Beschäftigten am Stichtag der Arbeitsstättenzählung 1987,

Variable 2 = Bruttowertschöpfung 1986 dividiert durch die Beschäftigtenzahl aus der landeseigenen Berechnung im Jahresdurchschnitt 1986,

Variable 3 = Bruttowertschöpfung 1986 dividiert durch die der Landesumme der „Sozialprodukts-Beschäftigten“ angepaßte Beschäftigtenzahl im Jahresdurchschnitt 1986.

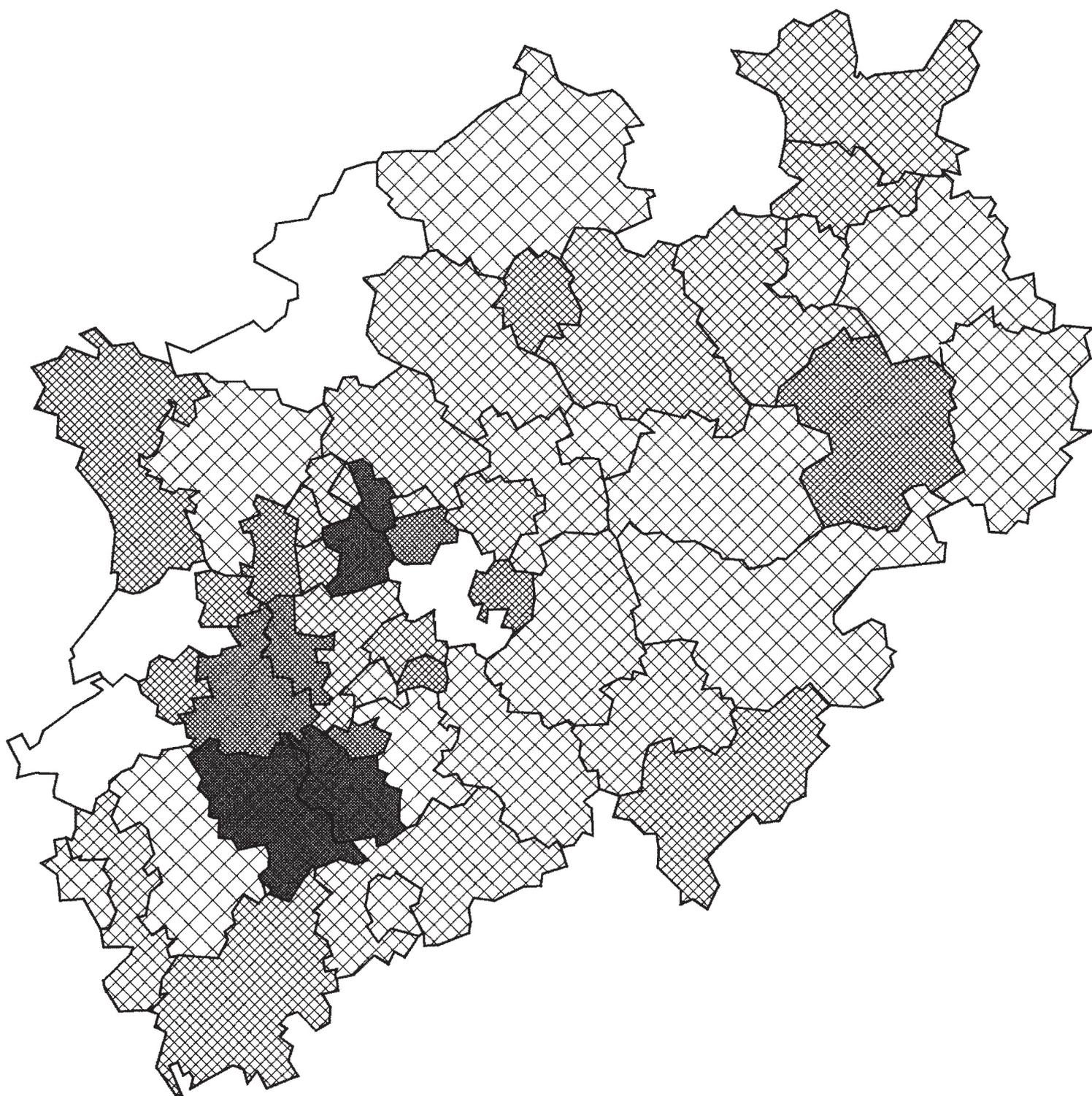
Für die 54 Kreise und kreisfreien Städte des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt der (Pearson-)Korrelationskoeffizient der Variablen 1 und 2 $r_{12} = +0,94$, der Variablen 1 und 3 ebenfalls $r_{13} = +0,94$ und der Variablen 2 und 3 $r_{23} = +0,99$. Für die 396 Gemeinden ergeben sich die Koeffizienten $r_{12} = +0,79$, $r_{13} = +0,78$ und $r_{23} = +0,99$. Für die Gemeinden innerhalb der 31 einzelnen Kreise sind die Koeffizienten unterschiedlich, liegen jedoch überwiegend in einem engen Variationsbereich. Von den gesondert je Kreis über die Gemeinden berechneten Koeffizienten r_{12} fallen sechs in den Wertebereich +0,9 bis +1,0, neun

in den Bereich +0,8 bis +0,9, fünf in den Bereich +0,7 bis +0,8, vier in den Bereich +0,6 bis +0,7 und die verbleibenden sieben in den Bereich unter +0,6. Von den Koeffizienten r_{13} liegen sieben im Bereich +0,9 bis +1,0, sechs im Bereich +0,8 bis +0,9, acht im Bereich +0,7 bis +0,8, drei im Bereich +0,6 bis +0,7 und die übrigen sieben im Bereich unter +0,6. Die Verteilungen der Koeffizienten r_{12} und r_{13} sind damit sehr ähnlich. Die Koeffizienten r_{23} sind demgegenüber noch wesentlich stärker konzentriert: Der Wert +1,00 tritt siebenmal, der Wert +0,99 sechszehnmals, der Wert +0,98 sechsmal und ein kleinerer Wert zweimal (+0,97 und +0,95) auf. Demnach sind alle Korrelationskoeffizienten positiv und haben weit überwiegend hohe bis sehr hohe Werte. Der nahezu perfekte Zusammenhang der Variablen 2 und 3 ist mit deren enger methodischer Verknüpfung zu erklären. Die Koeffizienten r_{12} und r_{13} haben zwar geringere, aber immer noch ausreichend hohe Werte, so daß der Schluß gerechtfertigt ist, daß die Division der Bruttowertschöpfung des Jahres 1986 durch Beschäftigtenzahlen der Arbeitsstättenzählung 1987 anstelle von – nach der einen oder der anderen Art ermittelten – jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenzahlen des Jahres 1986 zu keiner unvertretbar großen Verzerrung in der Variation der Pro-Kopf-Werte führt.

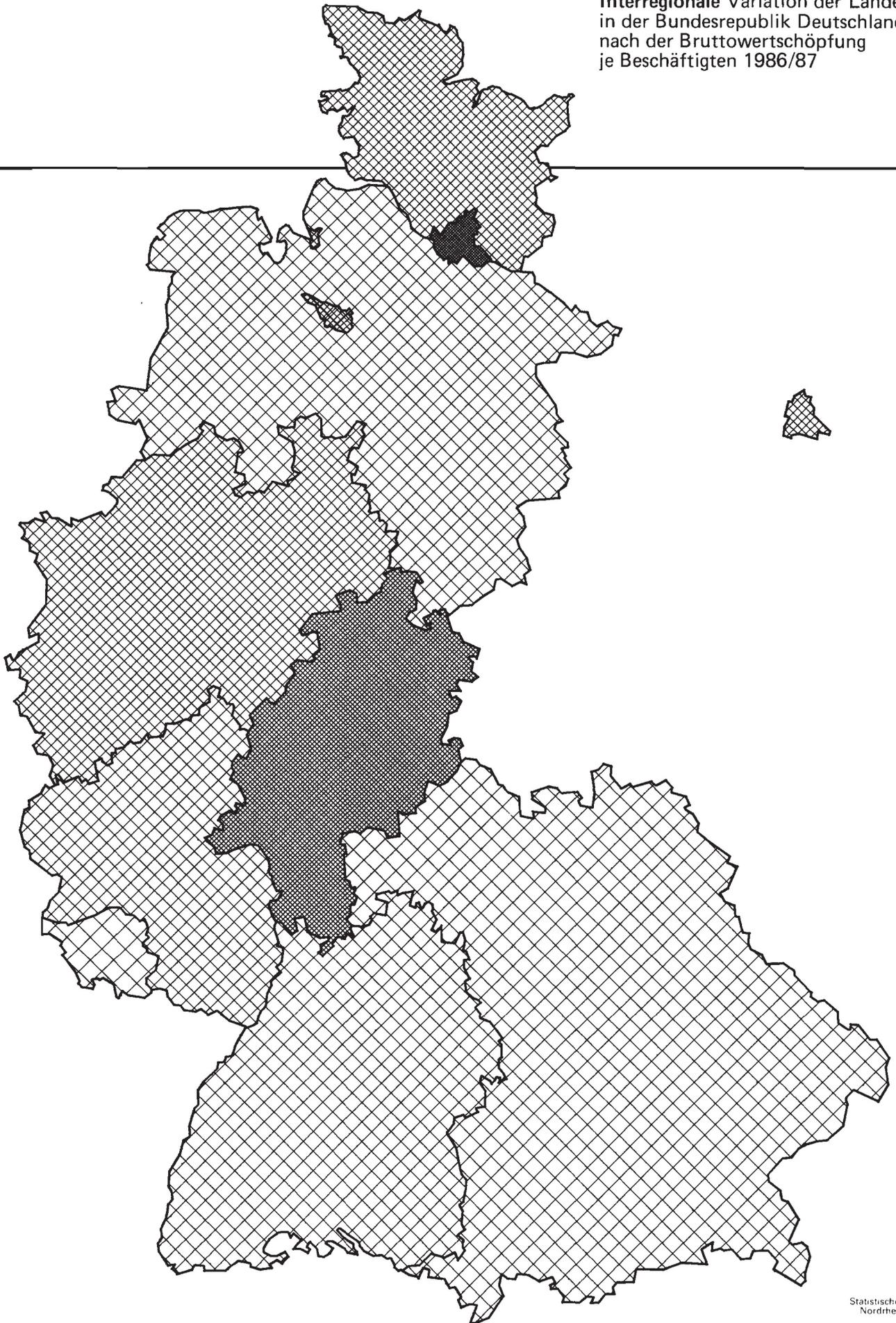
Wegen des unterschiedlichen Niveaus der Wertschöpfung je Beschäftigten der übergeordneten Regionen – Länder bzw. Kreise – ist es zur Beurteilung der Variation innerhalb der Regionen – von Kreis zu Kreis bzw. von Gemeinde zu Gemeinde – zweckmäßig, die Streuung der Einzelwerte der verglichenen Gebiete in Einheiten ihres arithmetischen Mittels auszudrücken. Als sinnvolles Streuungsmaß wird daher hier der Variationskoeffizient – der Quotient aus deskriptiver Standardabweichung und arithmetischem Mittel – verwendet. Der

8) Vgl.: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Die Wertschöpfung zu Marktpreisen in Nordrhein-Westfalen 1986 – Ergebnisse für kreisfreie Städte, Kreise und Arbeitsmarktregionen. Statistischer Bericht P II 1 vom Dezember 1988.

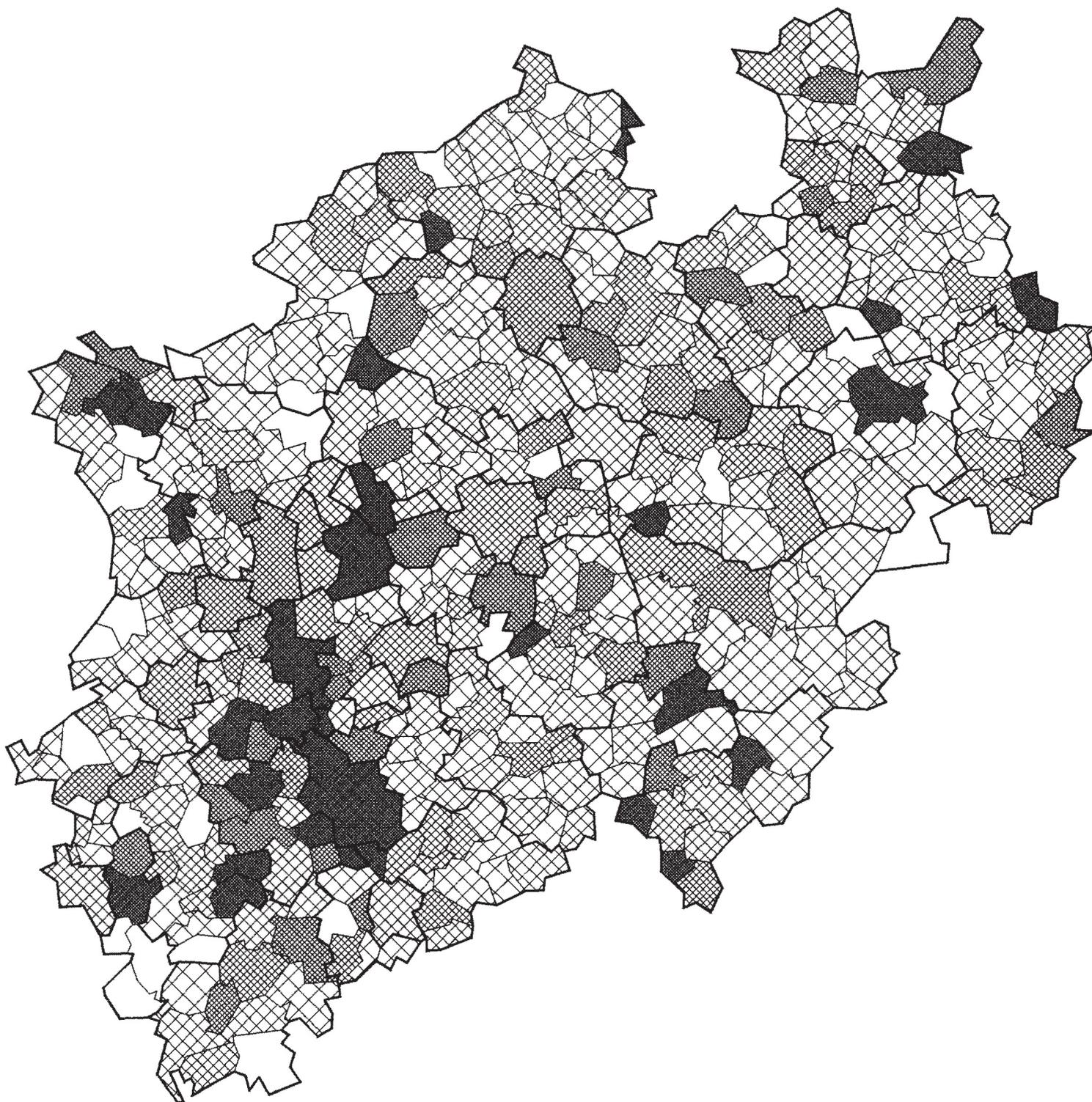
**Interregionale Variation
der Kreise und kreisfreien Städte
in Nordrhein-Westfalen
nach der Bruttowertschöpfung
je Beschäftigten 1986/87**



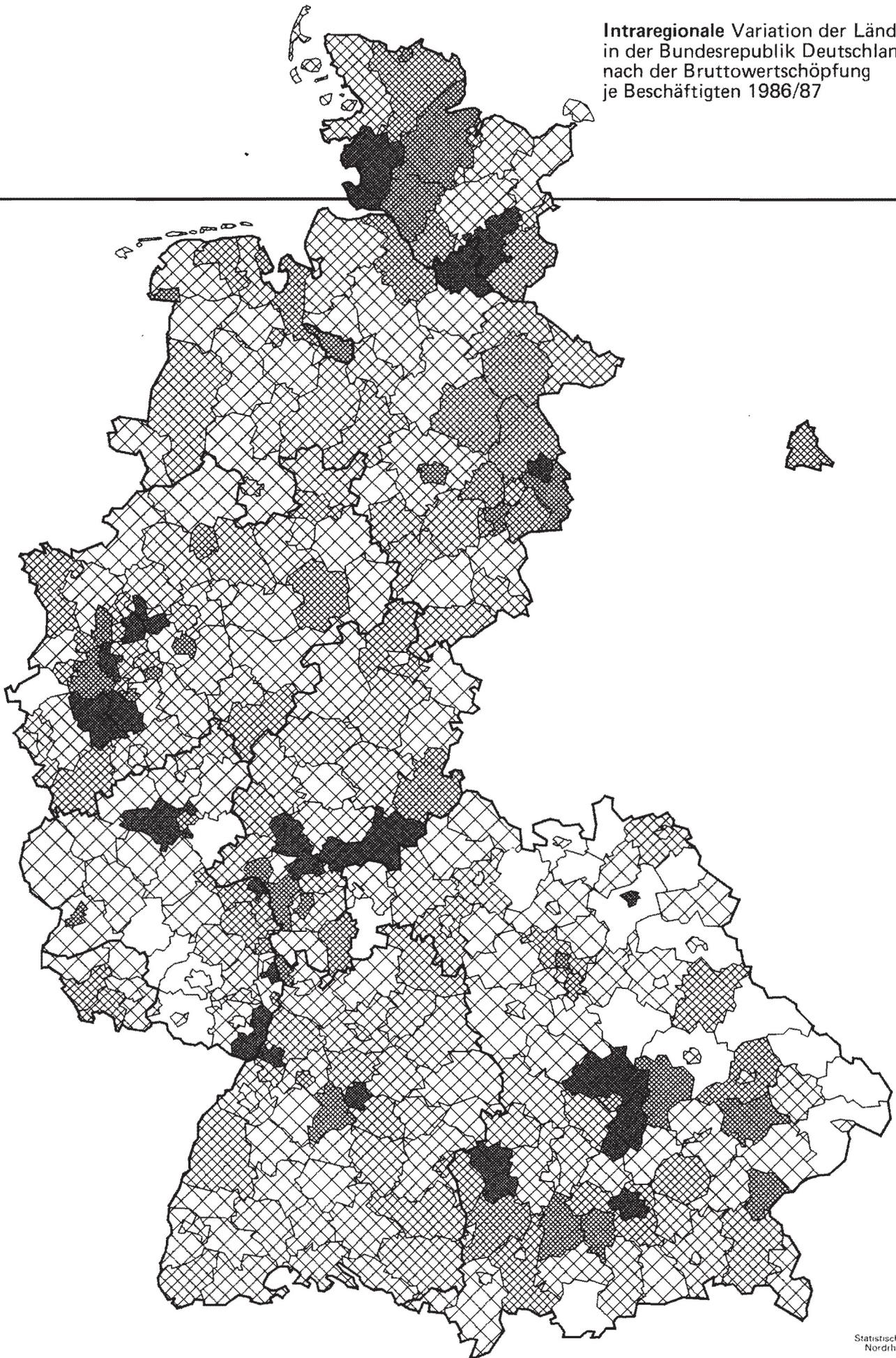
Interregionale Variation der Länder
in der Bundesrepublik Deutschland
nach der Bruttowertschöpfung
je Beschäftigten 1986/87



**Intraregionale Variation
der Kreise und kreisfreien Städte
in Nordrhein-Westfalen
nach der Bruttowertschöpfung
je Beschäftigten 1986/87**



Intraregionale Variation der Länder
in der Bundesrepublik Deutschland
nach der Bruttowertschöpfung
je Beschäftigten 1986/87



Variationskoeffizient bietet zusätzlich den Vorteil, daß er einen im jeweiligen Anwendungsfall gesondert errechenbaren Maximalwert hat. Der Quotient aus dem Variationskoeffizienten und seinem Maximalwert ist dann der „relative Variationskoeffizient“, dessen Wert zwischen Null und 100 % liegt und daher leicht und für alle Anwendungsfälle vergleichbar interpretiert werden kann. Wenn wie hier die Standardabweichung deskriptiv – d. h. als Quadratwurzel aus der „N-Varianz“⁹⁾ – verwendet wird, beträgt der Maximalwert des Variationskoeffizienten bei N in das arithmetische Mittel eingehenden regionalen Einheiten $\sqrt{N-1}$. Da die mathematische Ableitung dieses Maximalwertes in den meisten verbreiteten Lehrbüchern entweder gar nicht oder nur andeutungsweise mit zudem unklaren oder fehlerhaften Hinweisen auf die Voraussetzungen enthalten

ist¹⁰⁾, wird hier der vollständige Beweis in einem Exkurs (s.unten) dargestellt.

Der relative Variationskoeffizient – der in Prozenten seines Maximalwertes ausgedrückte Quotient aus Standardabweichung und arithmetischem Mittel der Bruttowertschöpfung 1986 je Beschäftigten der Arbeitsstättenzählung 1987 – beträgt für die Pro-Kopf-Werte der 11 Bundesländer 2,4 %. Für die 328 Kreise und kreisfreien Städte (einschl. der Stadtstaaten) des Bundesgebietes ergibt sich ein Koeffizient von 0,9 %. Die relative Streuung der Werte der Kreise und kreisfreien Städte ist innerhalb der einzelnen Bundesländer wesentlich größer: Bremen 10,6 %, Saarland 3,7 %, Rheinland-Pfalz 3,5 %, Schleswig-Holstein 3,4 %, Hessen 3,0 %, Bayern 1,9 %, Nordrhein-Westfalen 1,9 %, Baden-Württemberg 1,5 %, Niedersachsen 1,4 %.

Die Pro-Kopf-Werte der 396 Gemeinden (einschl. der kreisfreien Städte) des Landes Nordrhein-Westfalen haben einen relativen Variationskoeffizienten von 1,2 %. Auch hier zeigt sich, daß die Variation der Werte der kreisangehörigen Gemeinden innerhalb der einzelnen Kreise in jedem Fall wesentlich größer ist. Die nordrhein-westfälischen Kreise haben Koeffizienten zwischen 15,8 % (Erftkreis) und 2,5 % (Rheinisch-Bergischer Kreis). In den 31 Kreisen liegen die Koeffizienten in 6 Fällen unter 4 %, in 22 Fällen zwischen 4 % und 8 % und in 3 Fällen bei mindestens 8 %. Wenn damit auch sämtliche gemessenen relativen Variationskoeffizienten weit von ihrem theoretischen Maximum 100 % entfernt sind, so unterscheiden sie sich doch erheblich voneinander. Der Wert des größten vorkommenden Koeffizienten ist ca. achtzehnmal so groß wie der Wert des kleinsten Koeffizienten. Durch die Nichtbeachtung der derartig unterschiedlichen intraregionalen Streuung können interregionale Kontraste vorgetäuscht oder überzeichnet werden.

9) Vgl.: SAS Institute Inc.: SAS User's Guide – Basics, Version 5 Edition. Cary (North Carolina) 1985, S.1182f.

10) Vgl.: Lothar Sachs: Angewandte Statistik – Planung und Auswertung, Methoden und Modelle. Springer-Verlag Berlin-Heidelberg-New York 1973, S. 64 f.

Exkurs: Maximalwert des Variationskoeffizienten

x = nicht negativer Wert eines quantitativen Merkmals (z. B. Wertschöpfung je Beschäftigten)

$i = 1, 2, \dots, N$
 $k = 1, 2, \dots, N$ } = laufende Nummer des Merkmalsträgers (z. B. Bundesland)

N = Anzahl der Merkmalsträger

$V = \frac{\sigma}{\bar{x}}$ = deskriptiver Variationskoeffizient

mit deskriptiver Standardabweichung
$$\sigma = \sqrt{\frac{1}{N} \left[\sum_{i=1}^N x_i^2 - \frac{1}{N} \left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2 \right]}$$

und arithmetischem Mittel
$$\bar{x} = \frac{1}{N} \sum_{i=1}^N x_i$$

$$\begin{aligned}
v = \frac{\sigma}{\sqrt{\bar{x}^2}} &= \sqrt{\frac{\sum_{i=1}^N x_i^2 - \frac{1}{N} \left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2}{N \frac{1}{N^2} \left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2}} = \sqrt{\frac{N^2 \left[\sum_{i=1}^N x_i^2 - \frac{1}{N} \left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2 \right]}{N \left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2}} = \sqrt{\frac{N \sum_{i=1}^N x_i^2 - \left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2}{\left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2}} \\
&= \sqrt{\frac{N \sum_{i=1}^N x_i^2}{\left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2} - 1} \stackrel{*)}{=} \sqrt{\frac{N \sum_{i=1}^N x_i^2}{\sum_{i=1}^N x_i^2 + 2 \sum_{i>k} x_i x_k} - 1} = \sqrt{\frac{N}{1 + 2 \frac{\sum_{i>k} x_i x_k}{\sum_{i=1}^N x_i^2}} - 1} \\
&= \sqrt{\frac{N}{1 + 2a} - 1}
\end{aligned}$$

V wird dann maximal, wenn der (zur Abkürzung so bezeichnete) Summenquotient a gleich Null wird. Dies kann nur dann eintreten, wenn die Summe im Zähler von a gleich Null und die

Summe im Nenner ungleich Null ist. Also muß für den Maximalwert V_{\max} ein einziger x-Wert ungleich Null, alle anderen x-Werte müssen gleich Null sein. Voraussetzungen, daß V sein

Maximum erreichen kann, sind also $x_i \stackrel{!}{=} 0$ und $\bar{x} \neq 0$. Aus $a = 0$ folgt:

$$V_{\max} = \sqrt{\frac{N}{1} - 1} = \sqrt{N - 1}$$

***) Nebenrechnung:**

$$\left(\sum_{i=1}^N x_i \right)^2 = \sum_{i=1}^N x_i \sum_{k=1}^N x_k = \sum_{i=1}^N \sum_{k=1}^N x_i x_k$$

$$= \sum_{i=1}^N x_i^2 + \sum_{\substack{i=1 \\ k=1}}^N x_i x_k$$

für alle $i \neq k$,
d. h. für $i > k$ und $i < k$

$$= \sum_{i=1}^N x_i^2 + 2 \sum_{i>k} x_i x_k$$

Diese Summe ist für $i > k$
und $i < k$ jeweils gleich.

Zusammenhang zwischen dem Brutto- und dem Nettoinlandsprodukt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer

Das in einem bestimmten Gebiet erbrachte wirtschaftliche Produktionsergebnis kann in der Terminologie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl als Brutto- als auch als Nettoinlandsprodukt berechnet werden. Dabei kann das entsprechende Inlandsprodukt zu Marktpreisen oder zu Faktorkosten bewertet werden. Die folgenden Ausführungen sollen dem Datenkonsumenten helfen, sich in der Begriffsvielfalt des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurechtzufinden, um es ihm dadurch zu erleichtern, das für seine Zwecke geeignete Aggregat auszuwählen. Die methodischen Hinweise beziehen sich auf die Berechnung derjenigen Posten, deren Ergebnisse zur Ableitung des Nettoinlandsprodukts aus dem Bruttoinlandsprodukt benötigt werden. Ihre Kenntnis ermöglicht es dem Konsumenten, die Aussagekraft der Ergebnisse besser einzuschätzen. In einem abschließenden Zahlenteil wird die Größenordnung des Unterschieds zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dem Nettoinlandsprodukt herausgestellt und nach Wirtschaftsbereichen untersucht.

Definitiver und rechnerischer Zusammenhang

Den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegt der Gedanke zugrunde, daß die wirtschaftlichen Prozesse ein Kreislaufsystem bilden. Dieses Kreislaufsystem macht den Zusammenhang der Volkswirtschaftlichen Größen deutlich. Dabei wird zwischen der Entstehungs-, der Verteilungs- und der Verwendungsseite unterschieden. Brutto- und Nettoinlandsprodukt sind Aggregate der Entstehungsrechnung. Hier werden Angaben zur Produktion wie auch zu den aus dem Produktionsprozeß resultierenden Einkommen der Produk-

tionsfaktoren ermittelt. Diese Einkommen bilden die Nahtstelle zur Verteilungsrechnung, in der die den Empfängern zugeflossenen Einkommen erfaßt werden.

Im Mittelpunkt der gütermäßigen Betrachtung steht das Bruttoinlandsprodukt. Es umfaßt die innerhalb eines Wirtschaftsgebiets erbrachte wirtschaftliche Leistung, und zwar den Wert aller im Berichtszeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich des Wertes der bei der Produktion verbrauchten Güter. Die wirtschaftliche Leistung der einzelnen Wirtschaftsbereiche wird als Bruttowertschöpfung bezeichnet. Es ist üblich, das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung zu Preisen zu bewerten, die am Markt erzielt worden sind.

Das Bruttoinlandsprodukt stellt nicht in vollem Umfang Einkommen der Produktionsfaktoren dar. Ein Teil davon muß die Wertminderung der Maschinen und Bauten ausgleichen, die durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten eingetreten ist. Diese Wertminderung wird durch die Abschreibungen gemessen. Das um die Abschreibungen verminderte Bruttoinlandsprodukt wird als Nettoinlandsprodukt bezeichnet.

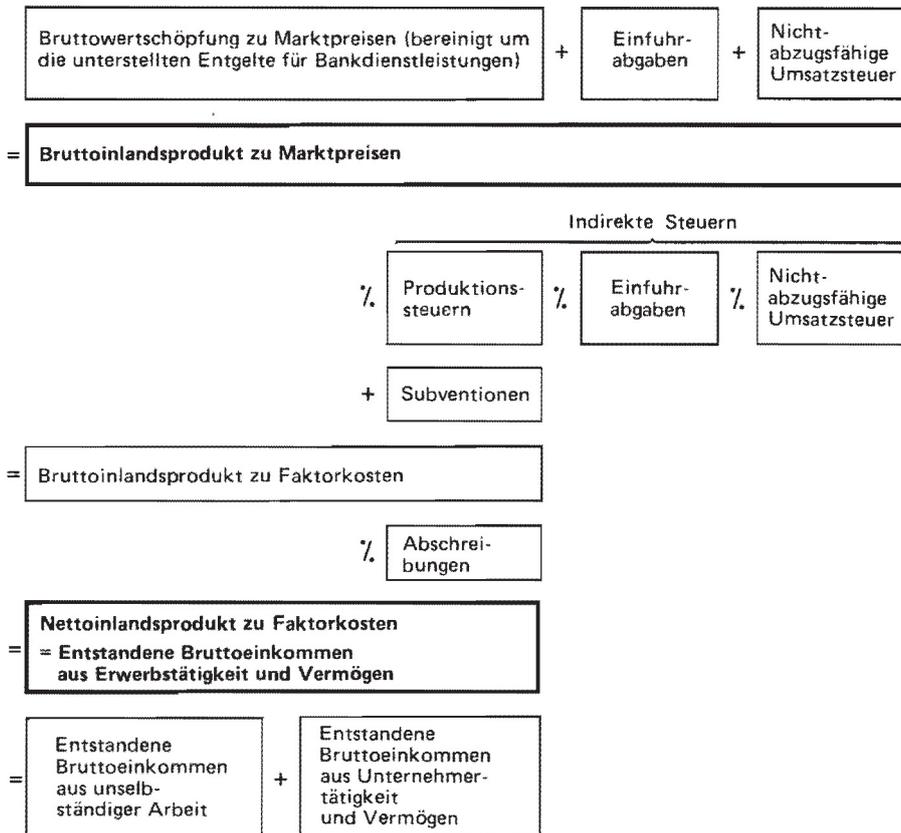
Darüber hinaus muß ein anderer Teil des zu Marktpreisen bewerteten Inlandsprodukts, der als indirekte Steuern die Produktion bzw. die Umsätze von Waren und Dienstleistungen oder den Einsatz von Produktionsfaktoren belastet, an den Staat abgeführt werden. Demgegenüber stehen die Subventionszahlungen, die der Staat den Unternehmen gewährt, zusätzlich zur Entlohnung der Produktionsfaktoren zur Verfügung. Durch Abzug der indirekten Steuern vom Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und durch seine Erhöhung um die Subventionen ergibt sich das zu Faktorkosten bewertete Bruttoinlandsprodukt. Daten über das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten werden normalerweise auf

Bundes- und Länderebene nicht veröffentlicht. Das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten ist nur eine Art Zwischenaggregat zur Ermittlung des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten. Für die Regionen unterhalb der Landesebene wird zwar die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten der Wirtschaftsbereiche ermittelt. Dies geschieht jedoch nur aus einer Notlage heraus, weil die Abschreibungen aufgrund der ungünstigen regionalen Datensituation auf dieser Ebene bisher noch nicht berechnet worden sind. Will man die im Gesamtsystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten aufbauenden Berechnungen auch für die kleineren Regionen durchführen, ist zunächst die Schätzung der Abschreibungsergebnisse unbedingt erforderlich.

Ebenso wie das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ist auch das Nettoinlandsprodukt bzw. die Nettowertschöpfung zu Marktpreisen nur ein Zwischenaggregat. Normalerweise werden die Begriffe „Bruttoinlandsprodukt“ und „Nettoinlandsprodukt“ ohne Nennung des Bewertungskonzepts verwendet. Dann ist beim Bruttoinlandsprodukt immer das zu Marktpreisen und beim Nettoinlandsprodukt immer das zu Faktorkosten bewertete Produkt gemeint.

Das Nettoinlandsprodukt kann grundsätzlich auf zwei Wegen berechnet werden. Der erste Weg setzt bei der Bruttowertschöpfung oder dem Bruttoinlandsprodukt an und führt durch Subtraktion der Abschreibungen und indirekten Steuern sowie Addition der Subventionen zum Nettoinlandsprodukt. Auf dem zweiten Weg wird das Nettoinlandsprodukt direkt aus den entstandenen Einkommen ermittelt, die sich aus der Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zusammensetzen. Dieser

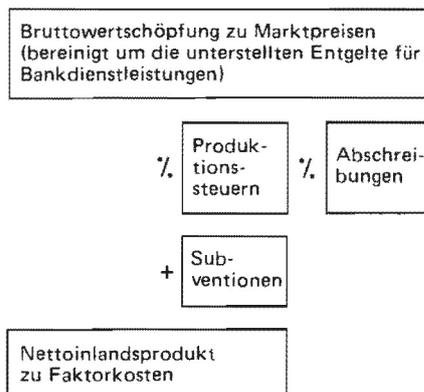
Definitiver Zusammenhang zwischen Brutto- und Nettoinlandsprodukt



Weg ist jedoch in der Praxis nicht gangbar, weil die entstandenen Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aufgrund fehlender Datengrundlagen nicht ermittelt werden können. Diese Einkommen können nur aus der Differenz zwischen dem aus dem Bruttoinlandsprodukt abgeleiteten Nettoinlandsprodukt und den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit errechnet werden. Dadurch, daß das Nettoinlandsprodukt nicht auf zwei verschiedenen Wegen ermittelt werden kann, entfällt auch die Möglichkeit, zwei unabhängig voneinander berechnete Ergebnisse zu Prüfzwecken gegenüberzustellen. Größere Abweichungen

könnten unter Umständen wichtige Anhaltspunkte über Fehlereinflüsse und Anstöße zu Verbesserungen der Berechnungen bieten.

Vorgehensweise zur Berechnung des Nettoinlandsprodukts



Zur Vereinfachung der Berechnung des Nettoinlandsprodukts wird nicht vom Bruttoinlandsprodukt, sondern gleich von der Bruttowertschöpfung ausgegangen. Denn die Bruttowertschöpfung wird ohne die Einfuhrabgaben und die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, die Teil der indirekten Steuern sind, nachgewiesen. Dadurch müssen bei der Bruttowertschöpfung neben den Subventionen und Abschreibungen nur noch die restlichen indirekten Steuern, die man als Produktionssteuern bezeichnet, berücksichtigt werden.

Das zentrale Aggregat der Entstehungsrechnung ist das Bruttoinlandsprodukt. Da die Veränderung seiner realen Werte als Wachstumsindikator verwendet wird, ist es wichtig, daß so zeitnah wie möglich Ergebnisse vorgelegt werden. Daher erfolgt eine Fortschreibung des Bruttoinlandsprodukts bereits kurz nach Abschluß des Berichtsjahres. Dagegen hat das Nettoinlandsprodukt als aktuelle Information über die Entwicklung des Wirtschaftsgeschehens keine Bedeutung. Für das Nettoinlandsprodukt wird zwar auch eine Fortschreibung durchgeführt. Die Ergebnisse liegen jedoch erst ungefähr ein Jahr nach dem Berichtsjahr vor. Außerdem gehen in die Berechnung des Nettoinlandsprodukts – im Unterschied zur Fortschreibung des Bruttoinlandsprodukts – keine aktuellen länderspezifischen Angaben ein. Es wird nur die Bundesentwicklung an das Verhältnis von Brutto- und Nettowertschöpfung des Vorjahres für große zusammengefaßte Wirtschaftsbereiche angelegt. Fundierte Ergebnisse werden erst bei den Originärberechnungen der Wertschöpfung ca. zwei Jahre nach dem Berichtsjahr berechnet.

Darüber hinaus sind die Ergebnisse des Nettoinlandsprodukts in ihrer Verwendungsfähigkeit eingeschränkt, weil es keine realen Werte für sie gibt. Voraussetzung für das

Verfahren der Deflationierung ist, daß sich die nominalen Werte der Aggregate in Preise und Mengen zerlegen lassen. Bei den indirekten Steuern und Subventionen handelt es sich jedoch um rein finanzielle Transaktionen, denen keine Mengen gegenüberstehen. Sie sind daher einer direkten Preisbereinigung nicht zugänglich¹⁾.

Abschreibungen

Da die Abschreibungen die im Berichtszeitraum durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten eingetretene Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens messen, setzt ihre Berechnung voraus, daß Daten über das Anlagevermögen zur Verfügung stehen. Eine Anlagevermögensrechnung wurde bis vor wenigen Jahren von den statistischen Landesämtern nicht durchgeführt. Um überhaupt ein Nettoinlandsprodukt berechnen zu können, wurde der Bundeswert der Abschreibungen schematisch nach den Anteilen auf die Länder verteilt, die sie an der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen der jeweiligen Wirtschaftsbereiche hatten. Einen Bezug zur Realität hatten die Abschreibungsergebnisse damit kaum.

Seit der letzten Revision wendet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ eine fundierte Methode zur Berechnung des Anlagevermögens und der Abschreibungen an. Sie vollzieht die Bundesrechnung nach. Dabei werden zum Teil die Verhältnisse auf Bundesebene auf die Länder übertragen, zum großen Teil werden aber auch länderspezifische Daten in die Berechnungen einbezogen.

Da es keine Statistik gibt, die das in der Wirtschaft vorhandene Anlagevermögen unmittelbar als Bestand erfaßt, wird das Anlagevermögen auf indirektem Wege über die von den Wirtschaftseinheiten getätigten Anlageinvestitionen nach der sog. „perpetual inventory method“ geschätzt. Das Anlagevermögen eines Berichtsjahres wird danach aus der Summe der in früheren Perioden getätigten Investitionen, die im Berichtsjahr wertmäßig noch im Bestand sind, und den im Berichtsjahr neu getätigten Investitionen ermittelt. Das bedeutet, daß zur Berechnung der Abschreibungen die Wertminderung jedes Investitionsjahrgangs innerhalb eines Berichtsjahres erfaßt werden muß. Die Höhe der Abschreibungen hängt vom Wert und von der Nutzungsdauer der Kapitalgüter ab. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Kapitalgüter über die gesamte Nutzungsdauer zu gleichen Teilen abgeschrieben (lineares Abschreibungsverfahren). Die Bestimmung der Nutzungsdauer ist schwierig. Sie wird von den Ländern nicht durchgeführt und soll an dieser Stelle nicht näher erläutert werden. Die Länder übernehmen Abschreibungsgewichte, die in der Bundesrechnung für die Investitionsjahrgänge nach Wirtschaftsbereichen ermittelt worden sind. Durch Multiplikation dieser Gewichte mit den länderspezifischen Investitionsdaten eines Jahres ergeben sich die jährlichen Abschreibungen der Länder pro Investitionsjahrgang. Anschließend müssen die Abschreibungen der verschiedenen Investitionsjahrgänge des Berichtsjahres pro Wirtschaftsbereich aufsummiert werden²⁾.

Bei der Berechnung nach Wirtschaftsbereichen ist zu beachten, daß den verwendeten Investitionsdaten das Eigentümerkonzept zugrundeliegt; d.

h. einem Wirtschaftsbereich sind nur diejenigen Investitionen zugeordnet, die sich im Eigentum der Wirtschaftseinheiten dieses Bereichs befinden. Nicht berücksichtigt werden die von den Wirtschaftseinheiten gemieteten und gepachteten Investitionsgüter (Leasing-Güter). Dementsprechend beziehen sich die Abschreibungsergebnisse der Bereiche auch nur auf die nach diesem Konzept abgegrenzten Investitionen. Läge dagegen den Investitionsdaten das sogenannte „Benutzerkonzept“ zugrunde, würden sich aufgrund der großen Bedeutung des Leasinggeschäfts deutliche Verschiebungen der Investitionen und damit auch der Abschreibungen zwischen den Wirtschaftsbereichen ergeben. Denn nach diesem Konzept, das bisher noch nicht realisiert werden konnte, werden sämtliche von den Wirtschaftseinheiten eines Bereichs zur Produktion eingesetzten Investitionsgüter berücksichtigt, und zwar unabhängig von den Eigentumsverhältnissen.

Indirekte Steuern

Die indirekten Steuern umfassen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die der Staat bei Produzenten erhebt und die bei der Gewinnermittlung abzugsfähig sind. Sie belasten die Produktion bzw. die Umsätze von Waren und Dienstleistungen oder den Einsatz von Produktionsfaktoren. Dabei wird nach den drei Abgabegruppen Einfuhrabgaben, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und Produktionssteuern unterschieden. Die Trennung ist notwendig, weil die Einfuhrabgaben und die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer aufgrund einer konzeptionellen Besonderheit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereits zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts explizit berechnet werden müssen (siehe Schaubild 1).

1) Vgl. Trecek, Hans-Jürgen, „Die Ausschaltung von Preiseinflüssen auf die Messung des Wirtschaftswachstums“, in Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 12/89, S. 644.

2) Eine ausführliche Erläuterung enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Landesämter, Heft 17 „Anlagevermögen, Anlageinvestitionen und Abschreibungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland 1970 - 1986“.

Die Produktionssteuern beziehen sich ausschließlich auf die inländische Produktion. Zu ihnen gehören die Verkehrssteuern, Verbrauchsteuern, sonstige Bundes- und Landessteuern einschl. EG-Umlagen sowie Gewerbe- und sonstige Gemeindesteuern. Zu ihrer Berechnung werden diese Steuergruppen jeweils noch weiter nach Steuerarten unterteilt. Die Produktionssteuern werden in der Gliederung nach elf zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen ermittelt.

Als Datenquelle für Produktionssteuereinnahmen nach Ländern gibt es in erster Linie die kassenmäßigen Einnahmen aus der Finanzstatistik. Sie bilden den Hauptpfeiler der Produktionssteuerberechnungen. Ihre Verwendungsfähigkeit ist jedoch eingeschränkt, weil sie zum Teil nicht den Erfordernissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen genügen. Nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen müssen die Zahlungen derjenigen Periode zugerechnet werden, in der auch die zugrundeliegenden wirtschaftlichen Vorgänge stattgefunden haben. Demgegenüber ist für die Erfassung der kassenmäßigen Einnahmen – wie in der Bezeichnung zum Ausdruck kommt – allein der Zeitpunkt des Kasseneingangs der Zahlungen maßgeblich, so daß es im Nachweis des Nettoinlandsprodukts zu zeitlichen Verzerrungen kommen kann. Auch handelt es sich bei den kassenmäßigen Einnahmen um das gesamte Steueraufkommen für die jeweilige Steuerart. Es wird nicht danach unterschieden, ob es sich dabei um Steuer auf im Inland produzierte oder auf importierte Güter handelt. Bedeutung hat dies bei den verbrauchsteuerpflichtigen Gütern. Soweit es sich nicht ausschließlich um importierte Güter handelt, werden hier zur Berechnung der Verbrauchsteuern auf inländische Produktion vorab die Einfuhrabgaben, die zunächst geschätzt werden müssen, von den kassenmäßigen Einnahmen der

betroffenen Steuerarten abgezogen. Darüber hinaus liefert die Finanzstatistik keine Aufschlüsse darüber, in welchen Wirtschaftsbereichen die Wirtschaftseinheiten tätig waren, die die Steuerzahlungen geleistet haben. Einige Steuerarten können unmittelbar einem einzigen Wirtschaftsbereich zugeordnet werden (z. B. Versicherungssteuer). Das Aufkommen der anderen Steuerarten muß behelfsmäßig auf die Wirtschaftsbereiche aufgeteilt werden. Für die Länderrechnung ist außerdem die regionale Abgrenzung der Angaben ein großes Problem, da die Steuerzahlungen für das gesamte Unternehmen an die Steuerverwaltung desjenigen Landes entrichtet werden müssen, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat, und zwar unabhängig davon, ob das Unternehmen auch noch in anderen Bundesländern tätig ist. Aus diesem Grund werden bei Steuerarten, bei denen die besteuerten Güter vor allem in Mehrländerunternehmen hergestellt werden – dies gilt z. B. für die Mineralölindustrie –, nicht direkt die Länderwerte der kassenmäßigen Einnahmen in die Berechnungen einbezogen. Hier wird der Bundesansatz der kassenmäßigen Einnahmen mit geeigneten Schlüsselzahlen für örtliche Einheiten auf die Länder aufgeteilt.

Die differenzierte Ermittlung der Produktionssteuern in der Untergliederung nach einzelnen Steuerarten und Wirtschaftsbereichen wird aufgrund des erheblichen Berechnungsaufwands nur zweijährlich durchgeführt. In den Zwischenjahren erfolgt für die meisten Produktionssteuerarten eine Fortschreibung der Vorjahreswerte mit Hilfe der Entwicklung der kassenmäßigen Einnahmen, wobei eine Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen nicht möglich ist. Außerdem werden die weniger bedeutenden Produktionssteuerarten nur zusammengefaßt fortgeschrieben.

Die Produktionssteuern sind implizit in den Ausgangsdaten zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung enthalten. Ihre gesonderte Schätzung ist erst für den Übergang von der Brutto- zur Nettorechnung erforderlich. Demgegenüber spielen die Einfuhrabgaben und die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer eine besondere Rolle, weil ihre Ergebnisse schon in einem früheren Berechnungsstadium gebraucht werden. Zu den Einfuhrabgaben gehören die Einfuhrzölle, die Verbrauchsteuern auf Einfuhren sowie die Abschöpfungs- und Währungsausgleichsbeträge zum Preisausgleich bei der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer ist die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer, die von den Käufern der Güter nicht als Vorsteuer geltend gemacht werden kann. Sie setzt sich aus der Mehrwertsteuer, der Einfuhrumsatzsteuer und der einbehaltenen Umsatzsteuer³⁾ zusammen. Zur Berechnung der Einfuhrabgaben und der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer werden die Bundesansätze mit Schlüsselwerten auf die Länder aufgeteilt. So wird z. B. die Mehrwertsteuer als die vom Aufkommen her wichtigste Steuerart mit den Vorauszahlungsbeträgen aus der zweijährlichen Umsatzsteuerstatistik regionalisiert. Da die Umsatzsteuerstatistik auf Angaben für rechtliche Einheiten (Unternehmen) basiert, werden die Vorauszahlungsbeträge mit Hilfe von Umstellungsfaktoren vor allem aus der Arbeitsstättenzählung auf örtliche Einheiten umgerechnet.

Aufgrund der Funktion dieser beiden Größen als Pauschalposten hat die Qualität ihrer Berechnungsmethode Einfluß auf das Bruttoinlandsprodukt.

3) Aufgrund von Sonderregelungen für die Landwirtschaft, für Einfuhren aus der DDR und Berlin (Ost) sowie gemäß Berlinförderungsgesetz braucht die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer von den betroffenen Produzenten nicht abgeführt zu werden. Da die einbehaltene Umsatzsteuer eine Steuervergünstigung darstellt, ist sie auch Bestandteil der Subventionen.

Die berechneten Veränderungsdaten wirken sich damit auf die Höhe der nachgewiesenen Wachstumsrate der Wirtschaft aus. Die Auswirkungen sind unbedeutend, wenn sich die beiden Größen ungefähr in gleichem Maße wie die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche entwickeln. Dies geschieht jedoch vor allem bei den Einfuhrabgaben nicht. Hier treten zum Teil erhebliche Schwankungen auf. Außerdem sind die Einfuhrabgaben regional ungleich verteilt. Stark betroffen sind in erster Linie die Seehäfen, in denen die importierten Güter der Steuer unterliegen. Daher kommt es nicht selten bei Bundesländern mit großem Gewicht der Einfuhrabgaben zu stärkeren Abweichungen zwischen der Veränderungsrate der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und derjenigen des Bruttoinlandsprodukts als bei den übrigen Bundesländern.

Im Unterschied zu den Produktionssteuern müssen die Einfuhrabgaben und die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer schon für die verschiedenen Fortschreibungsphasen des Bruttoinlandsprodukts berechnet werden. Zu den Fortschreibungsterminen ist die Datenlage bei diesen beiden Größen besonders ungünstig, so daß mit Behelfslösungen gearbeitet werden muß (Schlüsselung der Bundeswerte mit der Bruttowertschöpfung derjenigen Wirtschaftsbereiche, in denen diese Steuern anfallen).

Subventionen

Die Subventionen umfassen eine große Zahl verschiedenartiger Zuschüsse, die der Staat oder Einrichtungen der EG an Unternehmen zahlen. Ihre Berechnung stützt sich auf eine besonders schwache Datenbasis, da zum großen Teil nicht festgestellt werden kann, in welchem Umfang

Unternehmen Subventionen in Anspruch nehmen. Primärstatistiken eignen sich nicht zur Ermittlung der Subventionen.⁴⁾

Da eine fundierte originäre Berechnung der Subventionen nach Ländern nicht möglich ist, werden die Bundeswerte regionalisiert. Dazu stellt die Bundesrechnung Ergebnisse nach tiefuntergliederten Wirtschaftsbereichen zur Verfügung. Hierbei wird meist nicht nach den Subventionsarten unterschieden. Eine Untergliederung der Subventionen nach Arten gibt es aus der Bundesrechnung vor allem für den Bereich „Land- und Forstwirtschaft“. Für einen Teil dieser Subventionen können aus den Agrarberichten und aus Unterlagen der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung direkt Länderdaten entnommen werden. Bei den übrigen Subventionen der Land- und Forstwirtschaft – wie auch bei den Subventionen der anderen Wirtschaftsbereiche – müssen die Bundesergebnisse behelfsmäßig auf die Länder verteilt werden.

Vor allem wegen des großen Fehlerpielraums bei den Subventionsergebnissen wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder nur der Saldo aus den Produktionsteuern und Subventionen bekanntgegeben. Auch liegt der Saldo nur in relativ grober Wirtschaftsbereichsgliederung vor. Während die Bruttowertschöpfung nach ca. 80 Bereichen berechnet wird, ist dies für die Produktionsteuern und Subventionen nur für 11 zusammengefaßte Wirtschaftsbereiche möglich.

Das Statistische Bundesamt wird mit der nächsten Revision im Jahre 1991 Subventionszahlen vorlegen, die aufgrund einer überarbeiteten Ermitt-

lungsmethode zustandekommen. Diese Methode kann auch zu Verbesserungen der Länderberechnungen führen. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß tiefgegliedertes finanzstatistisches Ausgangsmaterial nach den Subventionsgebern Bund, Länder und Gemeinden aufbereitet wird. Es werden erheblich mehr Subventionsarten einbezogen als früher. Die feine Subventionsgliederung ermöglicht eine genauere Zuordnung zu den Wirtschaftsbereichen und damit einen wirtschaftssystematisch tieferen Nachweis der Ergebnisse. Für die Länder bedeutet das neue Verfahren, daß regionale Angaben nach Wirtschaftsbereichen für die Gebietskörperschaften Länder und Gemeinden unmittelbar aus der Bundesrechnung übernommen werden können. Jedoch ist hiermit das Problem der Regionalisierung der Bundessubventionen, die den weitaus größten Anteil an den gesamten Subventionen ausmachen, noch nicht gelöst.

Ob es aufgrund der teilweisen methodischen Verbesserung der Länderrechnung vertretbar sein wird, die Subventionen und die Produktionssteuern der Länder nicht mehr nur als Saldo, sondern auch getrennt nachzuweisen, bedarf erst einer genaueren Prüfung nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Bundesrechnung.

Vergleich der Berechnungsqualität von Brutto- und Nettoinlandsprodukt

Auf den ersten Blick scheint es klar zu sein, daß die Ergebnisse des Nettoinlandsprodukts weniger gut fundiert sind als diejenigen des Bruttoinlandsprodukts, weil durch den Abzug des Saldos aus den indirekten Steuern und Subventionen sowie der Abschreibungen zusätzliche Fehler in das Nettoinlandsprodukt eingehen

4) Vgl. Treck, Hans-Jürgen, „Das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten der kreisfreien Städte und Kreise“, in Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 12/81, S. 857.

können. Zu bedenken ist jedoch, daß der größte Teil der indirekten Steuern, nämlich die Einfuhrabgaben und die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, bereits zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts als getrennte Werte geschätzt werden müssen. Die Fehlerhaftigkeit der Werte dieser beiden Posten hat auf das Nettoinlandsprodukt keinen Einfluß, da zu seiner Berechnung diese Werte wieder subtrahiert werden müssen. Um beurteilen zu können, bei welchem der beiden Aggregate man fundiertere Ergebnisse erwarten kann, müssen demnach die Qualität der Einfuhrabgaben und der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer auf der Seite des Bruttoinlandsprodukts und die Qualität der Abschreibungen und der Produktionsteuern abzüglich der Subventionen auf der Seite des Nettoinlandsprodukts miteinander verglichen werden. Hierbei läßt sich feststellen, daß bei den Einfuhrabgaben und der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer mit einem relativ großen Fehlerbereich gerechnet werden muß. Demgegenüber ist zwar auch bei den Produktionsteuern und Subventionen der Unsicherheitspielraum der Ergebnisse recht groß, jedoch werden die Abschreibungen, die den größten Posten darstellen, nach einem differenzierten und fundierten Verfahren ermittelt. Die Abwägung der methodischen Qualität der genannten Posten legt den Schluß nahe, daß das Nettoinlandsprodukt nicht weniger gut abgesichert zu sein braucht als das Bruttoinlandsprodukt.

Zahlenmäßiger Zusammenhang für Nordrhein-Westfalen

Im Jahre 1987 betrug das Bruttoinlandsprodukt 527,6 Mrd. DM, das Nettoinlandsprodukt dagegen nur 408,8 Mrd. DM. Damit war das Nettoinlandsprodukt um 23 % niedriger als das Bruttoinlandsprodukt. An der Differenz waren die Abschreibungen etwas stärker als die indirekten Steuern abzüglich der Subventionen beteiligt.

Dabei erreichte der Saldo aus den indirekten Steuern und den Subventionen eine beachtliche Höhe, weil die Einnahmen des Staates aus diesen Steuern seine Ausgaben in Form der Subventionen bei weitem überstiegen. Das Verhältnis der indirekten Steuern zu den Subventionen machte etwa 85 zu 15 aus.

Man könnte annehmen, daß es sich bei dem Verhältnis des Nettoinlandsprodukts zum Bruttoinlandsprodukt um eine Gliederungszahl bzw. einen Anteilswert handelt. Denn die Abschreibungen und die die Subventionen überschreitenden indirekten Steuern sind Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts. Nun ist jedoch der Fall denkbar, daß die Subventionen höher sind als die indirekten Steuern. Dann geht mit dem überschießenden Subventionswert ein Betrag in das Nettoinlandsprodukt ein, der nicht im Bruttoinlandsprodukt enthalten ist. Theoretisch können die Subventionen so hoch sein, daß sie selbst den Wert der Abschreibungen kompensieren. Das hätte zur Folge, daß das Verhältnis des Nettoinlandsprodukts zum Bruttoinlandsprodukt auf über 100 % steigen würde. Damit leuchtet unmittelbar ein, daß das Nettoinlandsprodukt nicht generell einen Anteil des Bruttoinlandsprodukts darstellt.

Das Zusammenwirken der Abschreibungen und des Saldos aus den indirekten Steuern und Subventionen hat sich im Zeitablauf nicht so stark auf das Nettoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens ausgewirkt, daß sich starke Entwicklungsunterschiede ergeben hätten. Seit 1970, dem Beginn des Beobachtungszeitraums, hat das Bruttoinlandsprodukt um 173 % und das Nettoinlandsprodukt um 166 % zugenommen. Dies drückt sich auch im Verhältnis des Nettoinlandsprodukts zum

Bruttoinlandsprodukt aus. Die etwas langsamere Entwicklung des Nettoinlandsprodukts führte dazu, daß das Verhältnis von 79,4 % im Jahre 1970 auf 77,5 % im Jahre 1987 fiel.

Stärker abweichende Entwicklungen zeigten sich bei den Abschreibungen und dem Saldo aus den indirekten Steuern und den Subventionen. Von 1970 bis 1987 war die Zuwachsrate der Abschreibungen um ungefähr 100 Prozentpunkte größer als diejenige des Saldos der genannten Größen. Die gegenüber dem Nettoinlandsprodukt und dem Bruttoinlandsprodukt unterdurchschnittliche Zunahme des Saldos ist weniger auf den Einfluß der indirekten Steuern als auf den großen Bedeutungszuwachs der Subventionen zurückzuführen.

Zusammenhang zwischen Brutto- und Nettoinlandsprodukt 1970 und 1987					
Aggregat	Mrd. DM		Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen = 100		Veränderung 1987 gegenüber 1970 in %
	1970	1987	1970	1987	
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	193,5	527,6	100	100	+173
Abschreibungen	18,7	64,6	9,7	12,2	+246
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	+21,2	+54,1	11,0	10,3	+155
Indirekte Steuern	23,9	66,8	12,4	12,7	+179
Subventionen	2,7	12,7	1,4	2,4	+370
Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten	153,6	408,8	79,4	77,5	+166

Ein differenzierteres Bild ergibt sich bei der Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen. Hier wird das Wirtschaftsergebnis – wie eingangs erwähnt – als Bruttowertschöpfung bzw. Nettowertschöpfung bezeichnet. Es handelt sich um unbereinigte Werte, d. h. die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen sind noch in der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche enthalten. Darüber hinaus sei daran erinnert, daß bei den Ergebnissen nach Wirtschaftsbereichen der Saldo nur aus den Produktionsteuern und den Subventionen gebildet wird, da die Einfuhrabgaben und die nicht-abzugsfähige Umsatzsteuer nicht in der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen enthalten sind. Dadurch fallen bei den Wirtschaftsbereichen die Saldo vergleichsweise niedrig aus.

Betrachtet man das Verhältnis Nettowertschöpfung zu Bruttowertschöpfung, dann wird deutlich, daß die Posten zwischen diesen beiden Aggregaten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen recht unterschiedliche Auswirkungen haben. Die Verhältniswerte streuen zwischen 62 % in der Wohnungsvermietung und 94 % im Baugewerbe.

Für die Land- und Forstwirtschaft könnte man vermuten, daß der Wert näher bei 100 % läge, weil mit diesem Wirtschaftsbereich immer die Vorstellung hoher Subventionierung verbunden ist. Tatsächlich übersteigen die staatlichen Hilfen die Produktionsteuern. Jedoch schlagen in der Land- und Forstwirtschaft die Abschreibungen aufgrund des hohen Einsatzes von Maschinen und Geräten besonders stark zu Buche. Das große Gewicht der Abschreibungen in diesem Wirtschaftsbereich wird nur noch von demjenigen in dem Bereich „Wohnungsvermietung“ übertroffen.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes fließen dem Bereich „Energie-

Zusammenhang zwischen Brutto- und Nettowertschöpfung 1987 nach Wirtschaftsbereichen							
Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen (BWS)	Abschreibungen		Produktionsteuern abzüglich Subventionen		Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	
		Mrd. DM	BWS = 100	Mrd. DM	BWS = 100	Mrd. DM	BWS = 100
Land- und Forstwirtschaft	5,1	1,3	25	- 0,4	x	4,2	82
Produzierendes Gewerbe	220,3	24,6	11	+ 9,1	4	186,6	85
Energiewirtschaft und Bergbau	28,3	6,2	22	- 1,4	x	23,5	83
Verarbeitendes Gewerbe	168,2	17,3	10	+10,1	6	140,8	84
Baugewerbe	23,8	1,1	5	+ 0,3	1	22,4	94
Handel und Verkehr	76,1	10,8	14	- 1,1	x	66,3	87
Handel	48,4	3,8	8	+ 0,1	0	44,4	92
Verkehr	27,7	7,0	25	- 1,2	x	21,9	79
Dienstleistungsunternehmen	136,5	23,0	17	+ 5,7	4	107,7	79
Kreditinstitute,							
Versicherungsunternehmen	23,2	1,1	5	+ 2,6	11	19,6	84
Wohnungsvermietung	35,6	13,0	37	+ 0,5	1	22,1	62
Sonstige Dienstleistungen	77,7	9,0	12	+ 2,7	3	66,1	85
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	70,5	4,9	7	+ 0,1	0	65,5	93
Summe der Bereiche (unbereinigt)	508,5	64,6	13	+13,4	3	430,5	85

wirtschaft, Bergbau“ – hier vor allem dem Kohlenbergbau – die meisten Subventionen zu. Der dadurch entstehende Subventionsüberschuß mildert den Einfluß des relativ hohen Abschreibungsanteils dieses Bereichs ab, so daß das Verhältnis von Netto- zu Bruttowertschöpfung ungefähr dem Durchschnitt entspricht. Das Verarbeitende Gewerbe als größter Wirtschaftsbereich weist auch die größten absoluten Beträge der Abschreibungen und der Produktionsteuern abzüglich Subventionen auf. Die Produktionsteuern werden hier stark durch das hohe Verbrauchsteueraufkommen geprägt. Dieser Bereich bestimmt entscheidend das durchschnittliche Verhältnis von Netto- zu Bruttowertschöpfung sämtlicher Wirtschaftsbereiche. Nur im Baugewerbe ist das Verhältnis der beiden Größen zueinander überdurchschnittlich, bedingt durch die relativ geringe Kapitalintensität in diesem Bereich.

Der Wirtschaftsbereich „Handel und Verkehr“ faßt zwei Bereiche zusammen, bei denen die Bedeutung der Zwischenposten ganz unterschiedlich ist. Während im Handel die Abschreibungen und der Saldo aus Produktionsteuern und Subventionen keine größere Rolle spielen, ist der Verkehrsbereich durch einen hohen Abschreibungsanteil und hohe Zuschüsse gekennzeichnet. Trotz des im Verkehrsbereichs gegenläufigen Effekts der Zwischenposten bleibt das Verhältnis von Netto- zu Bruttowertschöpfung unter dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft, weil die Abschreibungen den dominierenden Teil bilden.

Die Nettowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen wird stark durch die hohen Abschreibungen der

Bauten in der Wohnungsvermietung beeinflusst. Demgegenüber haben die Abschreibungen im Bereich „Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen“ nur geringe Bedeutung. Dieser Wirtschaftsbereich erhält keine Subventionen, so daß sich die Bruttowertschöpfung in voller Höhe um die Produktionsteuern vermindert. Die Steuerersumme wird hier in erster Linie von der Versicherungssteuer bestimmt.

Ebenso wie bei den Kreditinstituten und den Versicherungsunternehmen gibt es im Bereich „Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck“ keine Saldierung der Produktionsteuern mit den Subventionen. Gemäß der Definition der Subventionen werden sie nur Unternehmen gewährt. Da relativ wenige Steuern und Abschreibungen anfallen, ist das Verhältnis von Netto- zu Bruttowertschöpfung im Vergleich mit den anderen Bereichen relativ hoch.

Die dargestellten Verhältnisse in den Wirtschaftsbereichen ergeben sich unter der Voraussetzung, daß die den Abschreibungen zugrundeliegenden Investitionen nach dem Eigentümerkonzept abgegrenzt sind. Auf den Unterschied zur Abgrenzung der Investitionen nach dem Nutzerkonzept wurde bereits im Abschnitt „Abschreibungen“ hingewiesen. Allerdings hängt nicht nur die Höhe der Abschreibungen von dem zugrundeliegenden Konzept der Investitionen ab, sondern auch die Höhe der Bruttowertschöpfung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß nach dem Eigentümerkonzept die Kosten für die gemieteten und gepachteten Investitionsgüter als laufende Produktionsaufwendungen in die Vorleistungen der Wirtschaftseinheiten eingehen. Wie sich dies auswirkt, soll an einem einfachen Beispiel für einen fiktiven Wirtschaftsbereich, bei dem keine indirekten

Auswirkung der Zuordnungskonzepte der Investitionen auf die Aggregate der Entstehungsrechnung anhand eines Beispiels für einen fiktiven Wirtschaftsbereich		
Aggregate	Eigentümerkonzept	Nutzerkonzept
Bruttoproduktionswert	1 500	1 500
Vorleistungen darunter Mieten und Pachten für Maschinen, Anlagen usw. einschl. Kosten für Leasing	400	310
Bruttowertschöpfung	1 100	1 190
Produktionsteuern abzüglich Subventionen	–	–
Abschreibungen	150	240
Nettowertschöpfung	950	950
Nettowertschöpfung/ Bruttowertschöpfung (%)	86	80

Steuern und Subventionen anfallen, verdeutlicht werden. Bei den Berechnungen nach dem Eigentümerkonzept seien Mieten und Pachten für Investitionsgüter im Werte von 100 Geldeinheiten in den Vorleistungen enthalten. Bei einem Bruttoproduktionswert von 1 500 Einheiten und Vorleistungen von 400 Einheiten errechnet sich eine Bruttowertschöpfung von 1 100 Einheiten. Durch Abzug der Abschreibungen erhält man die Nettowertschöpfung in Höhe von 950 Einheiten. Nach dem Nutzerkon-

zept werden dagegen zusätzlich die Abschreibungen auf den Wert der gemieteten und gepachteten Investitionsgüter in Ansatz gebracht. In dem Beispiel mögen sie 90 Einheiten betragen. Die über den Abschreibungsbeitrag hinausgehenden Kosten, die den Wirtschaftseinheiten für die Überlassung der Maschinen, Fahrzeuge usw. in Rechnung gestellt worden sind, rechnen weiterhin zu den Vorleistungen (10 Einheiten). Damit ergibt sich eine Bruttowertschöpfung von 1 190 Einheiten. Die Nettowertschöpfung bleibt demgegenüber unverändert, so daß sich das Verhältnis der Netto- zur Bruttowertschöpfung von 86 % auf 80 % reduziert. Bei Anwendung des Nutzerkonzepts ist damit zu rechnen, daß besonders die Abschreibungen und die Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes wegen der großen Bedeutung des Leasing erheblich ansteigen. Demgegenüber werden die Abschreibungen und die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen, zu denen die Leasing-Geber meist gehören, erheblich sinken. Über alle Wirtschaftsbereiche gesehen gleichen sich die Effekte der unterschiedlichen Konzepte wieder aus. Jedoch kann es auch zu Verschiebungen zwischen den Regionen kommen, so daß sich die Höhe der regionalen Gesamtprodukte ändert. Dies tritt dann auf, wenn Leasing-Geber und Leasing-Nehmer ihren Sitz in verschiedenen Regionen haben. ■

Industrieproduktion im Juli 1990

Die Produktion des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbes lag im Juli 1990 um fast 4 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats. Vor allem im Nahrungsmittel- und Genussmittelbereich nahm die

Gütererzeugung kräftig zu (+13 %). Die Produktion von Investitionsgütern und Verbrauchsgütern stieg um jeweils 5 %. Keine Veränderungen gab es bei der Herstellung von Grundstoffen und Produktionsgütern.

Umsätze und Umsatzsteuer 1988

Die in der Umsatzsteuerstatistik nachgewiesenen Unternehmen erwirtschafteten 1988 ein Umsatzvolumen von 1,258 Billionen DM (netto, d. h. ohne Umsatzsteuer). Gegenüber der – gemäß der zweijährlichen Periodizität dieser Statistik – zuletzt durchgeführten Erhebung im Jahr 1986 bedeutete dies eine Umsatzausweitung um 8,2%. Berücksichtigt man die moderate Preisentwicklung in diesem Zeitraum, etwa die der Verbraucherpreise und der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, so wird deutlich, daß in weiten Bereichen der Wirtschaft auch real mehr umgesetzt wurde. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 5,4% deutet ebenfalls darauf hin. Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund der vorherrschenden günstigen konjunkturellen Entwicklung. Die Basis der Aufwärtsbewegung war zunehmend breiter geworden. Hierzu trug der Anstieg der Auslandsbestellungen ebenso bei wie die expansive inländische Nachfrage, insbesondere im Bereich der gewerblichen Investitionen, beim Bau und beim privaten Verbrauch.

Der ausgewiesene Umsatz wurde von 535 651 (1986: 514 545) Unternehmen erwirtschaftet, für deren Einbeziehung in die Statistik ausschließlich steuerliche Kriterien maßgeblich waren. Wie in den Jahren zuvor wurden Unternehmen erhoben, die gegenüber der Finanzverwaltung zur Abgabe von monatlichen und vierteljährlichen Voranmeldungen verpflichtet waren und einen steuerbaren Umsatz von mehr als 20 000 DM aufwiesen. Hinsichtlich der Gesamtheit aller tätigen Unternehmen und des erfaßten Umsatzes ergeben sich hierdurch einige Einschränkungen. Unberücksichtigt blieben die – wegen einer geringen Jahressteuerschuld – von der Voranmeldung befreiten sog. Jahreszahler (§ 18 Abs. 2 Umsatzsteuer-

gesetz – UStG –) und Kleinunternehmen (§ 19 Abs. 1 UStG) sowie Unternehmen, die nur steuerfreie Umsätze tätigen. Darüber hinaus sind auch die meisten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nicht erfaßt. Aufgrund der hier weit verbreiteten pauschalen Besteuerung – die Umsatzsteuer und die abziehbaren Vorsteuern werden auf den gleichen Betrag festgesetzt – entsteht für die von ihnen bewirkten Umsätze im allgemeinen keine Zahllast. Ferner werden Banken und Versicherungen ohne ihre steuerfreien Umsätze ohne Vorsteuerabzug (im wesentlichen Geld- und Kreditgeschäfte) nachgewiesen. Eine Aufblähung der Umsätze durch bloße finanzielle Transaktionen wird dadurch vermieden. Desweiteren ist zu erwähnen, daß sich die Umsatzsteuerstatistik nicht auf die Einfuhrumsatzsteuer erstreckt, die bei der Einfuhr von Waren erhoben wird. Wie die Umsatzsteuer selbst kann die Einfuhrumsatzsteuer allerdings als Vorsteuer geltend gemacht werden und ist insofern auch für die Umsatzsteuerermittlung ausschlaggebend, wie im einzelnen noch zu sehen ist.

Umsatzstruktur, Umsatzsteuervorauszahlung

Den Voranmeldungsdaten zufolge unterlagen die meisten Umsätze (72,2%) dem allgemeinen Steuersatz in Höhe von 14%. Mit dem ermäßigten Steuersatz von 7% wurden rd. 11,9% der Umsätze besteuert. Er gilt für fast alle Lebensmittel, ausgenommen Getränke und Gaststättenumsätze, für den Personennahverkehr sowie für Druckereierzeugnisse und Kunstgegenstände, um nur einige Beispiele zu nennen. Weitere mit besonderen Steuersätzen belastete Umsätze spielten dagegen ihrem Umfang nach eine nur untergeordnete Rolle. Hierbei handelte es sich im wesentlichen um Umsätze in die DDR und solche zu anderen Steuersätzen. Die restlichen Umsätze (15,8%) blieben steuerfrei (§

4 UStG). Dabei überwogen mit knapp neun Zehnteln die zum Vorsteuerabzug berechtigenden steuerfreien Umsätze, wie z. B. die Ausfuhrlieferungen. Aus dem umfangreichen Katalog der steuerfreien Umsätze ohne Vorsteuerabzug sind vor allem zu nennen: Geld- und Kreditgeschäfte, Vermietung und Verpachtung von Grundstücken sowie Umsätze, die anderen Verkehrssteuern unterliegen (Grunderwerb-, Rennwett- und Lotterier-, Kapitalverkehr-, Versicherungssteuer) sowie bestimmte Leistungen im Gesundheits- und Sozialwesen.¹⁾

Von den steuerfreien und steuerpflichtigen Umsätzen wurde die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge in Höhe von rd. 138 Mrd. DM ermittelt. Die Berücksichtigung der abziehbaren Vorsteuern (116 Mrd. DM) und weiterer Abzugsposten führte schließlich zu einem Vorauszahlungssoll (Umsatzsteuer²⁾) in Höhe von 20,7 Mrd. DM. Dem Vorsteuerabzug kommt im Umsatzsteuerrecht eine zentrale Bedeutung zu. Eine kumulative Wirkung der Umsatzsteuer wird dadurch vermieden, daß der Unternehmer keine Steuer für diejenigen

1) Aufgrund der Befreiungen kann für einzelne Unternehmen die Pflicht zur monatlichen oder vierteljährlichen Voranmeldung zur Umsatzsteuer entfallen; sei es, daß sie ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen oder mit einem nur geringen Anteil steuerpflichtiger Umsätze lediglich als Jahreszahler zur Umsatzsteuer herangezogen werden. In der Umsatzsteuerstatistik dürften aus diesem Grunde insbesondere Angehörige freier Berufe im Bereich der Humanmedizin, aber auch Bausparkassenvertreter, Versicherungsvertreter – um nur einige Berufsbeispiele zu nennen – unterrepräsentiert sein.

2) Bei der Umsatzsteuer handelt es sich um eine Jahressteuer. Außer der Voranmeldung hat jeder Unternehmer nach Ablauf des Kalenderjahres noch eine Steuererklärung für das gesamte Jahr abzugeben, in der er die Steuer ebenfalls selbst berechnet. Wegen nachträglicher Änderungen der Bemessungsgrundlage, etwa durch Minderung, Gewährung von Boni, Skonti sowie aufgrund der von den Jahreszahlern entrichteten Steuer, weichen die im Veranlagungszeitraum abgeführten Steuervorauszahlungen und die festgesetzte Jahressteuer im allgemeinen voneinander ab. Der in der vorliegenden Abhandlung synonyme Gebrauch der Begriffe Steuervorauszahlung/Umsatzsteuer vernachlässigt diesen Unterschied.

Steuerpflichtige, steuerbarer Umsatz und Umsatzsteuer 1986 und 1988				
Merkmal		1986	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1986 %
Steuerpflichtige	Anzahl	514 545	535 651	+ 4,1
Steuerbarer Umsatz	Mill. DM	1 163 421	1 258 281	+ 8,2
darunter				
steuerfrei mit Vorsteuerabzug	Mill. DM	153 584	175 981	+14,6
steuerfrei ohne Vorsteuerabzug	Mill. DM	19 652	22 452	+14,2
steuerepflichtig zu 14 %	Mill. DM	845 902	908 163	+ 7,4
steuerepflichtig zu 7 %	Mill. DM	142 621	150 223	+ 5,3
Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge und Kürzungsbeträge	Mill. DM	128 510	137 748	+ 7,2
Abziehbare Vorsteuerbeträge	Mill. DM	108 218	116 310	+ 7,5
Umsatzsteuer-Vorauszahlung	Mill. DM	19 526	20 671	+ 5,9

Bestandteile seines Preises mehr zu zahlen hat, für die andere Unternehmer bereits Umsatzsteuer entrichtet haben.³⁾ Abziehbar als Vorsteuer ist insbesondere auch die Einfuhrumsatzsteuer, die der Unternehmer bei der Einfuhr von Waren für das Unternehmen an das Zollamt entrichtet hat.

Betrachtet man die Veränderungen, so zeigt sich, daß innerhalb des steuerbaren Umsatzes die steuerfreien Umsätze beträchtlich stärker zugenommen haben als die steuerpflichtigen. Die bedeutungsvolleren waren dabei die steuerfreien Umsätze mit Vorsteuerabzugsberechtigung. Sie waren zu 94 % auf die Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe, Großhandel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung konzentriert. Während in der Verkehrsbranche sich die Befreiungstatbestände im wesentlichen auf die grenzüberschreitende Beförderung und sonstige Leistungen der Ein-, Aus- und Durchfuhr beziehen (§ 4 Nr. 3 UStG) wird diese Umsatzart im Verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel hauptsächlich durch die

Ausfuhrleistung repräsentiert (§ 4 Nr. 1 UStG). Der Quotient aus steuerfreien Umsätzen mit Vorsteuerabzug und dem gesamten Umsatz spiegelt so gewissermaßen den Exportanteil dieser Wirtschaftsbereiche wider. Bedingt durch den höheren Anteil der steuerfreien Umsätze mit Vorsteuerabzug (1988: 14,0 %, 1986: 13,2 %) blieb das Wachstum der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge (+7,2 %) hinter dem Anstieg der Gesamtumsätze zurück.

Die abziehbaren Vorsteuerbeträge, die ihrerseits mit +7,5 % ebenfalls ei-

ne höhere Steigerung erfahren haben als die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge, verstärkten schließlich das gegenüber dem Umsatzwachstum unterdurchschnittliche Abschneiden der Umsatzsteuer. Dies verdeutlicht, daß das Ausmaß der von den Unternehmen abzuführenden Umsatzsteuer in entscheidendem Maße vom Wert der Ausfuhr (steuerfrei) und der Einfuhr (die hierbei anfallende Einfuhrumsatzsteuer ist im Rahmen der abziehbaren Vorsteuerbeträge berücksichtigt) mitbestimmt wird. Die Einfuhrumsatzsteuer – um einen Wert aus den Nachweisungen über das Steueraufkommen zu nennen – betrug 1988 rd. 22,9 Mrd. DM und lag damit über dem Betrag der Umsatzsteuer.

Wie differenziert die Aktivitäten der Unternehmen auf den verschiedenen Produktions- und Handelsstufen ablaufen, ist aus der Gegenüberstellung des relativen Gewichts der Vorleistungen nach Branchen ersichtlich.⁴⁾ Die Vorsteuerabzüge fielen im Verhältnis zum steuerbaren Umsatz beim Handel am deutlichsten aus (10,5 % beim Groß- und 10,0 % beim Einzelhandel). Relativ hohe Quoten, als Ausdruck der Leistungen in vorgelagerten Produktionsstufen, waren auch im Wirtschaftsbereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau (9,6 %) und im

Abziehbare Vorsteuern und steuerfreie Umsätze mit Vorsteuerabzug für ausgewählte Branchen im Verhältnis zum Branchenumsatz 1988						
Merkmal	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Großhandel	Einzelhandel	Dienstleistungen ¹⁾
	%					
Quote der abziehbaren Vorsteuern	9,6	9,1	7,8	10,5	10,0	6,7
Quote der steuerfreien Umsätze mit Vorsteuerabzug	3,2	25,4	2,8	9,4	2,0	2,4

1) Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

3) Vgl. Sölch-Ringleb-List, Kommentar zur Umsatzsteuer; § 15, S. 5.

4) wirtschaftliche Gliederung gemäß der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979

Verarbeitenden Gewerbe (9,1 %) festzustellen. Geringere Vorleistungsquoten wiesen dagegen das Baugewerbe und der Dienstleistungsbe- reich auf. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß in diesen Bereichen die Wertschöpfungsquote am höchsten lag.

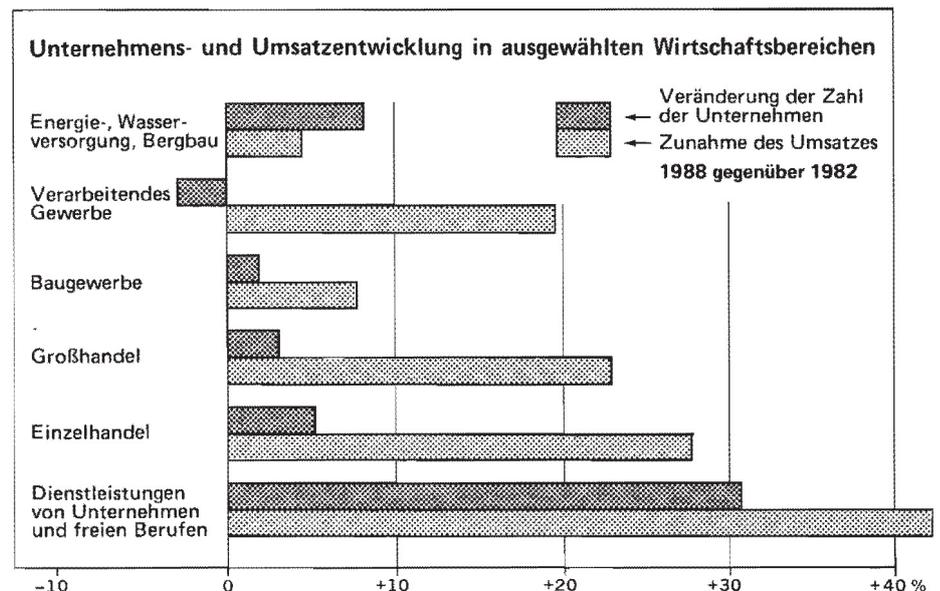
Die im Verhältnis zum Branchenum- satz hohen steuerfreien Umsätze mit Vorsteuerabzug im Verarbeitenden Gewerbe führten zusammen mit dem erheblichen Anteil der abziehbaren Vorsteuern dazu, daß die Unterneh- men dieses Wirtschaftsbereiches nur rd. 16,4 % der von der Gesamtwirt- schaft an das Finanzamt abgeführten Umsatzsteuer zu entrichten hatten. Die größten Umsatzsteuerschuldner waren die Dienstleistungsunterneh- men, obwohl sie nur 8,2 % des Umsat- zes der gesamten Wirtschaft abwik- kelten. Ungeachtet der geschilderten Abführung der Steuer durch den Un- ternehmer kommt die Umsatzsteuer indes in ihrer wirtschaftlichen Wir- kung einer Verbrauchsteuer gleich. In der Regel wird sie als Bestandteil des Preises an den Endverbraucher wei- tergegeben.

Wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Branchen

Ausgangspunkt für die nachfolgende Branchenbetrachtung ist das Jahr 1982. Nach Überwindung des kon- junkturellen Einbruchs der Jahre 1981 /82 repräsentiert dieser Zeitraum eine konjunkturelle Aufschwungsphase, in der das nominale Bruttoinlandspro- dukt trotz vielfältiger Störungen bis zum Jahre 1988 um fast 4,2 % jährlich gestiegen ist. Unternehmensgrün- dungen und Umsatzentwicklung wa- ren dadurch begünstigt. Wie die nach- stehende Abbildung ausweist, nahm der Unternehmensbestand mit Aus- nahme des Verarbeitenden Gewerbes in den hier betrachteten Wirtschafts- bereichen durchweg zu.

Umsatz- und Steueranteile ausgewählter Branchen 1988							
Merkmal	Gesamt- wirtschaft	Darunter					
		Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe	Groß- handel	Einzel- handel	Dienstlei- stungen ¹⁾
	Mill. DM	%					
Steuerbarer Umsatz	1 258 281	6,5	39,7	4,7	23,2	13,8	8,2
Umsatzsteuer	20 671	13,7	16,4	16,2	7,5	16,6	24,7

1) Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht



Die stürmischste Entwicklung kenn- zeichnete dabei den Dienstleistungs- sektor, in dem die Zahl der Unterneh- men um knapp ein Drittel höher lag als 1982. Aufgrund der neu hinzuge- tretenen Unternehmen und der Um- satzausweitung bestehender Firmen erhöhte sich auch der Umsatz in die- sem Bereich beträchtlich. Ein über- durchschnittliches Umsatzwachstum zeichnete auch die Handelsbranche aus. Die Steigerung der Handelsakti-

vitäten im Großhandel führte zu ei- nem Umsatzanstieg um 22,6 %, und im Einzelhandel schlug sich die Bele- bung des privaten Endverbrauchs mit einem Plus von 27,8 % nieder.

Hinsichtlich der Rangfolge der Um- satzanteile lag das Verarbeitende Ge- werbe mit 39,7 % des Umsatzes der Gesamtwirtschaft vor dem Handel (37,5 %) – wie schon 1982. Auf den beiden folgenden Plätzen fand dage- gen ein Wechsel statt. Mit einem Um- satzanteil von 8,2 % lag der aufste- nende Dienstleistungssektor vor dem

Bergbau und Versorgungsbereich und konnte damit seinen erstmals 1986 erreichten Rang beibehalten.

Im Bereich Bergbau und Versorgung verlief die Entwicklung uneinheitlich. Im Bergbau trug die im sog. Jahrhundertvertrag zwischen Bergwerksbetreibern und Stromerzeugern vereinbarte Verwendung von heimischer Steinkohle zur Energieerzeugung zu einer gewissen Stabilisierung des Umsatzes bei (1982/88: +1,9%). Umsatzfördernd war auch der durch die höhere Stahlnachfrage bewirkte vermehrte Koks-Einsatz. Hingegen war die Umsatzentwicklung im Versorgungsbereich von gegenläufigen Einflüssen bestimmt. Zwischen 1982 und 1986 schlug sich der konjunkturrell bedingte Mehrverbrauch der gewerblichen Abnehmer in einem gestiegenen Umsatzvolumen (+18,9%) nieder. Danach fiel der Umsatz in 1988 jedoch witterungs- und preisbedingt wieder zurück (-11,5%). Dennoch verblieb für den gesamten Betrachtungszeitraum 1982/88 eine Steigerung um 5,1% (Bergbau und Versorgung: +4,4%). Einen starken Umsatzeinbruch verzeichneten vor allen Dingen die Gasversorgungsunternehmen. Gas hatte sich zwischen 1986 und 1988 um rd. 26% verbilligt.

Die Baubranche wurde von der allgemeinen Konjunkturentwicklung erst ab 1988 spürbar begünstigt. Die starke Nachfrage nach Wohnraum stimulierte den privaten Wohnungsbau zu Neu- und Umbauten, während der Wirtschaftsbau von der allgemein belebten Investitionstätigkeit profitierte. Die Steigerung der umgesetzten Bauleistungen im Ausbaugewerbe (1982/88: +22,1%) übertraf dabei die des Bauhauptgewerbes (+1,3%) bei weitem (Gesamtbranche +7,5%). Der Umsatzanteil des Bauhauptgewerbes an der Gesamtbranche sank dadurch im Beobachtungszeitraum von 70 auf rd. 66%.

Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 1982 und 1988 nach Wirtschaftsbereichen								
Wirtschaftsbereich	1982				1988			
	Steuerpflichtige		steuerbarer Umsatz		Steuerpflichtige		steuerbarer Umsatz	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	402	0,1	78 738	7,6	434	0,1	82 207	6,5
Verarbeitendes Gewerbe	75 505	15,8	419 094	40,3	73 371	13,7	500 130	39,7
Baugewerbe	53 866	11,3	55 247	5,3	54 884	10,2	59 419	4,7
Handel	152 948	32,1	378 714	36,4	160 500	30,0	471 321	37,5
darunter								
Großhandel	32 237	6,8	238 245	22,9	33 229	6,2	292 003	23,2
Einzelhandel	103 254	21,6	135 530	13,0	108 610	20,3	173 183	13,8
Dienstleistungen ¹⁾	163 316	34,2	72 269	7,0	213 038	39,8	102 728	8,2
Übrige	31 018	6,5	35 578	3,4	33 424	6,2	42 476	3,4
Insgesamt	477 055	100	1 039 640	100	535 651	100	1 258 281	100

1) Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Umsatzstarkes Verarbeitendes Gewerbe

Eine detaillierte Branchenuntergliederung des Verarbeitenden Gewerbes weist aus, daß die Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und in der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen mit zusammen rd. 22,4 (1982: 21,2) % Anteil am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes lagen, ferner in der chemischen und mineralölverarbeitenden Industrie einschl. der Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen (18,0/19,6%) sowie der Metallherzeugung und -bearbeitung (19,1/19,0%). Die lebhafteste Investitionstätigkeit beschränkte dem erstgenannten Bereich einen Umsatzzuwachs um 26%. Neben Rationalisierungsinvestitionen waren zunehmend auch Erweiterungen der bestehenden Produktionsmöglichkeiten gefragt. (Siehe Tabelle S. 678.)

Nachdem lange Zeit die Herstellungskapazitäten reduziert werden mußten, wies zuletzt auch die Stahlnachfrage wieder einen höheren Stand auf. Bei Metallherzeugern und -bearbeitern führte dies zu Umsatzsteigerungen in Höhe von 19,9%. Demgegenüber fiel das Wachstum der chemischen und

mineralölverarbeitenden Industrie etwas verhaltener aus (+9,5%). Die Situation war einerseits durch die in den Unternehmen erzielten Produktivitätsfortschritte und eine die Kosten senkende höhere Kapazitätsauslastung gekennzeichnet, andererseits herrschte in manchen Sparten wie z. B. den Standardkunststoffen und Chemiefasern ein Überangebot vor, das auf die Preise drückte. Der Gesamtzuwachs entstand überwiegend durch Lieferungen und Leistungen in das Ausland (+32,9%), während der Inlandsumsatz im Betrachtungszeitraum – bei allerdings hohem Niveau – demgegenüber zurückblieb (+2,2%). Der Anteil des Auslandsumsatzes – hier gleichgesetzt mit der Höhe der steuerfreien Umsätze mit Vorsteuerabzug, bezogen auf den Gesamtumsatz der Branche – erhöhte sich von 23,8 auf 28,9%. Der Umstand eines gegenüber dem Inlandsumsatz stärker gestiegenen Exports war nicht allein auf die chemische Industrie beschränkt, wenngleich in den übrigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes keine so starken Divergenzen feststellbar waren. Der vom expandierenden Welthandel ausgehende rege Warenaustausch erstreckte sich auch auf die Stahlnachfrage des Landes.

Während in das Ausland um 29,4 % mehr Waren geliefert wurden, belief sich die Steigerung des Inlandsumsatzes auf 16,4 %. Die Exportquote in der metallherstellenden und -bearbeitenden Branche erhöhte sich demzufolge von 27,2 auf 29,3 %. Die Steigerungsraten im Bereich Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen betrugen 21,4 % beim Inlands- und 35,3 % beim Auslandsumsatz. Der Ausfuhranteil machte 1988 36,2 % des Gesamtumsatzes aus (1982: 33,7 %). Damit wurde in der exportstärksten Branche etwas mehr als jede dritte DM im Ausland umgesetzt.

Dynamischer Dienstleistungsbereich

Erhebliche Zuwachsraten, sowohl beim Umsatz als auch im Unternehmensbestand, kennzeichneten den Dienstleistungsbereich.⁵⁾ Auf dessen zunehmende Bedeutung ist schon vielfach hingewiesen worden. In den entwickelten Volkswirtschaften ist ein struktureller Wandel erkennbar, der oftmals auch als Übergang von der Waren- zur Dienstleistungswirtschaft bezeichnet wird. So weisen persönliche Dienstleistungen und auch Leistungen zur Entsorgung der Umwelt zum Teil beeindruckende Umsatzsteigerungen auf. Dienstleistungsunternehmen des Bereichs Wäscherei, Körperpflege, Fotoateliers und andere persönliche Dienstleistungen erhöhten ihren Umsatz zwischen 1982 und 1988 um rd. 32 %. Im Bereich Gebäu-

dereinigung, Abfallbeseitigung und andere hygienische Einrichtungen wuchs das Umsatzvolumen sogar um 62 %. Bei Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Unterhaltung wurden 68 % mehr umgesetzt und auch im Gesundheits- und Veterinärwesen war die Steigerung um 65 % recht beeindruckend. (Siehe Tabelle S. 678.)

Auch weiterhin ist mit einem wachsenden Bedarf dieser Dienste zu rechnen. Ihr Anteil am gesamten Dienstleistungsgeschäft fällt derzeit jedoch noch relativ gering aus. Auf die angesprochenen Geschäftszweige entfielen rd. 22,8 (1982: 20,4) % des Umsatzes der gesamten Dienstleistungsbranche. Der angestammte Bereich der Gastronomie entwickelte sich mit einem Umsatz-Plus von 22,6 % ebenfalls beachtlich. Angesichts der weit höheren Veränderungsraten in den meisten der übrigen Teilbereiche, ging der Umsatzanteil jedoch zurück (1982: 16,6 %; 1988: 14,3 %). Eindeutige Schwerpunkte lagen in den – weitgehend – von Unternehmen nachgefragten Dienstleistungen. Von Produktionsunternehmen werden zunehmend Tätigkeiten auf externe Anbieter verlagert. So sind viele der Dienstleistungen nicht denkbar ohne die dahinterstehende Produktion und vielmehr Ausfluß einer zunehmenden Spezialisierung innerhalb der arbeitsteiligen Wirtschaft. Davon profitierte u. a. der Bereich Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung sowie weitere Dienstleistungen für Unternehmen, wie z. B. Markt- und Meinungsforschung, Datenverarbeitung, Ausstellungs- und Messwesen, Grundstücks-, Gebäude- und Fahrzeugüberwachung, in dem die Umsätze sich um knapp 50 % erhöhten und zu einem Branchenanteil von 35,1 % führten.

Bei den anderweitig nicht genannten (a.n.g.) Dienstleistungen nahmen die Umsätze ebenfalls zu (+55,1 %). Hier

ist besonders das Grundstücks- und Wohnungswesen zu erwähnen (73 % des Umsatzes der a.n.g. Dienstleistungen). In nennenswertem Umfang wurden von Unternehmen auch bewegliche Sachen vermietet (16 % des Umsatzes der a.n.g. Dienstleistungen). Die genannten Anteile enthalten auch die Umsätze der Mobilien- und Immobilien-Leasing-Gesellschaften. Gegenüber herkömmlichen Finanzierungsformen gewinnt das Leasing zunehmend an Bedeutung. Einer Mitteilung aus der Leasingbranche zufolge⁶⁾ werden mehr als 10 % aller Investitionen heute schon als Leasinggeschäfte getätigt. Besonders das Kfz-Leasing und das Leasing im Kommunikationsbereich sind weit verbreitet. ■

6) Handelsblatt Nr. 49/89, S. 36

Auftragseingänge in der Industrie im Juli 1990

Die Auftragslage des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbes stellte sich im Juli 1990 noch positiver dar als vor Jahresfrist. Die Auftragseingänge waren um 8 % höher als im Juli 1989. Entscheidenden Einfluß hatte dabei die überaus lebhaftere Inlandsnachfrage (+12 %; dagegen Auslandsnachfrage: ±0 %).

Den größten Zuwachs bei den Auftragseingängen verzeichneten mit +15 % die Hersteller von Investitionsgütern. Hier kam zu einer verstärkten Auslandsnachfrage (+3 %) auf dem Inlandsmarkt ein regelrechter Nachfragesog (+22 %), insbesondere nach Kraftfahrzeugen. Auch bei den Verbrauchsgütern entwickelten sich die Inlandsbestellungen (+16 %) noch positiver als die Auslandsaufträge (+7 %). Insgesamt stieg die Nachfrage um 14 %. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (insgesamt: ±0 %) konnten Verluste im Auslandsgeschäft (-5 %) durch Mehraufträge im Inlandsgeschäft (+2 %) ausgeglichen werden.

5) Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht. Der Begriff ist, der Systematik folgend, hier eng ausgelegt: Er umfaßt nicht die Handelsgesellschaften, Kreditinstitute, Versicherungs- und Verkehrsunternehmen sowie Unternehmen der Nachrichtenübermittlung, die oftmals auch dem Dienstleistungssektor zugerechnet werden. Ebensovienig sind die von den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes selbst erbrachten Dienstleistungen berücksichtigt.

Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Gemeinden

Ein ADV-Service-Angebot des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NW) zur Unterstützung demographisch orientierter kommunaler Planungen

Die jüngste politische Entspannung und die damit verbundene zunehmende Durchlässigkeit zwischen Ost und West haben gerade an der Nahtstelle, in Deutschland, zu unerwarteten Entwicklungen geführt. Aus demographischer Sicht ist vor allem auf die stark gestiegene Zahl von aus der DDR und den östlichen Nachbarländern zugewanderten Menschen zu verweisen. Wenngleich die künftige demographische Entwicklung gerade dieser Komponente z. Z. kaum abschätzbar erscheint – zumal sie von der weiteren politischen, aber auch wirtschaftlichen Entwicklung bei den östlichen Nachbarn und vor allem in der DDR*) mitbestimmt wird –, ist aus heutiger Sicht bereits festzustellen, daß sich die demographische Landschaft gegenüber früheren Erwartungen beachtlich verändert hat. Dies hat auch dazu geführt, daß viele Planungsbereiche dringend neuer Modellrechnungen bedürfen, anhand derer eine Aktualisierung der Planungsgrundlagen vorgenommen werden kann.

Für die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat das LDS NW im Winter 1989/90 eine Bevölkerungsprognose erstellt, die den jüngsten verstärkten Zuwanderungen bereits weitgehend Rechnung zu tragen vermag. Diese Prognose enthält für das Land Nordrhein-Westfalen Ergebnisse bis zum Jahr 2020; unterhalb der Landesebene werden Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Kreise ausgewiesen, wobei der Prognosehorizont aber bis zum Jahr 2005 verkürzt ist¹⁾.

Es ist offensichtlich, daß bei Bevölkerungsprognosen die Fehlerrisiken tendenziell ansteigen, wenn der Prognosehorizont ausgeweitet oder die sachliche Differenzierung erweitert

wird. Auch wachsende räumliche Darstellungstiefe führt – unter sonst gleichen Umständen – zu zunehmenden Fehlerrisiken. Daher wird vom LDS NW im Rahmen der Arbeiten für die Landesregierung eine Bevölkerungsprognose standardmäßig für die Kreisebene – mit mindestens 100 000 Einwohnern je Einheit – nicht aber für die kreisangehörigen Gemeinden – mit teilweise weniger als 10 000 Einwohnern – berechnet; denn eine flächendeckende, methodisch einheitliche Modellrechnung auf der kommunalen Ebene erscheint schon wegen der dort bestehenden Größenunterschiede kaum sinnvoll.

Gleichwohl zeigt eine zunehmende Zahl von Anfragen aus dem kommunalen Raum, daß auch auf dieser Ebene derzeit großer Bedarf an aktuellen demographischen Modellrechnungen besteht. Hierin spiegelt sich das charakteristische Dilemma von Vorausberechnungen wider, daß ihnen um so mehr Interesse entgegengebracht wird, je unsicherer die Zukunftserwartungen sind und je schwieriger solche Berechnungen mithin durchzuführen sind.

In dieser Situation wird vom LDS NW – sofern Interesse besteht – angeboten, für die kommunale Ebene „eigenverantwortlich“ Modellrechnungen im Landesamt durchführen zu lassen²⁾. Das LDS NW setzt dabei seine Datenverarbeitungskapazität einschl. „Software“ ein; die Annahmen für die Modellrechnungen sind dagegen von den Interessenten selbst festzulegen.

Wie das Verfahren, für das je nach Arbeitsumfang die im Landesamt entstehenden Selbstkosten³⁾ in Rechnung gestellt werden, im einzelnen abläuft, wird im folgenden erläutert.

Das ADV-Service-Angebot „Kommunale demographische Modellrechnungen“ im Überblick

Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen sei eine Anfrage aus „Mittelstadt“, einer Modellstadt, die zwar in der Realität nicht existiert, die für die kreisangehörigen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen aber insofern charakteristisch ist, als sie eine Bevölkerungszahl aufweist, die gerade dem Mittelwert aller kreisangehörigen Gemeinden entspricht, wobei auch die Gliederung der Einwohner nach Alter und Geschlecht den gemeindlichen Durchschnitt repräsentiert. Für den Basisstichtag, 1. 1. 1989, ist dann von rd. 25 000 Personen auszugehen, die sich entsprechend der im Schaubild dargestellten Alterspyramide verteilen. Die Anfrage aus „Mittelstadt“ zielt typischerweise darauf ab, die künftige Bevölkerungsentwicklung in einem Planungszeitraum von einigen Jahren – angenommen bis zum Jahr 2005 – auszuloten.

Das LDS NW kann hierfür den Einsatz eines Rechenmodells anbieten, anhand dessen eine Basisbevölkerung – wie in der Alterspyramide nach Geschlecht und 100 Altersjahren gegliedert – Jahr für Jahr schrittweise fortgeschätzt wird. Veränderungen des Bevölkerungsstandes kommen im Jahresverlauf modellgemäß dadurch zustande, daß vorauszuberechnende Geburten, Sterbefälle sowie der Wanderungseinfluß eingerechnet werden und die Altersanschiebung um ein Jahr hochgezählt wird⁴⁾.

Das soeben erläuterte Rechenmodell arbeitet – wie vielfältige Anwendungen gezeigt haben – fehlerfrei; die Beschaffenheit der Ergebnisse (Modell-Output) wird aber darüber hinaus

*) Redaktionsschluß war Juni 1990. Aus aktueller Sicht ist anstelle der DDR nun auf die neu entstandenen Bundesländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR abzuheben.

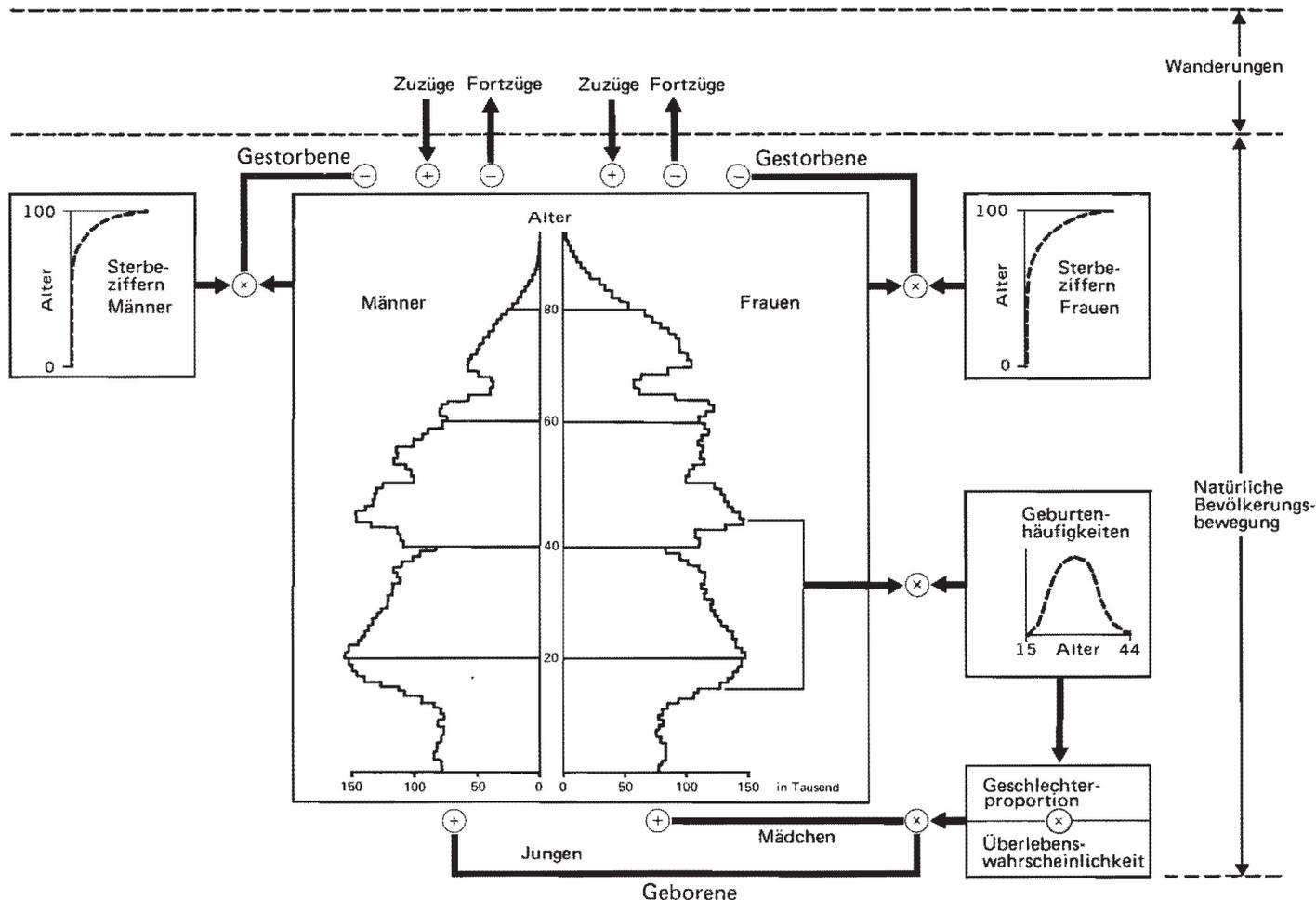
1) Die Prognose ist veröffentlicht als Heft 634 der „Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen“, LDS NW (Hrsg.), Düsseldorf 1990.

2) Bislang kommt das Interesse vornehmlich aus dem Kreis der für die Regionalplanung oder bestimmte Fachplanungen (z. B. Schulentwicklungsplanung) in den Gemeinden oder den Landesmittelbehörden zuständigen Mitarbeiter.

3) Eine Kostenkalkulation kann nur im Einzelfall – u. a. abhängig von der Zahl der gewünschten Varianten – vorgenommen werden; ein Betrag von ca. 500 bis 1 000 DM deckt dabei die Spanne, die je Gemeinde-Rechnung erfahrungsgemäß zu veranschlagen ist.

4) Modelle, die wie das beschriebene, auf der Berücksichtigung der für die demographischen Bewegungen maßgeblichen Komponenten beruhen, werden als Modelle der „Komponentenvorausschätzung“ bezeichnet.

Bevölkerungsprognose – Grundmodell



stark von den für das Modell erforderlichen Eingaben (Modell-Input) beeinflusst. Mit dem Modell-Input sind die eigentlichen prognostischen Schwierigkeiten verbunden. Neben einer nach Geschlecht und (100) Altersjahren gegliederten Basisbevölkerung sind für das vorliegende Modell zur Vorausberechnung der Komponenten Eingaben noch zu folgenden Parametern erforderlich:

- Geburtenwahrscheinlichkeiten für Frauen im Alter von 15, 16, ..., 45 Jahren

- Sterbewahrscheinlichkeiten für Frauen und Männer getrennt, im Alter von 0, 1, ..., 99 Jahren
- Wanderungssalden für Frauen und Männer getrennt, im Alter von 0, 1, ..., 99 Jahren.

Das Rechenmodell erwartet Vorgaben für die Parameter in allen einzelnen Jahren des Vorausberechnungszeitraumes. Es ist aber möglich, die Parameter für einige oder alle Jahre als unverändert anzunehmen. Zulässig ist ebenfalls die Vorgabe des Fehlens von Wanderungssalden; eine solche Modell-Variante ohne Wande-

rung spiegelt dann lediglich den isolierten Einfluß der sich durch Geburten und Sterbefälle ergebenden „natürlichen Bewegung“ auf den künftigen Bevölkerungsstand wider.

Die Festlegung der Eingabeparameter ist zwar Angelegenheit des Auftraggebers, das LDS NW kann dabei aber Unterstützung geben, indem es aussagekräftiges Material zur demographischen Entwicklung in der Vergangenheit zusammenstellt.

Für die Modellrechnungen für „Mittelstadt“ habe sich der Auftraggeber – so sei angenommen – auf folgendes „Paket“ von Annahmen für die Entwicklung der Parameter im gewünschten Vorausberechnungszeitraum (bis zum Jahr 2005) verständigt:

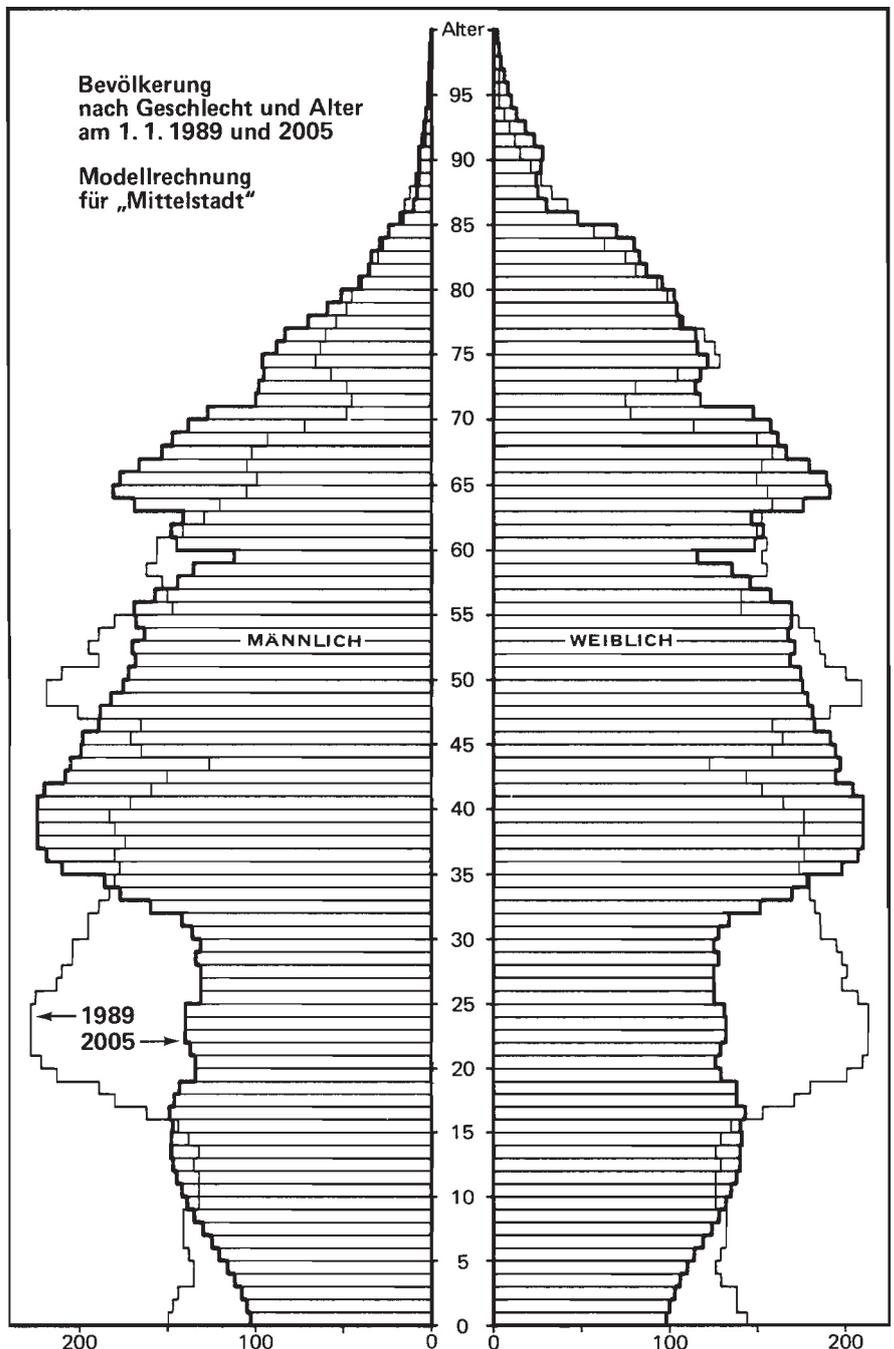
- die Geburtenwahrscheinlichkeiten bleiben konstant
- die Sterbewahrscheinlichkeiten bleiben konstant
- die Wanderung ist ausgeglichen⁵⁾.

Diese Vorgaben dürften zwar für die meisten Gemeinden in Nordrhein-Westfalen schon deshalb kaum realistisch sein, weil teils ausgeprägte Wanderungsgewinne, aber auch -verluste, die in der Vergangenheit zu beobachten waren, auch für die Zukunft entsprechende Wanderungseinflüsse erwarten lassen. Zur beispielhaften Erläuterung des Verfahrens sei im folgenden aber dennoch auf diese Variante (ohne Wanderung) abgestellt. Nachzutragen ist noch, wie die im Modell verwandten Geburten- und Sterbewahrscheinlichkeiten ermittelt wurden. Hierfür kann man zunächst für eine „Proberechnung“ von empirisch gut abgesicherten Parameterverteilungen übergeordneter Regionaleinheiten ausgehen⁶⁾. Entscheidend dafür, daß die eigentlichen Modellergebnisse die empirischen Verhältnisse in der betrachteten Gemeinde, also in „Mittelstadt“, repräsentieren, ist eine anschließende Anpassung der im Probelauf verwandten Parameterverteilungen an die dortige demographische Realität⁷⁾.

5) Das Modell erwartet (in jedem Vorausberechnungsjahr) für den Wanderungssaldo der Männer und Frauen in allen (100) Altersjahrgängen Vorgaben, also insgesamt 200 Werte; die hier getroffene Annahme ist dementsprechend als „Nullsaldo in allen 200 Fällen“ zu verstehen.

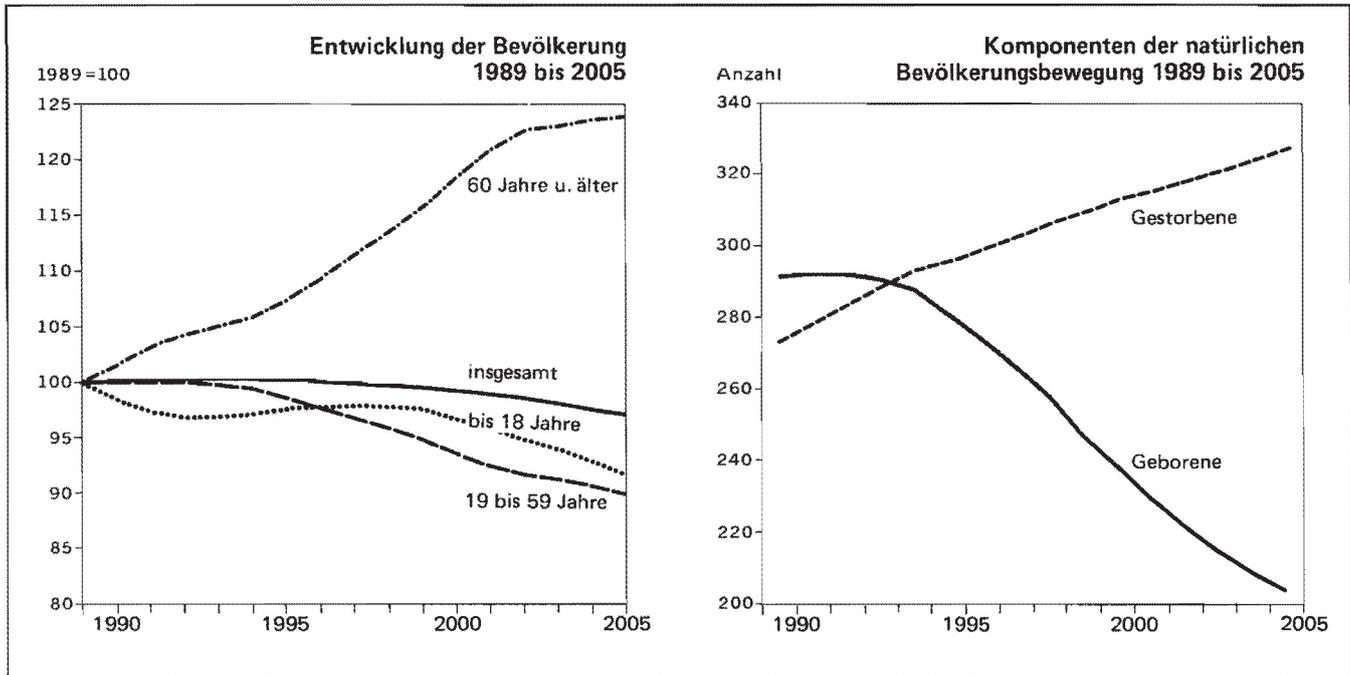
6) Es wurde vom bevölkerungsreichsten Kreis Nordrhein-Westfalens, dem Kreis Recklinghausen, ausgegangen.

7) „Mittelstadt“ habe im Jahr 1989 mit 291 Geburten und 273 Sterbefällen – dies seien, wie bereits bei der Basisbevölkerung unterstellt, gerade die dem 89er Durchschnitt aller kreisangehörigen Gemeinden entsprechenden Zahlen – aufzuweisen.



Die Ergebnisse der Modellrechnung haben ebenfalls vornehmlich exemplarischen Charakter; sie verdeutlichen den mit dem Modell-Output verbundenen Informations-Service.

Die für das Ende des gewünschten Vorausberechnungszeitraumes (1. 1. 2005) errechnete Alterspyramide veranschaulicht das Ergebnis graphisch. Die Einwohnerzahl in „Mittelstadt“ ist



insgesamt zurückgegangen, wobei gleichzeitig ein Alterungsprozeß gegenüber der Ausgangsbasis zum 1. 1. 1989 erkennbar wird. Ergebnisse zum Bevölkerungsbestand – entsprechend der Alterspyramide nach Geschlecht und 100 Altersjahren gegliedert – sind im Rahmen der Modellrechnung auch für beliebige Zwischenjahre von 1989 bis 2005 zu dokumentieren. In der Tabelle ist die Darstellung der Übersichtlichkeit halber auf 4 Stichtage und 3 Altersgruppen beschränkt.

Außer Ergebnissen zur Bestandsentwicklung sind auch die vorausberechneten Bevölkerungsbewegungen, die Geburten und die Sterbefälle, von Interesse. Die Graphik veranschaulicht, daß die Geburten in den ersten Jahren die Sterbefälle übersteigen dürften (Geburtenüberschuß); ab dem

Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung in „Mittelstadt“ 1989 bis 2005 – Bevölkerungsstand				
Jahr (jew. Jahresanfang)	Bevölkerung			
	insgesamt	davon im Alter von ... Jahren		
		0 – 18	19 – 59	60 und mehr
Anzahl				
1989	25 485	5 349	15 132	5 004
1995	25 505	5 221	14 909	5 375
2000	25 258	5 175	14 155	5 928
2005	24 729	4 898	13 637	6 194
Meßziffer 1989 = 100				
1995	100,1	97,6	98,5	107,4
2000	99,1	96,7	93,5	118,5
2005	97,0	91,6	90,1	123,8

Jahr 1993 kehrt sich dieses Verhältnis dann allerdings in einen Sterbefallüberschuß um⁸⁾.

Abschließende Bemerkungen

Die Modellrechnung für „Mittelstadt“ zeigt exemplarisch, daß unter den getroffenen Annahmen von unveränderten Geburtenhäufigkeiten und konstanter Mortalität bei gleichzeitigem Fehlen von Wanderungseinflüssen die Bevölkerung mittelfristig rück-

8) Diese Umkehrung ist Konsequenz des zunehmenden demographischen Alterungsprozesses, der über die Zahl von Personen im üblichen Heiratsalter auch die der Geburten zurückgehen läßt und gleichzeitig mit zunehmender Zahl von Älteren auch die Sterbefallzahl ansteigen läßt.

Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung in „Mittelstadt“ 1989 bis 2005 – Bevölkerungsveränderung				
Zeitraum	Geborene	Gestorbene	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortgezogenen (-)
			Anzahl im Jahresdurchschnitt	
1989 – 1994	289	285	+ 4	-
1995 – 1999	256	306	- 50	-
2000 – 2004	215	321	-106	-
1989 – 2004	256	303	- 47	-

läufig ist und zunehmend durch ältere Menschen repräsentiert wird. Alternative Annahmen würden demgegenüber auch zu entsprechend veränderten Ergebnissen führen. Vorausberechnungen der vorliegenden Art sind daher als „bedingte Prognosen“ zu interpretieren; ihr Eintreffen ist an das Eintreffen der Annahmen gebunden. Vor diesem Hintergrund ist auch die Frage nach der Eintrittswahrscheinlichkeit zu beurteilen.

Bruttojahresverdienste 1989

Mit durchschnittlich 45 657 DM war der Bruttojahresverdienst (einschl. Sonderzahlungen, wie Weihnachtsgeld, Gratifikationen, Urlaubsgeld u. ä.) der nordrhein-westfälischen Industriearbeiter 1989 um 4,2 % höher als ein Jahr zuvor. Angestellte verdienten in der Industrie im Mittel 65 384 DM (+3,7 %) und im Dienstleistungsbereich (Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe) 48 926 DM (+3,7 %).

Unter den Mittelwerten lagen – bei allerdings anderen Beschäftigtenstrukturen, z. B. in bezug auf Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre – die Bruttoverdienste der Frauen: Industriearbeiterinnen kamen im Schnitt auf 32 310 DM (Männer: 47 552 DM), und weibliche Angestellte in der Industrie bzw. im Dienstleistungsbereich verdienten 47 276 DM bzw. 39 156 DM, während es ihre männlichen Kollegen im Durchschnitt auf 71 294 DM bzw. 57 853 DM brachten.

Für den Planer sind solche Modellrechnungen gleichwohl als interessantes Informationsinstrumentarium anzusehen. Sie veranschaulichen, wie die demographische Entwicklung unter bestimmten evtl. alternativ vorzuziehenden Voraussetzungen verläuft. Damit läßt sich das Spektrum denkbarer Zukunftsszenarien ausloten, so daß unerwünschten Entwicklungen ggf. frühzeitig Rechnung getragen werden kann.

Handwerkerverdienste im Mai 1990

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der im nordrhein-westfälischen Handwerk beschäftigten Arbeiter lag im Mai 1990 mit 18,43 DM um 5,6 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Vollgesellen (z. B. Erst-, Altgesellen, Vorarbeiter, Meister im Stundenlohn) kamen im Schnitt auf 19,05 DM, Junggesellen auf 15,89 DM und übrige Arbeiter auf 16,23 DM pro Stunde.

Unter den erfaßten Handwerkszweigen verdienten die Elektroinstallateure mit 19,22 DM und die Tischler mit 19,15 DM am besten; überdurchschnittliche Löhne waren auch bei den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern (18,90 DM), den Metallbauern (18,86 DM), den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren (18,81 DM) und den Malern und Lackierern (18,45 DM) zu verzeichnen. Am niedrigsten fielen die Stundenverdienste der Kraftfahrzeugmechaniker (17,75 DM), Fleischer (17,22 DM) und Bäcker (16,35 DM) aus.

Getreideernte 1990

Mit 3 587 000 Tonnen liegt die diesjährige Getreideernte (ohne Körnermais) in Nordrhein-Westfalen um 7,6 % unter dem Vorjahresergebnis. Ursachen dieses Rückgangs sind vor allem die ungünstige Witterung (Trockenheit) sowie das verstärkte Auftreten von Pflanzenkrankheiten, die zu einem Rückgang des durchschnittlichen Hektarertrages um 5,2 % auf 5,46 Tonnen je Hektar führten. Dazu kommt die Reduzierung der Anbaufläche um 2,5 % auf 657 000 Hektar.

Für die einzelnen Getreidearten zeigten sich jedoch teils recht unterschiedliche Entwicklungen. So wurde bei der Wintergerste, wohl angeregt durch den Rekordertrag des Vorjahres (6,52 t/ha), erstmals seit vielen Jahren die Anbaufläche ausgeweitet (+2,6 % auf 250 000 ha). Nicht rechtzeitige Insektizidbehandlungen und Trockenschäden ließen den Hektarertrag aber um 18,7 % auf 5,30 t/ha schrumpfen. Er ist in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen niedriger als in allen anderen Bundesländern; das Gesamt-Ernteergebnis liegt hier mit 1 324 000 t um 16,5 % niedriger als 1989. – Beim Winterweizen ist der Ernterückgang (-1,9 % auf 1 607 000 t) fast ausschließlich auf eine geringere Aussaatfläche (-1,7 % auf 257 000 ha) zurückzuführen. Der schon im Vorjahr nicht besonders hohe Hektarertrag konnte infolge Virusbefalls und Trockenheit mit 6,27 t/ha nur knapp gehalten werden. – Bei der um 3,6 % niedrigeren Roggenenernte (236 000 t) ist zu berücksichtigen, daß der Hektarertrag mit 4,55 t/ha zwar um 4,0 % unter dem Rekordwert von 1989 liegt, aber immer noch um 1,3 % über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre. – Niedrigere Erntemengen sind auch bei den beiden Sommergetreidearten zu verzeichnen, die in NW einige Bedeutung haben: 156 000 t Hafer und 102 500 t Sommergerste bedeuten im Vergleich zu 1989 ein Minus von 4,9 % bzw. 25,9 %. Die extrem niedrigen Erträge des Vorjahres konnten zwar erhöht werden (Hafer: +33,4 % auf 3,87 t/ha; Sommergerste: +9,9 % auf 4,01 t/ha), doch wurde die Anbaufläche weiter stark reduziert: beim Hafer um 28,5 % auf 40 000 ha, bei der Sommergerste sogar um 32,6 % auf 26 000 ha.

Die Struktur der Unternehmen am 25. Mai 1987

In der Arbeitsstättenzählung 1987 wurden alle gewerblichen Arbeitsstätten einer der drei Niederlassungsarten Hauptniederlassung, Zweigniederlassung oder einzige Niederlassung zugeordnet. Da aufgrund der Erhebungsmethode¹⁾ die einzelnen Zweigniederlassungen eines Unternehmens nicht zusammengeführt werden konnten, beruhen die unternehmensbezogenen Ergebnisse der Zählung ausschließlich auf den Antworten der Hauptniederlassungen von Unternehmen mit mehreren Arbeitsstätten (Mehrbetriebsunternehmen) und denen der einzigen Niederlassungen, für die das Unternehmens- und das Arbeitsstättenergebnis ohnehin identisch ist. Die an alle Arbeitsstätten gerichtete Frage nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des gesamten Unternehmens diente daher nur der Feststellung von Unterschieden zwischen den Tätigkeiten der einzelnen örtlichen Unternehmensteile und jenen des gesamten Unternehmens.

Wie in vielen anderen Statistiken war auch in der Arbeitsstättenzählung das Unternehmen definiert als jeweils kleinste rechtlich selbständige Einheit, unabhängig von der Zugehörigkeit zu Organschaften und Konzernen. Der Merkmalskatalog für diese Darstellungseinheit enthält die Merkmale Wirtschaftszweig, Handwerkseigenschaft, Rechtsform, Beschäftigte nach Geschlecht und Stellung im Beruf sowie die Summe der Bruttolöhne und -gehälter im Kalenderjahr 1986. Regional wurden die Mehrbetriebsunternehmen stets dem Ort der Hauptniederlassung zugeordnet. Da diese Regelung auch die in anderen Bundesländern befindlichen Zweigniederlassungen einschließt, ergibt sich neben den abweichenden Wirt-

schaftszweigzuordnungen ein weiterer Grund dafür, daß das Unternehmensergebnis nicht mit der Summe der zugehörigen Arbeitsstättenergebnisse²⁾ gleichzusetzen ist. Die nichtgewerblichen Arbeitsstätten von Behörden, Kirchen, Verbänden und anderen Organisationen ohne Erwerbszweck werden in diesem Zusammenhang nicht dargestellt, weil weder die Berücksichtigung des Trägers der Arbeitsstätte noch andere denkbare Zuordnungskriterien eine dem Unternehmen vergleichbare Darstellungseinheit ergeben hätten. Die Arbeitsstätten der Bundespost, der Bundesbahn und der Bundesbank wurde dagegen wie gewerbliche Arbeitsstätten behandelt und zu Unternehmen mit fiktiven Sitzen in Bonn bzw. Frankfurt zusammengefaßt. Insbesondere bei Ländervergleichen ist daher zu beachten, daß die Deutsche Bundespost mit 520 603 Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Unternehmensergebnis enthalten ist, auch wenn in den folgenden Beschreibungen der Unternehmensstrukturen nicht jeweils auf diesen Sachverhalt hingewiesen wird.

Ohne die Deutsche Bundespost gab es am 25. Mai 1987 in Nordrhein-Westfalen 520 062 Unternehmen mit insgesamt 5 642 264 Beschäftigten. Im Vergleich zum entsprechenden Ergebnis aus der Arbeitsstättenzählung 1970 bedeutet dies eine Zunahme der Zahl der Unternehmen um 39 421 (+8,2 %) bei einem gleichzeitigen Verlust von 204 017 (-3,5 %) Beschäftigten. Wie bereits anhand der Arbeitsstättenergebnisse zu erkennen war, ist auch der Rückgang der Beschäftigtenzahlen in den Unternehmen des Landes als Folge des wirtschaftlichen Wandels zugunsten der Dienstleistungsbereiche zu sehen. Im gesamten Bundesgebiet verloren die Unternehmen der Wirtschaftsabteilungen Bergbau und Energie, Verarbeitendes

Gewerbe und Baugewerbe zusammen 2 086 897 Beschäftigte, von denen 43,8 % allein auf Nordrhein-Westfalen entfielen. Der Sachverhalt, daß in Nordrhein-Westfalen die positive Beschäftigtenentwicklung aller übrigen Bereiche der gewerblichen Wirtschaft diesen Rückgang nicht völlig ausgleichen konnte, darf jedoch nicht überbewertet werden, denn im gleichen Zeitraum stieg allein die Zahl der tätigen Personen in Arbeitsstätten von Organisationen ohne Erwerbszweck und Behörden um 452 774 auf 1 242 275. Dieser Bestand entspricht einem Anteil von 25,3 % am zugehörigen Bundesergebnis. Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Beschäftigten in gewerblichen Unternehmen ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundesbank betrug 26,7 %, ist seit 1970 um 2 Prozentpunkte gesunken und liegt damit erstmalig knapp unter dem Bevölkerungsanteil (27,4 %). Außer der bereits angedeuteten tiefgreifenden Veränderung der nordrhein-westfälischen Unternehmensstruktur werden die nachfolgenden Überlegungen zu den einzelnen Merkmalen der Unternehmen zeigen, daß in gewissem Umfang eine Anpassung des Landes an die Wirtschaftsstruktur anderer Länder stattgefunden hat, ohne daß alle charakteristischen Unterschiede zwischen Nordrhein-Westfalen und dem übrigen Bundesgebiet aufgehoben wurden.³⁾

Wirtschaftszweige

Auch wenn an dieser Stelle die Frage nach der Bedeutung der verschiedenen Branchen für das Land Nordrhein-Westfalen auf die Zahl der Beschäftigten in den jeweiligen Unternehmen reduziert wird, sind die eigentlichen Schwerpunkte aus dem

1) Vgl. Berke, Paul: Methodik und Ablauf der Arbeitsstättenzählung 1987, in: Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen 7/86, S. 456 ff.

2) Vgl. Berke, Paul: Die wirtschaftliche Struktur der Arbeitsstätten am 25. Mai 1987, in: Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen 9/89, S. 462 ff.

3) Siehe auch Tabellen Seite 679 ff.

Vergleich der Beschäftigtenzahlen untereinander nicht immer erkennbar. Zum Beispiel entfielen auf die Unternehmen der Wirtschaftsunterabteilung „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau“ zwar 10,7 % der Beschäftigten in den gewerblichen Unternehmen Nordrhein-Westfalens ohne Bundespost, aber der nordrhein-westfälische Anteil dieser Branche am Bundesergebnis umfaßte nur 23,9 % der Beschäftigten. Außerdem entfielen auf jedes im übrigen Bundesgebiet ansässige Unternehmen des Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus im Mittel 43 Beschäftigte, während in Nordrhein-Westfalen eine durchschnittliche Größe von 36 Beschäftigten festgestellt wurde. Aus der Zusammenfassung der bisher geführten Vergleiche ergibt sich, daß diese Wirtschaftsunterabteilung für das Land nicht charakteristisch ist, obwohl 602 051 Beschäftigte hier zuzuordnen waren. Auch die mit 342 813 Beschäftigten zweitgrößte Unterabteilung des Verarbeitenden Gewerbes (Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik) erreichte nur einen Anteil von 19,3 % am Bundesergebnis und enthielt Unternehmen, die im Durchschnitt 12 Beschäftigte weniger aufwiesen als die Unternehmen der anderen Länder. In dieser Branche ist ein weiterer Bewertungsaspekt besonders ausgeprägt: Die in Nordrhein-Westfalen befindlichen Zweigniederlassungen von Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges umfaßten zusammen 94 291 Beschäftigte, während in allen zugehörigen Zweigniederlassungen der nordrhein-westfälischen Unternehmen nur 65 446 Personen beschäftigt waren. Daraus ergibt sich, daß eine bedeutende Zahl an Beschäftigten dieser Branche zu Unternehmen mit Sitz in einem der anderen Bundesländer gehörte.

Unter dem Blickwinkel, daß nicht nur hohe Beschäftigtenzahlen, sondern auch hohe Anteile am Bundesergebnis, überdurchschnittliche Unterneh-

mensgrößen und die Existenz bedeutender Mehrländerunternehmen als Kriterien für den Stellenwert der verschiedenen Branchen zu berücksichtigen sind, erwiesen sich die Wirtschaftsunterabteilungen Großhandel und Einzelhandel als herausragende Schwerpunkte der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Die Einzelhandelsunternehmen erreichten mit 723 474 Beschäftigten einen Anteil von 28,8 % am Bundesergebnis, und der Überhang bei den Zweigniederlassungen im Vergleich zum Arbeitsstättenergebnis belief sich auf 23 235 Personen, obwohl in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte der Beschäftigten des Einzelhandels zu Einbetriebsunternehmen gehörte. Selbst in bezug auf die durchschnittliche Zahl an Beschäftigten je Unternehmen übertraf Nordrhein-Westfalen (7) das übrige Bundesgebiet (6). Auch die Unternehmen des Großhandels mit insgesamt 353 278 Beschäftigten, einem Anteil von 29,5 % an den Beschäftigten des Großhandels im Bundesgebiet und einer überdurchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Unternehmen (12) hatten in Nordrhein-Westfalen ein größeres Gewicht als im übrigen Bundesgebiet.

Weitere für Nordrhein-Westfalen besonders wichtige Wirtschaftszweige sind bereits an ihren Anteilen an den bundesweit vorhandenen Beschäftigten erkennbar. Dazu gehörten die Bereiche chemische Industrie (34,3 %), Metallerzeugung und -bearbeitung (49,4 %), Energieversorgung (33,1 %), Bergbau (70,1 %), Gebäudereinigung und Abfallbeseitigung (31,2 %) und schließlich, auch ohne die Deutsche Bundespost gerechnet, der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (35,6 %). Aus dieser Aufzählung wird ersichtlich, daß auch die Abnahme der Beschäftigten im Produktionsbereich einschließlich der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft um 23,3 % seit 1970 bei einer

gleichzeitigen Zunahme des Dienstleistungsbereichs ohne Handel um 52,5 % nicht ausgereicht hat, die früheren Verteilungen auf die Wirtschaftszweige völlig umzukehren.

Beschäftigtengrößenklassen

Die allgemein starke Abhängigkeit der an den Beschäftigten gemessenen Unternehmensgröße von der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens bewirkt, daß der wirtschaftliche Wandel in Nordrhein-Westfalen auch an der Entwicklung der verschiedenen Größenklassen seit 1970 deutlich abzulesen ist. Insgesamt stieg die Zahl der Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten um 8,7 % auf 509 038, während bei den größeren Unternehmen eine Abnahme um 9,8 % auf 11 025 Unternehmen zu verzeichnen war. Die Veränderung der entsprechenden Beschäftigtenzahlen (+15,4 %; -11,1 %) zugunsten der kleineren Unternehmen führte dazu, daß gegenüber 12 im Jahre 1970 in dieser Arbeitsstättenzählung nur noch 11 Beschäftigte je Unternehmen gezählt wurden. Die für das übrige Bundesgebiet errechnete Vergleichszahl (10) blieb dagegen unverändert. Angesichts der auf dieser Ebene geringen Variabilität der Meßzahl sind daher sowohl die verbleibenden Besonderheiten der nordrhein-westfälischen Unternehmensstruktur als auch die Annäherung an die Struktur der anderen Länder bereits erkennbar. Im Gegensatz zu allen anderen Wirtschaftsabteilungen im Produktionsbereich erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von Unternehmen der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft in allen vorhandenen Beschäftigtengrößenklassen. Da 96,2 % dieser Unternehmen einzige Niederlassungen waren, gab es nur geringfügige Unterschiede zum Arbeitsstättenergebnis. Der vielleicht auf den ersten Blick überraschende Sachverhalt, daß die obersten Beschäftigtengrößen-

klassen im Arbeitsstättenergebnis besser besetzt waren als im Unternehmensergebnis, ist darauf zurückzuführen, daß mehrere große Arbeitsstätten dieses Bereichs als Zweigniederlassungen von Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe in den Ergebnissen erscheinen.

Von den 238 875 Beschäftigten in Unternehmen der Wirtschaftsabteilung Energieversorgung und Bergbau entfielen nicht weniger als 148 019 Beschäftigte auf die zehn größten Bergbauunternehmen und weitere 55 809 Beschäftigte auf die zehn größten Energieversorgungsunternehmen. Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, daß die Zunahmen bei den Unternehmen und Beschäftigten (+46,4 %) in der Größenklasse von 200 bis 499 Beschäftigten ebenso wie der Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Bereich der kleineren Unternehmen die Entwicklung der gesamten Wirtschaftsabteilung kaum beeinflussen konnten, denn in den seit 1970 unverändert vorhandenen 37 größten Unternehmen gingen zusammen 42 664 Arbeitsplätze verloren.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe waren die größeren Unternehmen am Rückgang der Beschäftigtenzahl (-24,8 %) wesentlich beteiligt, obwohl in dieser Branche mit einem Beschäftigtenanteil der 20 größten Unternehmen von nur 16,6 % keine so hohe Unternehmenskonzentration vorlag wie im Bereich Bergbau und Energie. Alle Unternehmen ab 50 Beschäftigten wiesen zusammen 708 822 Beschäftigte weniger auf als im Jahre 1970. Während auch bei den Unternehmen mit weniger als 5 Beschäftigten deutliche Rückgänge zu verzeichnen waren, gab es in der Größenklasse zwischen 5 und 49 Beschäftigten im Vergleich zu 1970 eine nur mäßig veränderte Beschäftigtenzahl (+2,9 %).

Dabei ist zu beachten, daß Handwerksunternehmen, aber auch Industriebetriebe aus der Kunststoffverarbeitung und anderen Branchen mit positiver Entwicklung vorzugsweise in dieser Größenklasse zu finden sind. Die Zahl der Unternehmen im Baugewerbe mit weniger als 20 Beschäftigten erhöhte sich um 6 950. Auf der Gegenseite ergab sich ein Verlust von 1 631 größeren Unternehmen verbunden mit einem Rückgang von insgesamt 170 127 Beschäftigten. Ohne die durch Handwerksunternehmen im Ausbaugewerbe und Kleinstunternehmen im Bauhauptgewerbe getragenen Zuwächse in den unteren Größenklassen hätte sich eine Abnahme der Beschäftigtenzahl um 42,4 % ergeben. Der auch in anderen Bereichen des produzierenden Gewerbes vorhandene Trend zum kleineren Unternehmen ergab daher für das gesamte Baugewerbe gegenüber 15 im Jahre 1970 nur noch 10 Beschäftigte je Unternehmen.

Die Abhängigkeit des gesamten Produktionssektors in Nordrhein-Westfalen von der Entwicklung in den großen Unternehmen ist jedoch immer noch vorhanden, denn mehr als jeder zweite Beschäftigte gehörte auch am 25. Mai 1987 zu einem der Unternehmen mit mindestens 200 Beschäftigten. Die Handelsunternehmen vergleichbarer Größe umfaßten dagegen nur 29,1 % der Beschäftigten, obwohl sich diese Unternehmen seit 1970 um 27 954 (+9,4 %) tätige Personen vergrößert haben. Außerdem verzeichneten die im Handel als Unternehmen mittlerer Größe anzusehenden Einheiten (5 bis 49 Beschäftigte) ebenfalls eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um insgesamt 10,1 %. Durch dieses neue Ergebnis wird zwar der schon früher zu beobachtende Konzentrationsprozeß im Handel deutlich gemildert, ist aber an der Veränderung der Gesamtzahlen für Unternehmen (-9,7 %) und Beschäftigte (+2,4 %) immer noch zu erkennen.

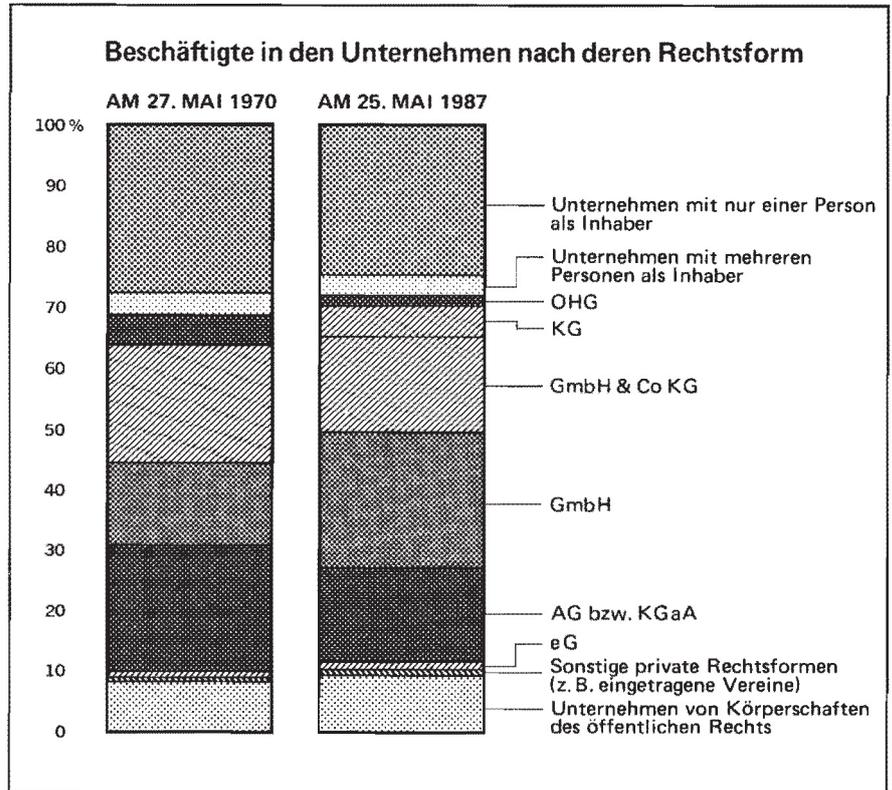
Im Dienstleistungsbereich als Zusammenfassung der Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie von Unternehmen erbrachte Dienstleistungen einschließlich der freien Berufe erstreckte sich die Zunahme an Unternehmen (+38,6 %) und Beschäftigten (+52,5 %) auf alle Beschäftigtengrößenklassen. Vor dem Hintergrund, daß sowohl mehr als 50 % der Einzelunternehmen, aber auch 123 der 433 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten zum Dienstleistungsbereich gehörten, zeigt sich in dieser positiven Entwicklung eine bemerkenswerte Gleichmäßigkeit.

Rechtsformen

Von den 430 362 Einzelunternehmen als Zusammenfassung aller Unternehmen mit einer oder mehreren natürlichen Personen als Inhaber hatten 74,1 % weniger als 5 Beschäftigte. Demgemäß ergab sich für die Unternehmen dieser Rechtsform ein Anteil von 82,8 % an allen Unternehmen, aber ein Beschäftigtenanteil von nur 27,9 %. Höhere Beschäftigtenanteile umfaßten die Einzelunternehmen der Wirtschaftsabteilungen gewerbliche Land- und Forstwirtschaft (83,6 %), Baugewerbe (37,8 %), Handel (37,7 %) und Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen (58,7 %). Im Vergleich zu den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1970 blieb die Zahl der Einzelunternehmen (-1,4 %) nahezu unverändert, während der Rückgang der zugehörigen Beschäftigtenzahl (-12,3 %) genau dieselbe Quote erreichte wie im Vergleich der Zählungsergebnisse aus den Jahren 1961 und 1970. Abgesehen von dem Sachverhalt, daß in allen Branchen mit einem hohen Anteil an Handwerksunternehmen der Bestand an Einzelunternehmen nur

geringen Veränderungen ausgesetzt war, beruht die Erhaltung der Einzelunternehmenszahl ausschließlich auf bedeutenden Zunahmen in den mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten (+107%), der gesamten Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen (+28,5%) und der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft (+87,2%).

In den nicht als Einzelunternehmung organisierten übrigen 89 701 Unternehmen befanden sich zusammen 4 444 247 Beschäftigte. Wegen der im Vergleich zu den Einzelunternehmen zehnfachen durchschnittlichen Beschäftigtenzahl bei erheblichen Größenunterschieden zwischen den jeweiligen Unternehmen sagt die Zahl der auf die verschiedenen Rechtsformen entfallenden Einheiten so wenig aus, daß sich die folgenden Überlegungen auf die Zahl der Beschäftigten beschränken können. Ein weiterer Unterschied zu den Einzelunternehmen ist darin zu sehen, daß Veränderungen in der rechtlichen Organisation dieser Unternehmen häufiger durch steuerliche und andere Erwägungen herbeigeführt werden als durch den wirtschaftlichen Wandel. Bei der Verteilung der 1 378 230 Beschäftigten in Personengesellschaften ohne Sozietäten und ähnliche Unternehmen mit mehreren Inhabern auf die drei Rechtsformen ist ein deutlicher Zusammenhang mit dem Umfang der persönlichen Haftung zu sehen. Auf die offenen Handelsgesellschaften (OHG), in denen alle Gesellschafter unbeschränkt mit ihrem vollen Vermögen haften, entfiel ein Beschäftigungsanteil von nur 7,8% (107 354). In Kommanditgesellschaften (KG) ist, abgesehen vom sogenannten Komplementär, die Haftung der übrigen Gesellschafter normalerweise auf eine Einlage begrenzt. Zu Unternehmen dieser Rechtsform gehörten weitere 22,7% der Beschäftigten. Die übrigen 957 614 Beschäftigten befanden sich



in Unternehmen der Rechtsform GmbH & Co. KG, in der eine nur in Höhe des Stammkapitals haftende Kapitalgesellschaft die Rolle des voll haftenden Komplementärs übernimmt. Da diese Rechtsform in der Arbeitsstättenzählung 1970 mit den Kommanditgesellschaften in einer Merkmalsausprägung zusammengefaßt war, kann die Veränderung der Beschäftigtenzahl in diesen Rechtsformen nicht genau festgestellt werden. Zu vermuten ist jedoch, daß die gemeinsame Zunahme der Beschäftigtenzahl um 2,4% sich ausschließlich auf die GmbH & Co. KG bezieht, weil die der KG nächststehenden offenen Handelsgesellschaften 205 317 (-65,7%) Beschäftigte weniger aufwiesen als im Jahre 1970.

Die seit 1977 bestehende Möglichkeit, die auf Gewinnausschüttungen gezahlte Körperschaftsteuer auf die Ein-

kommensteuerschuld der Anteilseigner anzurechnen, könnte maßgeblich dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) von 9 730 im Jahre 1970 auf 55 662 angestiegen ist. Im Handelsregister befanden sich im Jahre 1987 sogar 95 085 als GmbH eingetragene Unternehmen. Die Differenz von fast 40 000 Unternehmen zeigt, daß diese Rechtsform auch von den in der Arbeitsstättenzählung nicht berücksichtigten Schein- und Mantelgesellschaften ohne eigenes Personal bevorzugt angenommen wurde. Auch der Anstieg der Beschäftigtenzahl um 61,5% seit 1970 auf 1 386 548 betraf bis auf wenige Ausnahmen alle Wirtschaftszweige. Zu den Ausnahmen gehörten die Wirtschaftsunterabteilungen Metallerzeugung und -bearbeitung (-17,4%), Leder-, Textil- und

Bekleidungsindustrie (-16,8%) und die Kreditinstitute (-310 Beschäftigte). In den genannten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes ist dieser Beschäftigtenrückgang ausschließlich auf die allgemeine Entwicklung der Beschäftigtenzahlen (-45,9% bzw. -54,7%) zurückzuführen. Obwohl am 1. 1. 1981 die vorgeschriebene Mindesthöhe des Stammkapitals einer GmbH von 20 000 DM auf 50 000 DM heraufgesetzt wurde und auch die verschiedenen Übergangsregelungen bereits abgelaufen waren, hatten am Stichtag der Zählung 62,5% der als GmbH betriebenen Unternehmen weniger als 10 Beschäftigte. Das sind 20,8 Prozentpunkte mehr als im Jahre 1970. Die insbesondere für kleinere Unternehmen zunehmende Attraktivität dieser Rechtsform ist auch daran zu sehen, daß die Zahl der Beschäftigten je GmbH von 88 auf 25 abnahm, ohne daß in den größten Unternehmen nennenswerte Beschäftigtenverluste zu verzeichnen waren.

In den übrigen Kapitalgesellschaften (AG und KGaA) sank die Zahl der Beschäftigten von 1 300 583 um 26,4% auf unter eine Million. Da sich die Zahl der Aktiengesellschaften bzw. der Kommanditgesellschaften auf Aktien seit 1970 kaum verändert hat, ist festzustellen, daß dieser Rückgang der Beschäftigung fast ausschließlich auf Personalbewegungen in den vorhandenen Gesellschaften zurückgeführt werden muß. Von den 25 größten Aktiengesellschaften, die im Durchschnitt immer noch mehr als 24 000 Beschäftigte aufwiesen, gehörten nur drei Unternehmen nicht zum Produktionsbereich. Die naheliegende Vermutung, daß an dieser Stelle nur eine weitere Folge der veränderten Wirtschaftsstruktur zu sehen ist, wird dadurch vertieft, daß in mehreren Branchen die Zahl der Beschäftigten auch in bezug auf Aktiengesellschaften deutlich zugenommen hat.

Dazu gehörten neben den Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+41,7%) und Dienstleistungen (+129,7%) sogar die zum Produktionsbereich gehörenden Unterabteilungen Energieversorgung (+66,1%) und Holz-, Papier- und Druckgewerbe (+49,2%).

Zu den bisher noch nicht berücksichtigten sonstigen Rechtsformen gehörten 1 243 eingetragene Genossenschaften (eG), 460 wirtschaftliche Unternehmen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts und 905 Unternehmen mit anderen privaten Rechtsformen wie z. B. eingetragene Vereine oder Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Die eingetragenen Genossenschaften, in denen sich die Beschäftigtenzahl um 15,8% erhöhte, waren überwiegend im Großhandel (337) und im Kreditgewerbe (490) zu finden. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten konzentrierten sich auch die übrigen privaten Rechtsformen auf bestimmte Wirtschaftszweige. Von den hier zugeordneten 48 080 Beschäftigten entfielen zusammen 57% auf den Bergbau und das Versicherungsgewerbe. Die wirtschaftlichen Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft, zu denen auch die Deutsche Bundespost (+14,1%) gehörte, wiesen insgesamt 14,9% mehr Beschäftigte auf als im Jahre 1970, obwohl die Zahl dieser Unternehmen sich fast halbierte. Außerhalb der Bundespost gab es in dieser Rechtsform nur noch in Sparkassen (67 118) eine nennenswerte Beschäftigtenzahl, denn von den 1970 noch vorhandenen 400 Energieversorgungsunternehmen wurde mehr als die Hälfte in eine der vorher beschriebenen Rechtsformen überführt.

Handwerksunternehmen

Ein Unternehmen wurde in der Arbeitsstättenzählung 1987 als Handwerksunternehmen gezählt, wenn der Inhaber oder Leiter des Unterneh-

mens mit einem handwerklichen Haupt- oder Nebenbetrieb in die Handwerksrolle eingetragen war und diese Eintragung für einen handwerklichen Hauptbetrieb galt. In diesem Sinne gab es in Nordrhein-Westfalen am 25. Mai 1987 insgesamt 117 112 Handwerksunternehmen mit 1 081 906 Beschäftigten. Der Sachverhalt, daß die Handwerksrolle mehr Eintragungen enthält, als Unternehmen gezählt wurden, ist, ähnlich wie

Fortsetzung auf der nächsten Seite

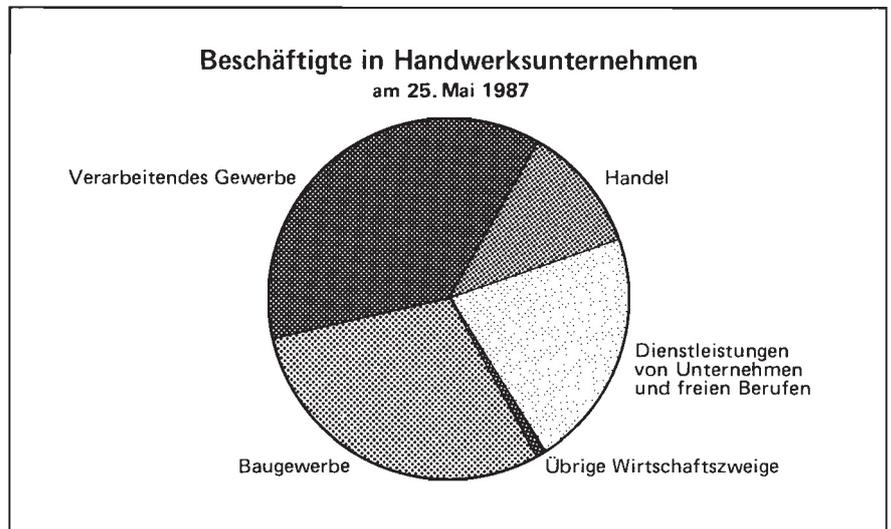
Durchschnittseinkünfte der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 1986

Auf durchschnittlich 42 900 DM beliefen sich nach jetzt vorliegenden Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1986 die Einkünfte (u. a. aus Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung) der rund 6,08 Mill. erfaßten Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in Nordrhein-Westfalen. Um gut 8 000 DM niedriger war das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen; es lag bei 34 300 DM.

Bei den Einkünften waren deutliche regionale Unterschiede festzustellen: Die höchsten Durchschnittseinkünfte je Steuerpflichtigen ergaben sich mit 67 000 DM für die Gemeinde Issum (Kreis Kleve), die niedrigsten mit 30 900 DM für die Stadt Borgentreich (Kreis Höxter). Unter den kreisfreien Großstädten des Landes war Düsseldorf mit 50 400 DM je Steuerpflichtigen Spitzenreiter, wurde aber von den angrenzenden Städten Erkrath (Kreis Mettmann) und Meerbusch (Kreis Neuss) mit 66 500 DM bzw. 66 200 DM erheblich übertroffen. Für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens errechnete sich ein Durchschnittsbetrag von 42 500 DM; um 1 000 DM höher waren die Einkünfte in den kreisfreien Städten des Landes.

beim bereits erwähnten Handelsregister, auf noch vorhandene Eintragungen von ruhenden oder aufgelösten Unternehmungen zurückzuführen. Da auch bei den Handwerksunternehmen die wirtschaftssystematische Zuordnung anhand der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit und nicht gemäß der Rolleneintragung vorgenommen wurde, verteilten sich die Handwerksunternehmen mit jeweils sehr unterschiedlichen Anteilen an allen Unternehmen der gleichen Branche auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche.

Den höchsten Anteil an Unternehmen (88,8 %) und Beschäftigten (89,4 %) erreichte das Handwerk in der Wirtschaftsunterabteilung Ausbaugewerbe. Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß alle in dieser Wirtschaftsunterabteilung zusammengefaßten Wirtschaftsklassen in enger Verbindung zu bestimmten Handwerksberufen stehen. Nicht ganz so hoch fiel der Anteil des Handwerks an den Unternehmen (72,6 %) und Beschäftigten (59,0 %) im Bauhauptgewerbe aus. Die im Vergleich zum Ausbaugewerbe geringere Abhängigkeit dieser Wirtschaftsunterabteilung vom Handwerk ist auch daran zu erkennen, daß im Gegensatz zum Ausbaugewerbe die Handwerksunternehmen des Bauhauptgewerbes (12) eine deutlich geringere Beschäftigtenzahl je Unternehmen aufwiesen, als die übrigen Unternehmen der Branche (23). Im Verarbeitenden Gewerbe gab es 43 859 Handwerksunternehmen mit zusammen 398 463 Beschäftigten. Bis auf die Bereiche chemische Industrie und Kunststoffverarbeitung gehörten in allen anderen Unterabteilungen immer noch mehr als 40 % der Unternehmen zum Handwerk, aber die zugehörigen Beschäftigtenanteile lagen abgesehen vom Ernährungsgewerbe (50,6 %) nur noch zwischen 0,3 % (chemische Industrie) und 29,6 % (Holz-, Papier- und Druckgewerbe). In diesem Zusammenhang ist



auch zu beachten, daß selbst Unternehmen mit handwerksnaher wirtschaftlicher Tätigkeit nicht als Handwerksunternehmen in den Ergebnissen erscheinen, wenn statt des Inhabers oder Leiters ein angestellter Werksmeister die Berechtigung zur Ausübung eines Handwerks in das Unternehmen eingebracht hat. Von den 19 864 Handwerksunternehmen der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen gehörten 71,1 % zu den persönlichen Dienstleistungen, obwohl die in diesem Teilbereich ebenfalls stark vertretenen handwerksähnlichen Unternehmungen (z. B. Wäschereien) nicht einmal berücksichtigt wurden. Weitere 10,7 % der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen entfielen auf die Unterabteilung Gebäudereinigung und Abfallbeseitigung. Während in allen bisher genannten Branchen die Handwerksergebnisse sich vielfach aus der Übereinstimmung der Handwerksberufe mit der Abgrenzung und Zuordnung von Wirtschaftszweigen unmittelbar ergaben, zeigt die Existenz von 15 086 Handwerksunternehmen mit 123 436 Beschäftigten im Handel besonders deutlich, daß in den Handwerksunternehmen handwerksfremde Tätigkeiten an Bedeutung gewonnen haben.

Da in der Arbeitsstättenzählung 1970 die Handwerkseigenschaft noch nicht erfragt wurde, kann auch diese Entwicklung nur durch einen groben Vergleich mit den Ergebnissen der Handwerkszählung 1977 festgestellt werden: Gegenüber dieser Zählung zeigte sich im Handel ein Anstieg von 350,2 % bei den Unternehmen und von 291,4 % bei den Beschäftigten. Für die wegen der zwischenzeitlichen Änderung der Wirtschaftssystematik erforderliche Zusammenfassung des Verarbeitenden Gewerbes mit dem Baugewerbe ergab sich ein Rückgang der Unternehmenszahl um 11,5 %. Aus der Veränderung der Beschäftigtenzahl (+1,9 %) ist zusätzlich zu schließen, daß überwiegend kleinere Handwerksunternehmen den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit verlegt hatten. Die demnach auch auf Handwerksunternehmen wirkenden Strukturveränderungen haben jedoch keinen negativen Einfluß auf diese Einheiten, denn seit dem 31. 3. 1977 hatte insgesamt sowohl die Zahl der Unternehmen (+6 %) als auch der Beschäftigten (+21,4 %) zugenommen. Außerdem

erstreckte sich diese Zunahme, abgesehen von Unternehmen mit 2 bis 4 Beschäftigten (-0,6%), fast gleichmäßig auf die Unternehmen aller Beschäftigtengrößenklassen.

Der Anteil der Einzelunternehmen einschließlich der Sozietäten und ähnlichen Unternehmen mit mehreren Inhabern an den Handwerksunternehmen lag um 2,1 Prozentpunkte niedriger als der entsprechende Anteil an allen Unternehmen. Mit den geringfügigen Einschränkungen, daß im Ergebnis der Handwerkszählung 1977 die Rechtsform GmbH mit den übrigen Kapitalgesellschaften zusammengefaßt war und außerdem 2 977 Unternehmen mit verkürztem Geschäftsjahr nicht nach Rechtsform dargestellt wurden, ist dieses Ergebnis als Folge eines überproportionalen Anstiegs der Zahl der als GmbH organisierten Handwerksunternehmen (ca. +475%) zu sehen.

Bis auf die kreisfreien Städte Bielefeld (-0,8%) und Essen (-8,1%) waren von der Zunahme der Beschäftigtenzahl in Handwerksunternehmen alle übrigen Landesteile betroffen. Die Veränderung der Zahl der Handwerksunternehmen reichte dagegen von -14,3% (Remscheid) bis zu +37,2% (Kreis Mettmann). Da diese Veränderungen nur teilweise den jeweiligen Bevölkerungsentwicklungen entsprechen, ist zu vermuten, daß auch andere Einflüsse auf die Regionalstruktur der Handwerksunternehmen vorhanden sind.

Der Vergleich der kreisfreien Städte und Kreise in bezug auf den Anteil der Handwerksunternehmen an den Unternehmen insgesamt liefert zum Beispiel eine bemerkenswert klare Trennung der verschiedenen Regionen. In fast allen kreisfreien Städten und den stark industrialisierten Kreisen des Ruhrgebietes und der Rheinschiene

lag dieser Anteil unter 25%, während in den übrigen Kreisen ausnahmslos höhere Anteile festgestellt wurden. Daraus ergibt sich, daß sowohl der Bestand als auch die Entwicklung der größeren Produktionsunternehmen die Handwerksunternehmen gegenläufig beeinflußt.

Die regionale Zuordnung der Unternehmensergebnisse weist insgesamt Ähnlichkeiten mit der bereits bekannten Struktur der Arbeitsstätten auf, denn auch die Existenz bedeutender Mehrbetriebsunternehmen führt erst dann zu abweichenden Ergebnissen, wenn die zugehörigen Arbeitsstätten nicht zur gleichen Region gehören. Abgesehen von den 23 269 Niederlassungen der Deutschen Bundespost gehörten zu den übrigen 26 621 nordrhein-westfälischen Mehrbetriebsunternehmen insgesamt 63 647 Zweigniederlassungen. Davon befanden sich 81,6% innerhalb der Landesgrenzen und 47,5% gehörten zumindest zum gleichen Kreisgebiet wie die Hauptniederlassung. Außerdem standen den 11 700 in anderen Bundesländern befindlichen Zweigniederlassungen nordrhein-westfälischer Unternehmen mehr als 12 000 Arbeitsstätten gegenüber, die zu einem auswärtigen Unternehmen gehörten. Dieser Ausgleich trägt dazu bei, daß auch in den bedeutendsten Unternehmensstandorten des Landes die Zahl der Beschäftigten in den Unternehmen nicht wesentlich höher ausfiel als in den Arbeitsstätten. Damit der in diesem Beitrag geübte Verzicht auf weitere Analysen der regionalisierten Unternehmensergebnisse nicht den Eindruck entstehen läßt, daß an dieser Stelle die Auswertungsmöglichkeiten der Arbeitsstättenzählung 1987 erschöpft sind, sei abschließend darauf hingewiesen, daß eine Fülle weiterer Aspekte in diesem Rahmen nicht einmal ansatzweise berücksichtigt werden konnte.

Wasserversorgung 1987

Jeder Einwohner Nordrhein-Westfalens verbrauchte, statistisch gesehen, im Jahre 1987 täglich 153 Liter Wasser. Der Pro-Kopf-Verbrauch war damit um gut 10 Liter höher als vor zwei Jahrzehnten (1969: 142,5 l). Insgesamt lieferten die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen rund 909 Millionen Kubikmeter an private Verbraucher (gegenüber 1969: +8%). Zum Vergleich: Die größte Talsperre Nordrhein-Westfalens, die Ruhrtalsperre Schwammenauel, hat ein Fassungsvermögen von 203 Millionen Kubikmetern. Die Abgabe an gewerbliche Unternehmen und sonstige Abnehmer ging dagegen um 9% auf 445 Millionen Kubikmeter zurück. Offensichtlich hat hier der Wasserpreis als Kostenfaktor zu weit größeren Einsparungen – hauptsächlich durch Einführung von Kreislaufsystemen – geführt als bei den Privathaushalten.

Zwar blieb angesichts dieser gegenläufigen Entwicklungen die von den öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen insgesamt geförderte jährliche Wassermenge mit knapp 1,5 Milliarden Kubikmetern fast unverändert, doch gab es deutliche Verschiebungen bei den Wasserarten: Stammten 1969 noch 917 Mill. m³ aus echtem Grund- und Quellwasser oder auf Grundwasser mit anteilig infiltriertem (zugesickertem) „Uferfiltratwasser“ aus Flüssen und Seen, so waren es 1987 nur noch 821 Mill. m³. Der Rückgang entfiel zum überwiegenden Teil auf Grundwasser mit Uferfiltratanteil, das wegen der Schadstoffbelastungen des zufließenden Oberflächengewässers und der abnehmenden „Reinigungsfähigkeit“ des Bodens immer schwieriger zu Trinkwasser aufzubereiten ist. Entsprechend stieg die Fördermenge an angereichertem Grundwasser und Oberflächenwasser (hauptsächlich aus Talsperren) von 559 auf 640 Mill. m³.

Preisindex für die Lebenshaltung im August 1990

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte August/Mitte Juli) um 0,4 % auf 106,2 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (August 1989) beträgt die Indexveränderung +2,6 %. Im Juli hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +2,1 % gelegen.

Ein kräftiger Preisschub auf dem Mineralölmarkt hat das Preisniveau gegenüber Mitte Juli d. J. mit +0,4 % in einer für diesen Sommermonat unerwarteten, zuletzt im Jahre 1979 zu beobachtenden Größenordnung ansteigen lassen, obwohl sich die Preissituation in den übrigen Bereichen des privaten Konsums weitgehend stabilisiert hatte. Noch nicht berücksichtigt wurden die erneuten Preiserhöhungen nach der Monatsmitte, insbesondere für Kraftstoffe.

Für die ersten **acht Monate** 1990 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +2,3 % (Januar bis August 1989/88: +2,6 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen betrug die Indexveränderung (auf 106,1 Punkte) gegenüber dem Vormonat +0,4 % und in Jahresfrist +2,7 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (auf 106,9 Punkte) +0,2 % bzw. +2,4 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (auf 106,1 Punkte) +0,2 % bzw. +2,8 %.

Veränderungen der Hauptgruppen-Indizes in der Rangfolge*) ihres Anteils am Preisanstieg/Preisrückgang seit Mitte vorigen Monats und anderen wichtigen Preisveränderungen

Rangfolge	Hauptgruppe, Gütergruppe, Gut	Wägungsanteil (Basis 1985 = 100)	Veränderung gegenüber	
			Vormonat	gleichem Monat des Vorjahres
		‰	%	
	Gesamtpreisindex	1 000	+ 0,4	+ 2,6
	ohne Heizöl und Kraftstoffe		-	+ 2,3
1	Wohnungsmieten, Energie	250,29	+ 1,2	+ 3,3
	Energie		+ 3,6	+ 4,5
	leichtes Heizöl		+27,5	+18,1
	Wohnungsmieten		+ 0,3	+ 2,8
2	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	144,03	+ 1,4	+ 3,2
	Kraftstoffe (Benzin, Diesel)		+ 8,6	+ 9,9
3	Bekleidung, Schuhe	69,47	+ 0,2	+ 1,4
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	72,21	+ 0,1	+ 1,9
5	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	40,99	+ 0,1	+ 0,7
6	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	229,89	-	+ 3,3
	Äpfel		+ 9,4	+33,1
	Süd- und Zitrusfrüchte		+ 4,1	+15,9
	Brot und Brötchen		+ 0,5	+ 4,3
	Verzehr in Gaststätten und Kantinen		+ 0,4	+ 3,1
	Fleisch und Fisch		+ 0,2	+ 4,6
	Kartoffeln und Gemüse		- 2,9	+ 3,7
	Eier		- 0,9	+ 2,4
	Kaffee		- 0,7	-10,2
7	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	83,71	-	+ 2,5
	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften		+ 0,3	+ 3,1
	Schnittblumen und Topfpflanzen		- 2,5	+11,9
8	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	109,41	- 1,3	+ 1,0
	Beiträge für freiwillig Krankenversicherte		- 3,5	+ 0,4

*) errechnet aus Wägungsanteil × Veränderungsrate (Bei der maschinellen Berechnung werden auch nicht ausgeschriebene Nachkommastellen berücksichtigt.)

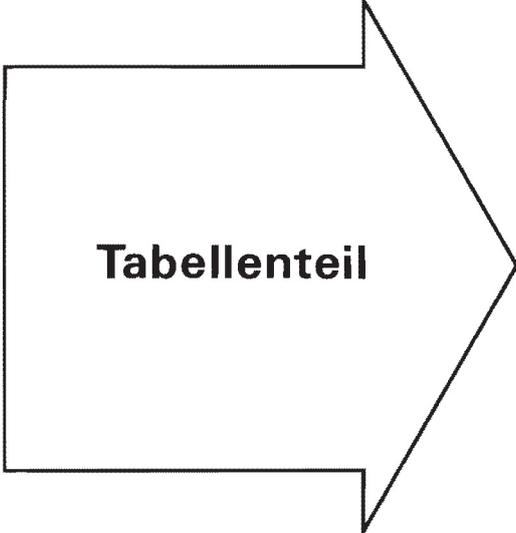
Nitratbelastung des Wassers im Jahre 1987

70 Prozent der 1987 in Nordrhein-Westfalen für die Trinkwasserversorgung gewonnenen Wassermengen haben eine Nitratkonzentration von 10 bis 25 Milligramm pro Liter, unterschreiten also den EG-Richtwert von 50 Milligramm pro Liter deutlich. 13 Prozent des Wassers sind noch weniger mit Nitrat belastet (unter 10 mg/l), und 15 Prozent haben Nitratwerte von 25 bis 50 Milligramm.

Bei knapp zwei Prozent des geförderten Wassers ist die Nitratkonzentration unzulässig hoch, doch wird dieses Wasser mit besseren Wasserqualitäten gemischt, ehe es in die Trinkwasserleitungen gelangt. Insgesamt liegen die für die Trinkwasserversorgung in NW gewonnenen Wassermengen seit 20 Jahren ziemlich konstant bei 1,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr.

Vergleicht man die 1987 gemessene Nitratbelastung mit den 1979 vorgefundenen Werten, so wird deutlich, daß das Nitratproblem weniger in der Menge des Wassers zu sehen ist, das den Grenzwert überschreitet. Vielmehr gehen die Wassermengen, die nur gering belastet sind, allmählich zurück – mit der Folge, daß die durchschnittliche Nitratkonzentration steigt.

Nitratbelastung	1979	1983	1987
unter 10 mg/l	20 %	14 %	13 %
10 – 25 mg/l	60 %	65 %	70 %
25 – 50 mg/l	16 %	17 %	15 %
über 50 mg/l	4 %	4 %	2 %



Tabellenteil

Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 1982 und 1988 nach Wirtschaftsunterabteilungen										
Wirtschaftsunterabteilung	1982				1988				Veränderung 1988 gegenüber 1982	
	Steuerpflichtige		steuerbarer Umsatz		Steuerpflichtige		steuerbarer Umsatz		Steuerpflichtige	steuerbarer Umsatz
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%		
Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen, Mineralölverarbeitung	1 134	1,5	82 017	19,6	1 089	1,5	89 828	18,0	- 4,0	+ 9,5
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	2 384	3,2	10 428	2,5	2 354	3,2	17 214	3,4	- 1,3	+65,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik Glasgewerbe	3 230	4,3	14 354	3,4	3 021	4,1	14 794	3,0	- 6,5	+ 3,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	9 293	12,3	79 628	19,0	8 986	12,2	95 495	19,1	- 3,3	+19,9
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	12 515	16,6	88 995	21,2	12 857	17,5	112 172	22,4	+ 2,7	+26,0
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck; Foto- und Filmabors	11 802	15,6	39 880	9,5	12 570	17,1	52 695	10,5	+ 6,5	+32,1
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	11 899	15,8	36 621	8,7	11 305	15,4	46 348	9,3	- 5,0	+26,6
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	9 015	11,9	22 499	5,4	8 581	11,7	25 196	5,0	- 4,8	+12,0
Ernährungsgewerbe, Tabakver-arbeitung	14 233	18,9	44 673	10,7	12 608	17,2	46 388	9,3	-11,4	+ 3,8
Verarbeitendes Gewerbe	75 505	100	419 094	100	73 371	100	500 130	100	- 2,8	+19,3

Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz des Wirtschaftsbereichs Dienstleistungen*) 1982 und 1988 nach Wirtschaftsunterabteilungen										
Wirtschaftsunterabteilung	1982				1988				Veränderung 1988 gegenüber 1982	
	Steuerpflichtige		steuerbarer Umsatz		Steuerpflichtige		steuerbarer Umsatz		Steuerpflichtige	steuerbarer Umsatz
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%		
Gastgewerbe	56 878	34,8	11 978	16,6	59 677	28,0	14 684	14,3	+ 4,9	+22,6
Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)	72	0	116	0,2	84	0	115	0,1	+16,7	- 0,9
Wäscherei, Körperpflege, Foto-ateliers und andere persönliche Dienstleistungen	19 120	11,7	3 259	4,5	22 310	10,5	4 296	4,2	+16,7	+31,8
Gebäudereinigung, Abfallbe-seitigung und andere hygienische Einrichtungen	4 017	2,5	3 025	4,2	4 537	2,1	4 909	4,8	+12,9	+62,2
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	11 454	7,0	5 933	8,2	15 873	7,5	9 994	9,7	+38,6	+68,4
Verlags-gewerbe	1 189	0,7	5 224	7,2	1 572	0,7	3 504	3,4	+32,2	-32,9
Gesundheits- und Veterinärwesen	3 347	2,0	2 551	3,5	4 648	2,2	4 211	4,1	+38,9	+65,1
Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung, Dienstleistungen für Unternehmen, a. n. g. ¹⁾	44 435	27,2	24 118	33,4	63 335	29,7	36 099	35,1	+42,5	+49,7
Dienstleistungen, a. n. g. ¹⁾	22 804	14,0	16 065	22,2	41 002	19,2	24 916	24,3	+79,8	+55,1
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	163 316	100	72 269	100	213 038	100	102 728	100	+30,4	+42,1

*) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht - 1) a. n. g. = anderweitig nicht genannt

Unternehmen nach Wirtschaftsabteilungen und -unterabteilungen sowie deren Beschäftigte nach Niederlassungsarten am 25. Mai 1987

Systematik-Nr.	Wirtschaftsabteilung Wirtschaftsunterabteilung	Unternehmen	Beschäftigte				
			in Unternehmen insgesamt	in einzigen Niederlassungen	in Hauptniederlassungen	in Zweigniederlassungen nach dem Sitz	
						der Arbeitsstätte	des Unternehmens
		Anzahl	%		Anzahl		
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (nur Gewerbebetriebe ¹⁾)	8 240	39 299	90,2	6,5	1 668	1 315
017, 055, 077	Dienstleistungen auf der land-, forst- und fischwirtschaftlichen Erzeugerstufe	1 776	6 183	92,9	2,8	198	262
03, 071	gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege, Hochsee- und Küstenfischerei	6 464	33 116	89,6	7,2	1 470	1 053
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	409	238 875	8,7	14,0	180 338	184 787
10	Energie- und Wasserversorgung	381	90 626	10,9	28,7	45 683	54 788
11	Bergbau	28	148 249	7,3	5,0	134 655	129 999
2	Verarbeitendes Gewerbe	79 395	2 209 208	47,3	28,3	561 153	538 667
20	chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	943	221 601	17,3	44,6	73 375	84 512
21	Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	2 600	95 761	59,3	28,4	11 744	11 835
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glasgewerbe	3 053	65 016	47,8	18,2	24 080	22 062
23	Metallerzeugung und -bearbeitung	6 450	322 311	38,2	27,1	110 001	111 920
24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	16 524	602 051	46,4	28,9	146 687	148 897
25	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck; Foto- und Filmabors	13 522	342 813	53,0	27,9	108 033	65 446
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	12 935	211 248	66,4	20,2	27 683	28 237
27	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	11 818	152 119	65,3	17,9	19 204	25 554
28/29	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	11 550	196 288	48,8	30,7	40 346	40 204
3	Baugewerbe	45 025	447 242	79,8	9,4	36 034	48 104
30	Bauhauptgewerbe	17 708	269 246	73,1	11,5	30 273	41 536
31	Ausbaugewerbe	27 317	177 996	90,1	6,2	5 761	6 568
4	Handel	154 314	1 116 753	55,7	15,6	288 378	320 650
40/41	Großhandel	29 817	353 278	58,3	23,6	54 530	63 867
42	Handelsvermittlung	18 988	40 001	92,5	5,5	1 111	811
43	Einzelhandel	105 509	723 474	52,4	12,2	232 737	255 972
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	19 277	730 918	14,4	5,5	228 178	585 525
51	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	16 784	712 531	13,4	5,0	221 976	581 452
55	Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung	2 493	18 387	52,5	25,3	6 202	4 073
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	19 010	207 637	22,2	38,3	113 378	82 148
60	Kreditinstitute	780	110 748	2,5	50,5	86 374	52 081
61	Versicherungsgewerbe	215	58 441	14,4	36,7	24 504	28 588
65	mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	18 015	38 448	90,8	5,4	2 500	1 479
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	194 393	1 172 935	79,2	9,8	126 247	128 844
71	Gastgewerbe	49 916	208 283	90,2	4,4	19 533	11 281
72	Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)	413	11 361	68,5	10,9	1 543	2 335
73	Wäscherei, Körperpflege, Fotoateliers u. a. persönliche Dienstleistungen	26 271	114 275	77,9	10,7	13 465	13 007
74	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	3 976	192 079	70,7	10,2	24 217	36 767
75	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Unterhaltung	14 723	86 058	57,3	18,4	20 167	20 855
76	Verlags-gewerbe	1 437	31 830	30,3	46,4	10 299	7 411
77	Gesundheits- und Veterinärwesen	28 542	186 513	95,2	2,6	5 033	4 128
78	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung usw.	54 582	288 515	79,6	10,9	26 193	27 363
79	sonstige Dienstleistungen	14 533	54 021	79,3	10,2	5 797	5 697
0 - 7	Insgesamt	520 063	6 162 867	51,3	18,0	1 535 374	1 890 040

Unternehmen und Beschäftigte am 25. Mai 1987 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unternehmen				Beschäftigte			
	insgesamt	davon			insgesamt	davon		
		im Produktions- bereich	im Handel	in den Dienstleistungs- bereichen		im Produktions- bereich	im Handel	in den Dienstleistungs- bereichen
Anzahl								
1	130 643	23 132	41 685	65 826	130 643	23 132	41 685	65 826
2 - 4	217 902	43 622	70 697	103 583	589 389	123 611	186 713	279 065
5 - 9	102 330	31 661	26 356	44 313	657 545	208 362	168 272	280 911
10 - 19	39 977	18 324	9 317	12 336	526 476	245 631	122 193	158 652
20 - 49	18 186	9 778	4 255	4 153	538 150	290 230	126 215	121 705
50 - 99	5 579	3 244	1 148	1 187	383 995	223 367	78 456	82 172
100 - 199	2 794	1 716	494	584	387 459	239 043	67 866	80 550
200 - 499	1 692	1 029	246	417	521 219	317 626	74 180	129 413
500 und mehr	960	563	116	281	2 427 991	1 263 622	251 173	913 196
Insgesamt	520 063	133 069	154 314	232 680	6 162 867	2 934 624	1 116 753	2 111 490
Prozent								
1	25,1	17,4	27,0	28,3	2,1	0,8	3,7	3,1
2 - 4	41,9	32,8	45,8	44,5	9,6	4,2	16,7	13,2
5 - 9	19,7	23,8	17,1	19,0	10,7	7,1	15,1	13,3
10 - 19	7,7	13,8	6,0	5,3	8,5	8,4	10,9	7,5
20 - 49	3,5	7,3	2,8	1,8	8,7	9,9	11,3	5,8
50 - 99	1,1	2,4	0,7	0,5	6,2	7,6	7,0	3,9
100 - 199	0,5	1,3	0,3	0,3	6,3	8,1	6,1	3,8
200 - 499	0,3	0,8	0,2	0,2	8,5	10,8	6,6	6,1
500 und mehr	0,2	0,4	0,1	0,1	39,4	43,1	22,5	43,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung 25. 5. 1987 gegenüber 27. 5. 1970 in %								
1	+ 2,9	-17,9	-21,6	+ 44,3	+ 2,9	-17,9	-21,6	+44,3
2 - 4	+ 1,0	-10,2	-11,9	+ 19,2	+ 2,3	-10,2	-10,5	+21,3
5 - 9	+31,0	+ 5,3	+15,2	+ 75,9	+32,2	+ 6,5	+15,6	+79,8
10 - 19	+30,5	+15,8	+10,0	+ 94,4	+29,8	+15,7	+ 9,7	+93,5
20 - 49	+ 7,2	- 6,8	+ 4,1	+ 73,8	+ 5,5	- 8,9	+ 3,9	+74,0
50 - 99	- 7,3	-21,2	- 3,7	+ 67,4	- 7,8	-22,1	- 4,3	+70,9
100 - 199	- 9,7	-22,7	- 4,3	+ 64,5	- 9,4	-22,4	- 4,2	+64,4
200 - 499	-16,4	-34,1	+ 3,4	+ 87,0	-15,3	-33,7	+10,3	+87,1
500 und mehr	-11,8	-34,9	+14,9	+130,3	-11,0	-32,1	+ 9,1	+44,0
Insgesamt	+ 8,2	- 6,2	- 9,7	+ 38,6	- 2,2	-23,3	+ 2,4	+52,5

**Unternehmen und Beschäftigte*) am 25. Mai 1987 sowie Löhne und Gehälter*) 1986
nach Wirtschaftsabteilungen und -unterabteilungen**

Systematik-Nr.	Wirtschaftsabteilung Wirtschaftsunterabteilung	Unternehmen	Beschäftigte		Löhne und Gehälter	
			je Unternehmen	Anteil der jeweils 20 größten Unternehmen ¹⁾	je Unternehmen	Anteil der jeweils 20 größten Unternehmen ²⁾
			Anzahl	%	DM	%
0 (z. T.)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (nur Gewerbebetriebe ³⁾)	8 240	5	4,5	62 455	8,1
017, 055, 077	Dienstleistungen auf der land-, forst- und fischwirtschaftlichen Erzeugerstufe	1 776	3	15,7	42 609	35,2
03, 071	gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege, Hochsee- und Küstenfischerei	6 464	5	4,8	67 907	8,0
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	409	584	86,8	28 975 794	87,1
10	Energie- und Wasserversorgung	381	238	74,2	12 914 254	76,8
11	Bergbau	28	5 295	100	247 527 464	100
2	Verarbeitendes Gewerbe	79 395	28	16,6	1 113 752	22,6
20	chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	943	235	74,9	12 994 398	78,3
21	Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	2 600	37	26,4	1 342 698	32,3
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glasgewerbe	3 053	21	35,1	893 013	40,1
23	Metallerzeugung und -bearbeitung	6 450	50	48,7	2 206 189	54,0
24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	16 524	36	28,8	1 606 846	35,3
25	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck; Foto- und Filmlabors	13 522	25	18,7	906 522	21,1
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	12 935	16	17,5	574 801	22,8
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	11 818	13	16,6	355 156	20,2
28/29	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	11 550	17	11,1	457 447	15,2
3	Baugewerbe	45 025	10	11,5	299 604	18,5
30	Bauhauptgewerbe	17 708	15	18,4	527 358	25,7
31	Ausbaugewerbe	27 317	7	4,4	151 964	8,7
4	Handel	154 314	7	14,8	172 306	17,8
40/41	Großhandel	29 817	12	6,8	413 491	9,2
42	Handelsvermittlung	18 988	2	6,3	28 450	21,8
43	Einzelhandel	105 509	7	21,8	130 036	31,6
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	19 277	38	79,6	1 260 077	83,8
51	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	16 784	42	81,6	1 416 129	85,5
55	Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung	2 493	7	24,3	209 465	31,5
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	19 010	11	28,0	429 018	34,8
60	Kreditinstitute	780	142	34,5	621 025	35,1
61	Versicherungsgewerbe	215	272	77,8	13 422 706	78,4
65	mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	18 015	2	5,0	23 634	26,5
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	194 393	6	6,3	104 202	7,0
71	Gastgewerbe	49 916	4	3,7	33 000	10,2
72	Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)	413	28	34,3	663 605	37,0
73	Wäscherei, Körperpflege, Fotoateliers u. a. persönliche Dienstleistungen	26 271	4	9,3	35 033	12,0
74	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	3 976	48	32,2	413 826	23,5
75	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Unterhaltung	14 723	6	31,6	134 011	61,8
76	Verlagsgewerbe	1 437	22	55,7	742 639	58,5
77	Gesundheits- und Veterinärwesen	28 542	7	9,3	127 623	18,4
78	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung usw.	54 582	5	10,1	138 923	16,2
79	sonstige Dienstleistungen	14 533	4	11,4	103 459	20,1
0 – 7	Insgesamt	520 063	11	17,2	372 211	22,6

*) je Unternehmen – 1) gemessen an den Beschäftigten – 2) gemessen an der Lohn- und Gehaltssumme – 3) Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei wurden bei der Arbeitsstättenzählung nur dann erfaßt, wenn sie hinsichtlich der Besteuerung als Gewerbebetrieb einzustufen waren.

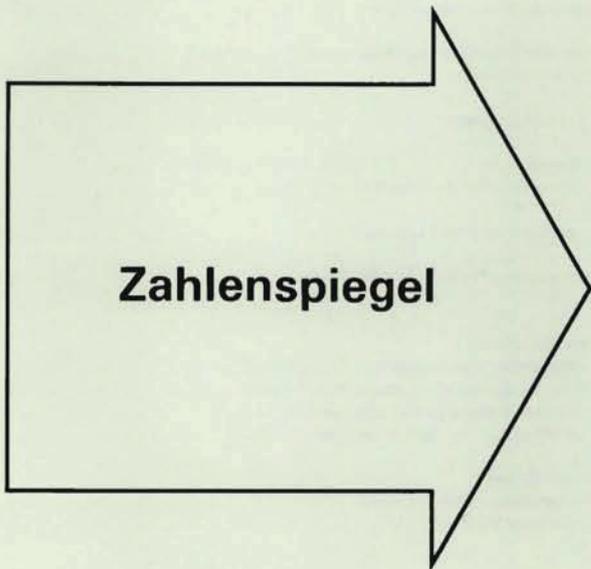
**Unternehmen und Beschäftigtenanteile am 25. Mai 1987
nach Rechtsformen, Wirtschaftsabteilungen und Beschäftigtengrößenklassen**

Systematik-Nr.	Wirtschaftsabteilung Beschäftigtengrößenklasse	Einzelunternehmen (einschl. mehreren Inhabern)		Personengesellschaften (oHG, KG, GmbH & Co. KG)		Kapitalgesellschaften (GmbH, AG, KG aA)		Sonstige Rechtsformen	
		insgesamt	Beschäftigtenanteil	insgesamt	Beschäftigtenanteil	insgesamt	Beschäftigtenanteil	insgesamt	Beschäftigtenanteil
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾								
	1 - 4	5 575	97,4
	5 - 99
	100 - 499
	500 und mehr
	Zusammen	7 803	83,6	171	5,9	236	9,4	30	1,1
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau								
	1 - 4	17	14,2	4	3,2	20	15,3	70	67,3
	5 - 99	73	51,3	129	46,6
	100 - 499	37	76,0	7	10,3
	500 und mehr	33	93,9	4	6,1
	Zusammen	27	0,5	9	0,2	163	91,9	210	7,3
2	Verarbeitendes Gewerbe								
	1 - 4	34 632	88,4	937	3,2	2 415	8,3	14	0
	5 - 99	20 921	34,2	7 498	32,4	10 027	33,1	64	0,2
	100 - 499	.	.	1 370	55,5	956	42,2	.	.
	500 und mehr	.	.	220	25,4	275	74,1	.	.
	Zusammen	55 608	13,9	10 025	33,3	13 673	52,5	89	0,3
3	Baugewerbe								
	1 - 4	20 828	88,5
	5 - 99	12 866	42,2
	100 - 499	11	3,3
	500 und mehr	.	.	10	17,1	16	82,9	.	.
	Zusammen	33 705	37,8	3 480	25,0	7 819	37,1	21	0,2
4	Handel								
	1 - 4	101 727	88,3	3 183	3,6	7 353	7,9	119	0,1
	5 - 99	24 695	42,4	7 409	29,1	8 666	27,4	306	1,1
	100 - 499	28	3,2	390	51,6	310	43,3	12	1,8
	500 und mehr	3	1,9	56	36,2	47	55,6	10	6,3
	Zusammen	126 453	37,7	11 038	28,4	16 376	31,8	447	2,2
5	Verkehr, Nachrichtenübermittlung ⁸⁾								
	1 - 4	11 627	88,4	294	3,2	825	8,2	33	0,3
	5 - 99	3 726	45,9	1 151	26,1	1 425	27,5	32	0,6
	100 - 499
	500 und mehr
	Zusammen	15 360	9,2	1 499	5,2	2 349	14,2	69	71,4
6	Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe ⁹⁾								
	1 - 4	16 200	93,7	216	1,9	507	3,9	60	0,5
	5 - 99	849	17,1	140	5,8	254	13,7	508	63,5
	100 - 499	155	72,6
	500 und mehr	50	63,5
	Zusammen	17 049	15,6	365	2,3	823	25,5	773	56,6
7	Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen ¹⁰⁾								
	1 - 4	128 195	91,8	2 264	1,6	8 707	6,2	481	0,4
	5 - 99	46 048	73,7	1 704	6,2	5 697	18,6	455	1,5
	100 - 499	104	15,0	159	23,7	380	57,9	23	3,4
	500 und mehr	10	7,1	67	44,5	89	39,6	10	8,7
	Zusammen	174 357	58,7	4 194	14,3	14 873	24,1	969	2,8
0 - 7	Insgesamt								
	1 - 4	318 801	90,1	7 227	2,5	21 727	7,1	790	0,3
	5 - 99	111 335	47,7	21 048	23,1	32 160	27,3	1 529	1,8
	100 - 499	210	4,4	2 147	46,1	1 919	44,9	210	4,6
	500 und mehr	16	1,0	359	18,7	506	53,9	79	26,3
	Insgesamt	430 362	27,9	30 781	22,4	56 312	38,0	2 608	11,7

Unternehmen und Beschäftigte am 25. Mai 1987 nach Verwaltungsbezirken						
Verwaltungsbezirk	Unternehmen		Beschäftigte			
			insgesamt		je Unternehmen	je 100 Beschäftigte in den Arbeitsstätten ohne Organisationen und Gebietskörperschaften
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Kreisfreie Städte						
Düsseldorf	25 371	4,9	381 473	6,2	15	114
Duisburg	11 247	2,2	218 999	3,6	19	116
Essen	16 030	3,1	275 920	4,5	17	133
Krefeld	7 254	1,4	84 742	1,4	12	83
Mönchengladbach	7 072	1,4	91 100	1,5	13	104
Mülheim a. d. Ruhr	4 806	0,9	70 579	1,1	15	111
Oberhausen	4 069	0,8	60 804	1,0	15	86
Remscheid	3 222	0,6	49 504	0,8	15	101
Solingen	6 034	1,2	58 395	0,9	10	97
Wuppertal	11 004	2,1	146 524	2,4	13	103
Kreise						
Kleve	8 682	1,7	63 061	1,0	7	92
Mettmann	17 175	3,3	154 314	2,5	9	92
Neuss	14 463	2,8	101 525	1,6	7	74
Viersen	9 983	1,9	80 073	1,3	8	100
Wesel	12 135	2,3	87 848	1,4	7	70
Reg.-Bez. Düsseldorf	158 547	30,5	1 924 861	31,2	12	102
darunter						
kreisfreie Städte	96 109	18,5	1 438 040	23,3	15	110
Kreise	62 438	12,0	486 821	7,9	8	84
Kreisfreie Städte						
Aachen	6 676	1,3	83 308	1,4	12	95
Bonn	10 025	1,9	602 399	9,8	60	636
Köln	32 668	6,3	479 340	7,8	15	116
Leverkusen	3 407	0,7	103 280	1,7	30	136
Kreise						
Aachen	8 358	1,6	68 078	9,9	8	94
Düren	7 466	1,4	65 189	1,1	9	82
Erftkreis	12 201	2,3	84 422	1,4	7	76
Euskirchen	5 134	1,0	34 128	0,6	7	82
Heinsberg	7 227	1,4	51 438	0,8	7	85
Oberbergischer Kreis	8 508	1,6	82 326	1,3	10	94
Rhein.-Berg. Kreis	9 237	1,8	70 545	1,1	8	99
Rhein-Sieg-Kreis	15 711	3,0	117 108	1,9	7	99
Reg.-Bez. Köln	126 618	24,3	1 841 561	29,9	15	140
darunter						
kreisfreie Städte	52 776	10,1	1 268 327	20,6	24	189
Kreise	73 842	14,2	573 234	9,3	8	89
Kreisfreie Städte						
Bottrop	2 736	0,5	18 068	0,3	7	66
Gelsenkirchen	6 787	1,3	69 701	1,1	10	74
Münster	7 586	1,5	94 284	1,5	12	94

Noch: Unternehmen und Beschäftigte am 25. Mai 1987 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Unternehmen		Beschäftigte			
			insgesamt		je Unternehmen	je 100 Beschäftigte in den Arbeitsstätten ohne Organisationen und Körperschaften
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Kreise						
Borken	10 532	2,0	94 257	1,5	9	94
Coesfeld	5 609	1,1	38 562	0,6	7	93
Recklinghausen	14 805	2,8	139 566	2,3	9	81
Steinfurt	11 393	2,2	100 980	1,6	9	89
Warendorf	7 578	1,5	68 196	1,1	9	87
Reg.-Bez. Münster	67 026	12,9	623 614	10,1	9	86
darunter						
kreisfreie Städte	17 109	3,3	182 053	3,0	11	82
Kreise	49 917	9,6	441 561	7,2	9	87
Kreisfreie Stadt						
Bielefeld	10 483	2,0	114 556	1,9	11	92
Kreise						
Gütersloh	11 110	2,1	122 230	2,0	11	102
Herford	8 452	1,6	78 180	1,3	9	96
Höxter	4 665	0,9	33 833	0,5	7	91
Lippe	12 062	2,3	94 517	1,5	8	94
Minden-Lübbecke	9 900	1,9	89 297	1,4	9	89
Paderborn	7 346	1,4	77 750	1,3	11	100
Reg.-Bez. Detmold	64 018	12,3	610 363	9,9	10	95
darunter						
kreisfreie Stadt	10 483	2,0	114 556	1,9	11	92
Kreise	53 535	10,3	495 807	8,0	9	96
Kreisfreie Städte						
Bochum	8 628	1,7	117 695	1,9	14	91
Dortmund	14 985	2,9	231 291	3,8	15	109
Hagen	6 656	1,3	67 056	1,1	10	85
Hamm	3 974	0,8	41 145	0,7	10	74
Herne	4 171	0,8	76 360	1,2	18	152
Kreise						
Ennepe-Ruhr-Kreis	10 155	2,0	97 162	1,6	10	85
Hochsauerlandkreis	9 508	1,8	82 402	1,3	9	91
Märkischer Kreis	14 734	2,8	158 566	2,6	11	96
Olpe	3 916	0,8	40 837	0,7	10	99
Siegen-Wittgenstein	8 832	1,7	85 343	1,4	10	80
Soest	8 310	1,6	83 385	1,4	10	102
Unna	9 985	1,9	81 226	1,3	8	72
Reg.-Bez. Arnsberg	103 854	20,0	1 162 468	18,9	11	94
darunter						
kreisfreie Städte	38 414	7,4	533 547	8,7	14	101
Kreise	65 440	12,6	628 921	10,2	10	88
Nordrhein-Westfalen	520 063	100	6 162 867	100	12	106



Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende	1 000	16 801	16 954
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	9 103	9 202
3	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,5	6,5
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	15 490	15 560
5	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	11,0
6	Totgeborene	je 1 000 Geborene	3,6	3,7
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 582	15 840
8	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	11,2
9	darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	130	127
10	je 1 000 Lebendgeborene		8,4	8,2
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)	Anzahl	-9,2	-280
12	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		-0,1	-0,2
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	29 327	40 288
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	18 393	20 881
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	+10 934	+19 407
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	39 675	43 188
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	751	686
18	* darunter Männer	"	409	367
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	1 955	1 944
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	559	551
21	* Schweine	"	6 093	5 996
22	* darunter Schlacht- und Mast Schweine	"	2 365	2 305
23	* Zuchtsauen	"	619	615
24	* darunter trächtig	"	410	416
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft				
25	* Rinder	1 000 St.	73	70
26	* Kälber	"	23	16
27	* Schweine	"	996	947
28	* darunter Hausschlachtungen	"	9	7
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	110	106
30	* darunter Rinder	"	22	22
31	* Kälber	"	3	2
32	* Schweine	"	85	82
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	1 416	1 278
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	3 233	3 369
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	4 051	4 215
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	239	241
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95,9	96,2
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,9	14,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	107	117
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	104	109
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 942	1 965
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 344	1 362
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	183 941	184 987
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 496	4 721
45	* Gehälter (brutto)	"	3 180	3 308
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	36 340	38 968
47	* darunter Auslandsumsatz	"	10 776	11 803

1) Bei den Werten des Jahres 1990 handelt es sich um vorläufige Werte. - 2) nach dem Ereignisort - 3) nach der Wohngemeinde der Mutter - 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien - 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern - Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1989			1990				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
16 912	16 922	16 935	1
7 005	13 937	11 519	7 994	8 112	2
5,0	9,7	8,3	3
14 931	15 544	15 438	16 403	14 839	4
10,7	10,8	11,1	5
3,8	4,0	3,7	4,2	3,9	6
15 236	15 925	14 866	16 091	15 724	7
11,0	11,1	10,7	8
114	111	110	119	99	9
7,6	7,1	7,1	7,3	6,7	10
-305	-381	+572	+312	-885	11
-0,2	-0,3	+0,4	12
29 962	28 042	33 094	13
19 500	17 516	20 641	14
+10 462	+10 526	+12 453	15
39 097	38 256	42 410	16
697	679	684	682	647	625	633	17
378	366	364	349	338	323	326	18
.	.	1 989	.	.	.	1 918	19
.	.	544	.	.	.	522	20
6 011	.	.	.	5 970	.	.	21
2 194	.	.	.	2 174	.	.	22
619	.	.	.	607	.	.	23
411	.	.	.	399	.	.	24
67	68	66	82	70	69	62	25
17	17	18	14	15	13	13	26
920	990	944	1 000	916	924	889	27
6	3	3	7	5	3	3	28
103	110	105	117	105	105	100	29
21	22	21	27	23	22	20	30
2	2	2	2	2	2	2	31
80	86	81	88	80	81	78	32
1 686	1 650	945	1 405	1 280	980	549	33
3 583	3 801	3 463	3 502	3 428	3 725	3 332	34
4 025	4 018	4 232	4 682	4 520	4 865	4 261	35
260	288	271	218	257	276	260	36
96,6	97,2	97,5	94,8	96,3	97,0	97,2	37
15,5	16,6	16,2	12,8	15,6	16,2	15,7	38
122	115	123	137	120	123	117	39
115	111	111	114	118	115	118	40
1 951	1 952	1 963r	2 008	2 007	2 011	2 023	41
1 352	1 353	1 364	1 390	1 390	1 394	1 405	42
188 500	176 954	189 180r	201 599	185 041	195 208	179 675	43
4 319	4 845	4 737r	4 634	4 723	5 198	5 042	44
3 132	3 424	3 420r	3 227	3 332	3 916	3 647	45
38 829	37 969	41 623r	43 430	39 055	41 974	39 744	46
12 061	11 891	12 866r	13 186	11 371	12 549	11 806	47

Verstorbene - 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene - 6) statt Monatsdurchschnitt 1988 bzw. 1989: Viehbestand am 2. Dezember 1988 bzw. 3. Dezember 1989 - 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat - 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 102	2 017
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	972	1 017
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	292	304
4	* Erd- und Erdölgas	"	679	713
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	444	394
6	* leichtes Heizöl	"	169	148
7	* schweres Heizöl	"	276	246
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 642	6 704
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 865	2 797
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	86	84
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	148	141
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	120	113
13	geleistete Arbeiterstunden	"	13 497	12 622
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	421	411
15	Gehälter (brutto)	"	176	176
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 005	1 734
17	darunter Auslandsumsatz	"	204	129
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	99	106
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	104	105
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	505	503
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	330	329
22	geleistete Arbeiterstunden	"	45 707	44 837
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 232	1 279
24	Gehälter (brutto)	"	1 026	1 062
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 078	13 970
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 335	4 648
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	114	128
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	107	117
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	860	881
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	587	603
31	geleistete Arbeiterstunden	"	81 007	83 149
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 933	2 066
33	Gehälter (brutto)	"	1 434	1 499
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 271	14 551
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 917	5 496
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	114	123
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	107	111
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	325	337
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	241	250
40	geleistete Arbeiterstunden	"	33 650	34 342
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	718	768
42	Gehälter (brutto)	"	389	415
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	5 089	5 557
44	darunter Auslandsumsatz	"	1 111	1 294
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	106	113
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	104	104
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 079	10 037
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	192	197
50	Gehälter (brutto)	"	155	157
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 897	3 156
52	darunter Auslandsumsatz	"	209	236
Handwerk⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	92,4	92,7
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	141,4	151,2

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1989			1990			Lfd. Nr.	
April	Mai	Juni	März	April	Mai		Juni
		5 785	5 821			5 699	1
		3 053r	3 353			2 883	2
		894	884			888	3
		2 158r	2 469			1 995	4
		1 105	1 252			1 193	5
		470	493			444	6
		635	760			749	7
6 681	6 460	6 658r	6 886	6 599	6 729	6 466	8
2 542	2 455	2 671	2 930	2 809	2 784	2 737	9
79	82	79	85	86	84	84	10
142	141	140	135	133	133	132	11
114	113	112	108	106	106	105	12
12 383	11 284	12 116	13 477	11 191	12 217	10 526	13
343	433	371	390	372	428	374	14
169	183	165	167	168	186	168	15
1 597	1 590	1 688	1 728	1 554	1 622	1 495	16
142	136	160	83	95	115	87	17
112	105	115	113	103	104	101	18
110	106	107	108	110	107	108	19
501	501	502r	502	501	500	502	20
327	327	329	327	327	326	328	21
45 975	43 982	45 896r	47 610	44 123	45 693	42 601	22
1 207	1 347	1 260r	1 192	1 317	1 354	1 298	23
005	1 169	1 060	966	1 070	1 461	1 075	24
14 362	13 999	15 293	14 734	13 318	14 061	13 495	25
4 796	4 691	5 038r	4 847	4 174	4 434	4 319	26
130	127	132	154	137	140	133	27
125	119	120	124	129	126	132	28
872	874	880	912	913	915	922	29
598	599	604r	625	627	630	636	30
85 376	79 276	85 561r	91 759	84 711	89 611	82 073	31
1 889	2 071	2 121r	2 082	2 057	2 327	2 309	32
1 416	1 496	1 602r	1 518	1 507	1 639	1 757	33
14 278	14 077	15 696r	16 985	15 176	16 799	15 658	34
5 620	5 662	6 052r	6 457	5 579	6 402	5 827	35
130	112	120	157	126	129	120	36
120	112	113	122	123	119	122	37
335	334	337	352	352	353	355	38
249	247	250r	261	261	262	264	39
35 200	32 681	35 434	38 270	35 009	37 004	34 133	40
701	788	787	777	780	867	846	41
395	413	436	420	436	456	482	42
5 605	5 055	5 710	6 652	5 750	6 022	5 809	43
1 278	1 171	1 357	1 567	1 302	1 361	1 358	44
111	123	110	108	122	124	123	45
102	102	104	108	109	110	112	46
65	66	67	68	69	71	72	47
9 566	9 731	10 173	10 483	10 007	10 683	10 342	48
179	206	198	193	197	221	215	49
148	163	157	155	158	173	165	50
2 987	3 249	3 235	3 330	3 256	3 471	3 287	51
225	230	259	233	220	236	215	52
		91,5	94,6			95,1	53
		146,8	148,0			165,5	54

erhoben. - 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle - 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	10 890	11 242
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 091	10 512
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 738	1 679
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	231 180	231 217
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 116	25 311
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	8 063	8 190
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	9 701	9 742
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 351	7 380
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	580,2	603,5
10	* Gehälter (brutto)	"	159,3	165,1
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 212,1	2 380,5
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 229	...
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 116	...
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	1 999	...
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	628 077	...
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	331	...
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	392	...
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 540	...
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	560 039	...
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	409	...
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 403	...
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	108,2	112,8
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	106,3	110,0
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	101,8	103,7
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	118,0	130,9
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	106,2	108,5
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	119,7	124,0
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	112,9	116,4
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	130,7	139,2
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	114,7	126,2
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	104,5	105,7
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	105,5	113,2
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	101,3	112,7
34	Fertigwaren	"	109,5	113,7
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	107,7	110,3
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	120,1	129,4
37	Gaststättengewerbe	"	103,1	103,5
38	Kantinen	"	123,6	129,9
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	179 259	190 006
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	180 321	205 882
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	12 315,8	13 512,9
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	350,1	392,8
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	11 965,8	13 120,1
44	* davon Rohstoffe	"	200,6	205,4
45	* Halbwaren	"	979,9	1 061,7
46	* Fertigwaren	"	10 785,3	11 852,9
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 331,8	3 674,6
48	* Enderzeugnisse	"	7 453,5	8 178,3
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 449,7	1 577,1
50	Dänemark	"	223,8	239,0
51	Frankreich	"	1 335,5	1 426,0
52	Griechenland	"	118,8	120,6
53	Großbritannien	"	1 250,0	1 286,2
54	Italien	"	993,9	1 102,8
55	Niederlande	"	1 398,2	1 502,5
56	Portugal	"	117,3	114,2
57	Republik Irland	"	68,5	67,1
58	Spanien	"	446,7	468,8

1) am Monatsende - 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus - 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse - gültige Ergebnisse

1989			1990			Lfd. Nr.	
April	Mai	Juni	März	April	Mai		Juni
11 087	10 529	10 843r	11 818	10 600r	11 182	10 597	1
10 659	9 709	9 546r	11 108	10 304	2
1 454	1 434	1 623	1 782	1 783	1 716	1 696	3
228 302	229 026	230 280	231 049	231 766	232 030	233 700	4
25 193	24 520	28 149	27 225	25 054	27 846	24 549	5
8 310	8 274	9 297	8 990	8 541	9 323	8 089	6
9 499	9 068	10 475	10 464	9 223	10 246	9 259	7
7 384	7 178	8 378	7 771	7 290	8 277	7 201	8
531,4	601,0	606,6	599,6	612,0	675,9	632,0	9
155,8	159,2	166,2	164,9	169,2	174,2	192,3	10
2 128,4	2 089,6	2 582,8	2 407,5	2 392,9	2 609,0	2 627,5	11
2 723	2 777	2 676	3 081	3 079	2 979	3 430	12
2 504	2 569	2 454	2 700	2 708	2 645	3 036	13
2 758	2 584	2 752	3 272	3 222	3 032	3 611	14
875 395	825 891	885 211	1 055 800	1 044 907	994 972	1 179 332	15
465	430	453	550	555	511	610	16
417	408	408	404	354	442	520	17
2 991	3 208	3 021	3 232	2 756	2 815	3 587	18
548 595	469 246	542 963	579 249	482 505	570 321	694 532	19
455	474	488	531	402	451	589	20
5 159	4 657	5 030	6 171	6 328	5 983	7 132	21
111,7	112,1	111,0	126,1	117,9	123,1	114,5	22
106,5	111,4	110,4	121,5	116,7	120,3	114,5	23
99,6	105,0	88,1	115,1	106,7	114,5	92,1	24
129,7	117,0	120,4	149,7	136,9	134,7	123,5	25
93,2	84,3	89,9	112,9	97,0	99,9	102,5	26
108,0	94,1	106,9	126,3	116,1	108,6	112,3	27
114,4	114,6	117,7	127,4	120,6	127,7	121,3	28
164,4	160,6	154,2	146,8	136,5	142,6	130,1	29
146,2	140,0	146,1	159,9	142,6	155,8	146,8	30
98,2	100,4	99,3	111,2	106,8	110,3	104,0	31
112,3	111,0	115,4	120,9	109,7	118,4	109,9	32
112,7	111,5	116,6	112,4	103,2	111,3	103,6	33
112,0	110,5	114,3	129,4	116,2	125,4	116,1	34
110,5	114,8	108,4	113,3	111,5	129,8	118,7	35
135,4	134,5	126,0	145,0	138,2	177,0	150,0	36
102,1	108,9	101,6	101,8	102,7	114,6	107,7	37
129,4	117,7	135,0	148,9	129,0	152,1	148,6	38
179 797	198 476	194 260	191 760	181 452	156 508	...	39
188 242	172 784	213 212	209 670	246 826	223 108	...	40
13 935,2	12 967,0	15 629,7	15 192,7	13 192,3	13 844,7	...	41
376,5	381,0	435,4	452,1	364,9	411,1	...	42
13 558,7	12 586,0	15 194,3	14 740,6	12 827,4	13 433,6	...	43
221,4	219,8	251,1	210,7	184,1	228,8	...	44
1 109,5	1 028,4	1 244,1	1 029,0	930,0	900,3	...	45
12 227,8	11 337,9	13 699,1	13 500,9	11 713,3	12 304,4	...	46
3 747,5	3 714,8	4 227,1	3 818,2	3 452,0	3 567,5	...	47
8 480,3	7 623,1	9 472,0	9 682,7	8 261,3	8 736,9	...	48
1 688,4	1 520,2	1 815,0	1 807,5	1 522,1	1 661,3	...	49
246,1	231,6	263,6	267,9	237,2	240,1	...	50
1 480,4	1 338,2	1 611,9	1 711,0	1 509,1	1 424,4	...	51
117,0	120,7	138,4	133,0	122,6	109,2	...	52
1 349,2	1 276,8	1 566,5	1 354,0	1 231,9	1 276,5	...	53
1 202,9	1 115,8	1 344,5	1 258,0	1 143,4	1 174,5	...	54
1 534,6	1 428,3	1 672,7	1 646,8	1 508,0	1 535,3	...	55
117,0	115,9	132,5	138,1	121,8	126,9	...	56
65,1	65,9	73,5	77,0	60,3	68,8	...	57
495,2	494,5	517,8	583,9	482,2	525,5	...	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Handel und Gastgewerbe				
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	7 402,3	7 904,3
2	* EFTA-Länder zusammen	"	1 887,9	1 925,1
3	* übrige Länder	"	3 943,0	3 683,5
Fremdenverkehr¹⁾				
4	* Gästeankünfte	1 000	829	884
5	* darunter von Auslandsgästen	"	155	172
6	* Gästeübernachtungen	"	2 607	2 722
7	* darunter von Auslandsgästen	"	394	440
Verkehr				
Binnenschifffahrt				
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 893	10 909
9	* davon Gütereingang	"	6 180	6 149
10	* Gütersendungen	"	4 713	4 760
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 595	12 079
12	davon Bergverkehr	"	7 437	7 415
13	Talverkehr	"	4 158	4 397
Kraftfahrzeuge				
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	64 076	64 968
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	58 732	59 166
16	Lastkraftwagen	"	2 601	2 841
17	Krafträder einschl. Kraftroller und Leichtkrafträder	"	1 702	1 790
Straßenverkehrsunfälle				
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	46 983	46 151
19	* davon mit Personenschaden	"	7 208	7 123
20	mit nur Sachschaden	"	39 775	39 028
21	* getötete Personen	"	144	137
22	* verletzte Personen	"	9 212	9 087
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 462	2 333
Deutsche Bundesbahn³⁾				
24	Gütereingang	1 000 t	6 999	...
25	Gütersendungen	"	8 273	...
Deutsche Bundespost⁴⁾				
26	Briefsendungen	Mill.	259	272
27	Paketsendungen	1 000	4 476	4 329
28	abgehende Ferngespräche	Mill.	255	298
29	aufgegebene Telegramme	1 000	126	114
Geld und Kredit				
Kredite und Einlagen⁵⁾				
30	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	460 209	485 694
31	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	450 653	475 270
32	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	85 533	93 908
33	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	83 606	92 601
34	* an öffentliche Haushalte	"	1 927	1 307
35	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	32 936	34 303
36	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	29 431	30 002
37	* an öffentliche Haushalte	"	3 505	4 301
38	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	333 537	349 400
39	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	272 130	288 551
40	* an öffentliche Haushalte	"	61 407	60 849
41	durchlaufende Kredite	"	8 203	8 083
42	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 671	6 476
43	an öffentliche Haushalte	"	1 532	1 607

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

1989			1990			Lfd. Nr.	
April	Mai	Juni	März	April	Mai		Juni
8 295,9	7 707,9	9 136,4	8 977,2	7 938,8	8 142,5	...	1
2 020,1	1 813,4	2 268,2	2 145,0	1 893,3	2 016,7	...	2
3 619,2	3 445,6	4 225,1	4 070,5	3 360,2	3 685,5	...	3
957	1 011	956	922	881	1 127	925	4
173	187	178	172	188	227	205	5
2 759	3 062	2 988	2 635	2 831	3 438	3 086	6
420	455	419	447	503	626	530	7
11 053	10 767	11 333	11 680	10 383	11 020	10 644	8
6 187	5 945	6 114	6 639	6 031	6 176	5 994	9
4 866	4 822	5 219	5 041	4 352	4 844	4 650	10
12 844	12 078	13 174	13 414	12 310	12 744	...	11
7 950	7 370	7 906	8 576	7 868	8 239	7 921	12
4 894	4 708	5 268	4 838	4 262	4 505	...	13
79 906	67 305	75 959	86 893	75 373	77 832	70 737	14
72 120	60 431	68 766	76 134	66 443	69 146	63 527	15
3 131	2 825	3 138	3 310	2 924	3 344	2 975	16
3 269	2 802	2 409	5 445	4 376	3 914	2 656	17
48 970	45 335	46 434	47 682	43 903	48 085	42 643	18
6 939	8 178	7 846	6 903	6 466	8 382	6 883	19
42 031	37 157	38 588	40 779	37 437	39 703	35 760	20
137	137	120	125	114	145	126	21
8 752	10 229	9 912	8 735	8 378	10 650	8 983	22
2 177	2 683	2 542	2 130	2 170	2 557	2 312	23
7 340	6 719	7 547	24
8 491	8 001	8 983	25
265	255	270	291	247	253	230	26
4 332	3 753	3 926	4 510	3 955	3 676	3 146	27
...	301	302	315	324	315	...	28
112	119	111	122	124	135	128	29
464 739	465 021	469 426	491 032	491 948	492 509	497 930	30
455 392	455 658	460 275	480 716	482 091	482 044	487 260	31
86 476	85 338	88 380	96 499	95 883	94 239	99 602	32
83 218	83 762	87 193	95 336	93 519	93 271	98 063	33
3 258	1 576	1 187	1 163	2 364	968	1 539	34
32 549	32 777	33 019	35 452	35 598	36 272	36 520	35
28 756	28 991	29 159	31 269	31 217	31 603	31 714	36
3 793	3 786	3 860	4 183	4 381	4 669	4 806	37
337 690	338 875	339 974	351 042	352 376	353 869	353 682	38
276 513	277 573	278 704	290 867	292 461	293 516	293 771	39
61 177	61 302	61 270	60 175	59 915	60 353	59 911	40
8 024	8 031	8 053	8 039	8 091	8 129	8 126	41
6 459	6 466	6 485	6 455	6 503	6 529	6 526	42
1 565	1 565	1 568	1 584	1 588	1 600	1 600	43

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	425 535	444 433
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	248 317	274 119
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	205 041	228 824
4	* von öffentlichen Haushalten	"	43 276	45 295
5	* Spareinlagen	"	177 218	170 314
6	* bei Sparkassen	"	105 082	100 626
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 336	9 621
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	9 116	10 198
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	383	329
10	* Vergleichsverfahren	"	1	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	2 083	1 696
12	* Wechselsumme	Mill. DM	19	18
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	582 686	572 589
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	552 755	544 007
15	von Lastenzuschuß	"	29 932	28 581
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	149	152
17	Mietzuschuß je Fall	"	148	151
18	Lastenzuschuß je Fall	"	160	158
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 065	10 146
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 828	5 857
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 010	3 049
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	8 851,2	9 879,5
23	* Steuern vom Einkommen	"	5 497,6	6 212,0
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	3 770,5	4 140,2
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	869,3	988,5
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	220,1	336,3
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	637,7	746,9
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 353,6	3 667,5
29	* Umsatzsteuer	"	1 723,7	1 762,1
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 629,9	1 905,4
31	* Bundessteuern	"	1 350,5	1 595,5
32	* darunter Zölle	"	148,2	179,0
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 098,5	1 269,5
34	darunter Mineralölsteuer	"	711,8	879,5
35	* Landessteuern	"	503,1	536,9
36	* darunter Vermögensteuer	"	125,8	127,4
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	181,1	202,7
38	* Biersteuer	"	31,3	32,8
39	* Gemeindesteuern ³⁾	"	3 207,7	3 414,5
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 581,6	2 756,3
41	* Grundsteuer A	"	14,5	14,1
42	* Grundsteuer B	"	553,4	567,1
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften³⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	17 964,6	20 290,9
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 202,4	8 164,0
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 539,5	7 151,6
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	171,2	188,6
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	11 832,2	13 097,4
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	7 202,4	8 164,0
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 949,3	3 134,1
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	171,2	188,6
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 953,3	5 345,2
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 087,9	2 307,9
53	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁴⁾	"	2 239,2	2 379,0

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und

1989			1990			Lfd. Nr.	
April	Mai	Juni	März	April	Mai		Juni
418 510	420 405	419 774	435 355	441 991	441 736	440 740	1
247 252	250 016	250 411	269 963	277 454	278 261	277 803	2
206 243	207 740	208 568	226 345	233 715	233 274	232 753	3
41 009	42 276	41 843	43 618	43 739	44 987	45 050	4
171 258	170 389	169 363	165 392	164 537	163 475	162 937	5
101 880	101 254	100 567	97 753	97 131	96 429	95 934	6
8 811	7 672	8 474	10 646	9 857	8 674	8 451	7
10 037	8 541	9 500	12 007	10 712	9 736	8 988	8
317	337	300	359	352	233	325	9
1	1	-	-	-	1	1	10
1 577	1 770	1 742	1 655	1 629	1 498	1 519	11
13	16	14	18	18	17	17	12
578 100	584 170	575 181	556 052	557 103	565 397	552 217	13
548 918	554 502	545 750	529 435	530 343	537 960	525 212	14
29 182	29 668	29 431	26 617	26 760	27 437	27 005	15
152	152	152	153	154	154	154	16
152	152	152	153	154	154	154	17
158	159	159	157	158	158	158	18
10 087	10 073	10 095	10 264	10 275	10 278	10 294	19
5 795	5 783	5 800	5 949	5 957	5 958	5 974	20
3 036	3 039	3 046	3 070	3 074	3 078	3 080	21
7 625,7	7 466,9	12 850,3	13 402,6	8 912,7	8 843,4	12 614,0	22
4 055,3	4 002,9	9 190,4	8 947,6	3 785,2	3 942,0	8 634,0	23
3 646,2	3 465,3	4 270,4	3 489,8	3 519,6	3 299,1	4 019,2	24
-274,7	-117,2	2 608,4	3 362,2	-5,2	-77,2	2 553,1	25
469,3	426,8	339,2	18,1	152,2	236,9	168,7	26
214,5	228,1	1 972,4	2 077,6	118,6	483,2	1 892,9	27
3 570,3	3 464,0	3 659,9	4 455,0	5 127,5	4 901,4	3 980,0	28
1 654,1	1 688,7	1 624,0	1 449,2	2 101,5	1 854,7	1 557,5	29
1 916,2	1 775,3	2 035,9	3 005,8	3 026,1	3 046,7	2 422,6	30
1 473,7	1 693,7	1 592,6	2 085,7	1 847,5	1 986,0	1 872,4	31
166,5	151,6	163,9	320,0	326,6	326,0	347,2	32
1 215,4	1 417,9	1 274,8	1 619,5	1 403,8	1 510,2	1 410,9	33
856,1	986,8	929,9	851,0	811,0	918,3	863,3	34
437,5	716,9	509,6	486,5	504,0	1 074,5	396,2	35
19,7	310,6	36,5	51,7	31,1	348,5	32,3	36
234,8	199,0	246,2	200,1	259,0	214,4	131,6	37
37,4	31,5	38,6	30,2	26,4	30,2	46,8	38
.	.	3 210,0	3 472,4	.	.	3 532,0	39
.	.	2 535,3	2 818,2	.	.	2 833,5	40
.	.	15,4	13,0	.	.	15,0	41
.	.	576,9	558,2	.	.	602,6	42
.	.	19 498,6	21 514,4	.	.	22 180,7	43
.	.	7 604,4	7 500,4	.	.	7 182,5	44
.	.	6 951,2	9 388,4	.	.	9 105,8	45
.	.	182,9	-8,0	.	.	186,6	46
.	.	12 465,3	12 501,8	.	.	12 333,6	47
.	.	7 604,4	7 500,4	.	.	7 182,5	48
.	.	3 013,9	3 271,9	.	.	2 989,9	49
.	.	182,9	-8,0	.	.	186,6	50
.	.	4 883,9	5 634,4	.	.	5 155,2	51
.	.	2 039,8	2 146,1	.	.	1 996,3	52
.	.	2 169,4	2 834,1	.	.	2 460,4	53

Ausgaben aus der Zerlegung - 3) statt Monatsdurchschnitt 1988 bzw. 1989: Vierteljahresdurchschnitt - 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Preise				
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	100,9	103,5
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	99,6	101,7
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	96,6	99,8
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	102,5	103,9
5	Bekleidung, Schuhe	"	105,0	106,5
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	100,5	103,4
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	99,5	101,6
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	97,7	100,9
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	102,4	103,8
10	Bekleidung, Schuhe	"	104,9	106,3
Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	120,4	124,2
12	davon Rohbauarbeiten	"	114,5	118,1
13	Ausbauarbeiten	"	128,8	133,1
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	"	121,4	125,2
15	für Bürogebäude	"	123,8	127,8
16	für gewerbliche Betriebsgebäude	"	123,3	127,2
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	104,5	106,8
Löhne und Gehälter				
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	794	822
19	* darunter Facharbeiter	"	836	867
20	* weibliche Arbeiter	"	550	566
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	538	555
Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	19,35	20,13
23	* darunter Facharbeiter	"	20,39	21,22
24	* weibliche Arbeiter	"	14,07	14,60
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	13,82	14,36
bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	41,0	40,8
27	weibliche Arbeiter	"	39,1	38,8
Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾				
in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	4 941	5 117
29	* weiblich	"	3 381	3 491
technische Angestellte				
30	* männlich	DM	5 123	5 310
31	* weiblich	"	3 465	3 573
in Handel, Kredit und Versicherungen				
kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	4 056	4 226
33	* weiblich	"	2 750	2 865
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,1	+1,1

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1988 bzw. 1989: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1989			1990			Lfd. Nr.	
April	Mai	Juni	März	April	Mai		Juni
103,4	103,7	103,7	105,6	105,7	105,8	105,9	1
101,6	101,9	101,9	104,4	104,8	104,9	104,8	2
99,2	99,4	99,5	101,8	101,8	101,8	102,0	3
103,5	103,7	103,8	105,3	105,4	105,8	106,0	4
106,2	106,4	106,5	107,7	107,6	107,8	107,9	5
103,3	103,5	103,5	105,4	105,5	105,6	105,7	6
101,5	101,8	101,7	104,4	104,8	104,9	104,8	7
100,3	100,5	100,6	103,1	103,2	103,2	103,4	8
103,5	103,6	103,7	105,1	105,2	105,6	105,7	9
106,0	106,3	106,3	107,5	107,5	107,8	107,9	10
.	123,9	.	.	.	130,6	.	11
.	117,8	.	.	.	125,2	.	12
.	132,8	.	.	.	138,5	.	13
.	125,0	.	.	.	131,3	.	14
.	127,5	.	.	.	133,6	.	15
.	126,8	.	.	.	133,5	.	16
.	106,4	.	.	.	112,9	.	17
815	.	.	.	848	.	.	18
856	.	.	.	897	.	.	19
569	.	.	.	576	.	.	20
559	.	.	.	566	.	.	21
19,94	.	.	.	20,88	.	.	22
21,02	.	.	.	22,05	.	.	23
14,57	.	.	.	14,97	.	.	24
14,40	.	.	.	14,73	.	.	25
40,9	.	.	.	40,6	.	.	26
39,0	.	.	.	38,5	.	.	27
5 104	.	.	.	5 249	.	.	28
3 480	.	.	.	3 573	.	.	29
5 287	.	.	.	5 431	.	.	30
3 553	.	.	.	3 638	.	.	31
4 192	.	.	.	4 409	.	.	32
2 830	.	.	.	2 996	.	.	33
+0,8	+0,9	+1,0	+2,0	+2,1	+2,2	+2,2	34

gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 4) faktorenanalytische Verknüpfung von 7 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Zum

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

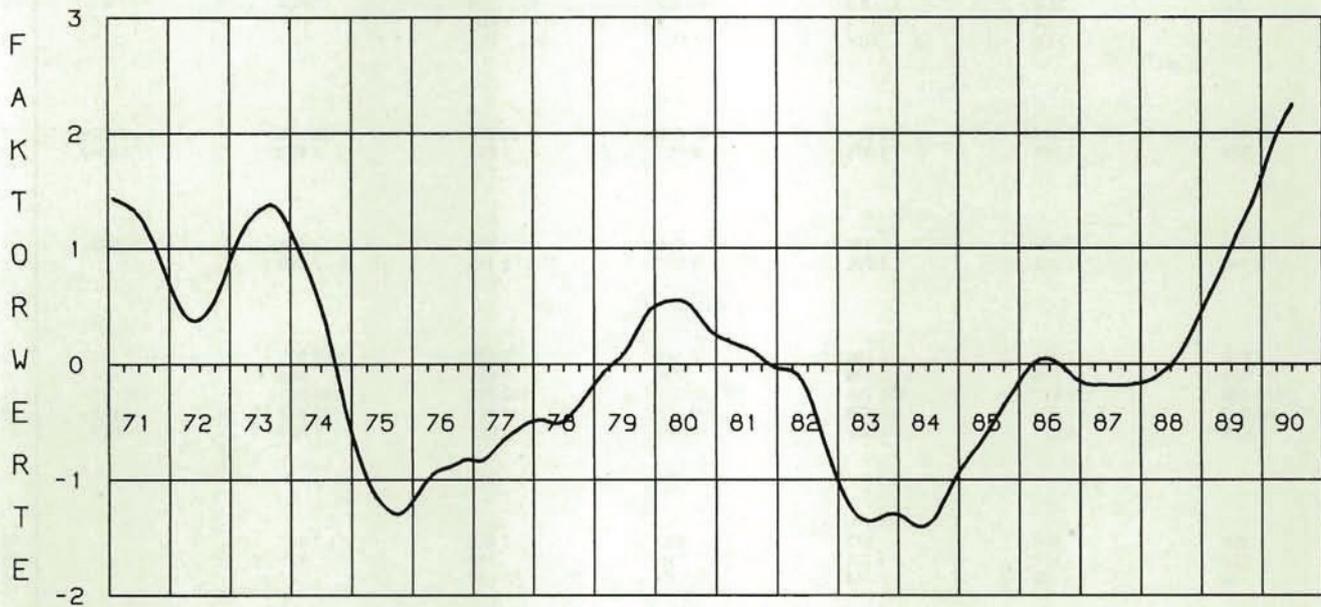
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1988	1989
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung				
1	Wohnbevölkerung ¹⁾	1 000	61 715	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr	6,5	6,4
3	Lebendgeborene		11,0	11,0
4	Gestorbene		11,2	11,2
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	27 354p	27 729p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	2 242	2 038
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	400	384p
8	Milcherzeugung	"	1 998	2 020
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	7 038	7 162
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	644	648
11	Umsatz	Mill. DM	130 073	141 013
12	darunter Auslandsumsatz	"	39 563	43 684
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	106,1	111,6
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte	1 000	996	999
16	geleistete Arbeiterstunden	Mill.	108	109
	darunter für Wohnungsbau	"	38	39
Handel				
Einzelhandel				
17	Umsatz insgesamt	1986 = 100	108,3	113,7
18	Warenverkehr mit Berlin (West)			
19	Bezüge	Mill. DM	3 139	3 237
20	Lieferungen	"	2 288	2 292
21	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
22	Bezüge	Mill. DM	566	600
23	Lieferungen	"	603	675
Außenhandel				
24	Einfuhr	Mill. DM	36 634	42 221
25	Ausfuhr	"	47 305	53 445
Verkehr				
Beförderte Güter				
26	Eisenbahnen ²⁾	1 000 t	25 856	26 286
27	Binnenschifffahrt	"	19 444	19 565
28	Seeschifffahrt	"	11 705	11 735p
Beförderte Personen				
29	Eisenbahnen ²⁾	Mill.	93,4	93,9p
Geld und Kredit				
30	Bargeldumlauf ¹⁾	Mrd. DM	142,6	146,9
31	Spareinlagen ¹⁾	"	728,0	705,6
32	Kredite an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾	Mrd. DM	1 791,1	1 921,7
33	öffentliche Haushalte ¹⁾	"	541,4	547,2
Steuern				
34	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	34 942	38 483
35	Steuern vom Einkommen	"	19 952	22 122
36	Lohnsteuer	"	13 959	15 153
37	veranlagte Einkommensteuer	"	2 766	3 067
38	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	728	1 054
39	Körperschaftsteuer	"	2 500	2 848
40	Bundessteuern	"	4 394	5 112
41	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 575	5 186
42	Landessteuern	"	1 889	2 017
Preise				
43	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	102,2	107,7
44	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	121,2	125,5
45	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	96,3	99,3
46	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	91,8	99,8
47	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	101,4	104,2
48	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	101,0	103,9

1) Jahres- bzw. Monatsende – 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs – – – Quelle: Statistisches Bundesamt

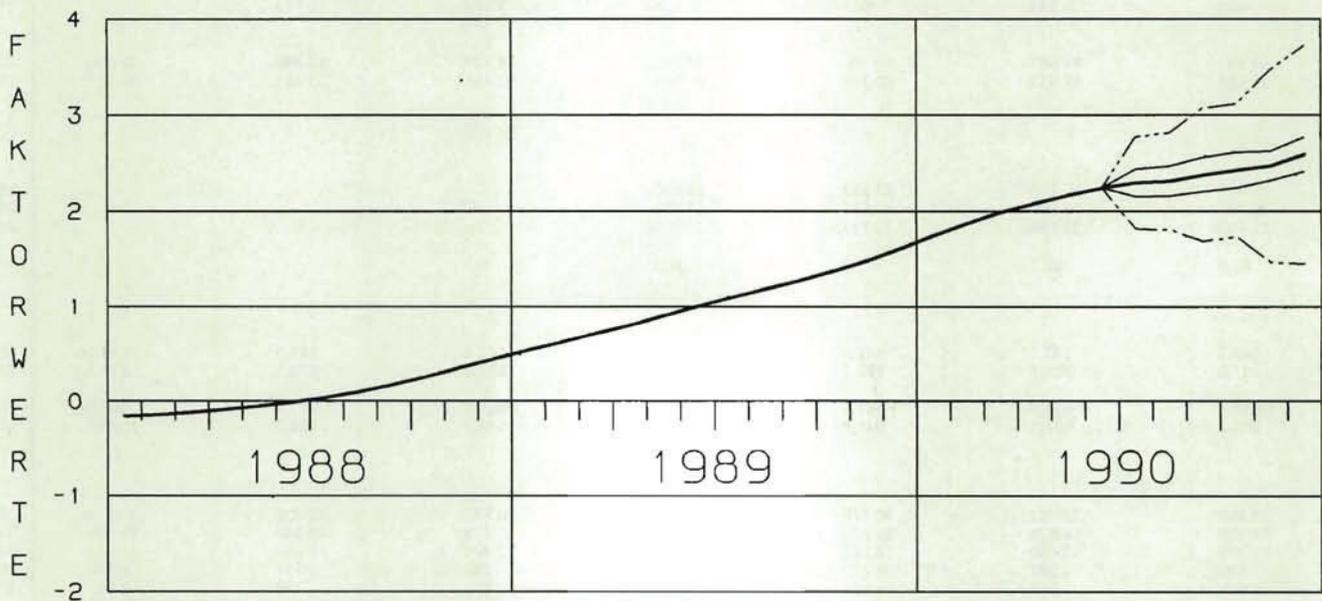
1989			1990			Lfd. Nr.	
April	Mai	Juni	März	April	Mai		Juni
...	1
5,1	10,0	8,8	5,3	5,6	10,4	9,6	2
10,4	11,4	11,1	11,3	11,0	11,7	11,0	3
10,7	11,6	10,8	11,5	11,4	11,0	10,5	4
27 441p	27 543p	27 621p	28 096p	28 224p	28 305p	28 400p	5
2 035	1 947	1 915	2 013	1 915	1 823	1 808p	6
376	406	374	416	390	406	378	7
2 146	2 327	2 208	1 856	2 113	2 269	...	8
7 063	7 077	7 108	7 341	7 337	7 357	7 384	9
661	616	679	708	650	686	645	10
143 898	133 516	150 795	157 571	142 489	153 529	148 693	11
44 019	41 656	47 828	49 755	43 456	46 972	44 665	12
113,0	105,3	114,0	123,6	113,7	116,7	118,5	13
955	964	970	995	1 009	1 017	...	14
110	107	125	115	110	125	...	15
39	39	44	43	42	47	...	16
112,5	111,9	112,2r	127,4	120,2	124,1	116,2p	17
3 445	2 833	3 500	18
2 340	2 156	2 370	19
576	609	602	588	563	555	...	20
692	594	661	828	1 169	1 129	...	21
43 581	40 501	46 886	47 545	44 820	43 745	42 308	22
53 456	51 013	60 779	60 949	52 441	55 783	50 511	23
25 925	25 109	27 363	27 630	24
20 462	19 867	20 881	21 453	25
11 483p	12 155p	12 294p	10 790p	26
89,6	98,1	91,3	91,5	27
142,3	140,1	142,9	143,0	142,4	141,9	143,4p	28
707,6	704,1	700,7	683,3	678,3	673,1	671,2p	29
1 813,4	1 821,5	1 841,1	1 955,6	1 962,0	1 967,7	1 987,5p	30
544,2	544,1	541,8	547,3	548,7	552,2	545,4p	31
30 408	32 782	46 176	44 052	30 713	32 338	45 409p	32
14 168	14 825	32 333	29 569	12 778	13 249	31 100	33
13 372	13 600	14 867	11 969	12 495	12 937	14 202	34
-922	-382	8 620	9 496	-297	-11	8 345	35
1 435	1 344	1 393	474	876	719	1 097	36
283	263	7 453	7 631	-296	-396	7 455	37
4 645	5 391	4 697	5 456	4 872	5 307	5 032p	38
4 874	5 515	4 818	5 424	5 027	5 398	5 171p	39
1 708	2 771	1 750	1 975	1 791	3 281	1 555p	40
108,2	108,5	108,5	105,4	105,0	104,7	104,1	41
99,2	125,2	99,2	100,2	100,7	133,0	100,8	42
97,8	99,3	100,8	97,6	98,2	100,8	98,9p	43
104,1	104,3	104,4	106,3	106,5	106,7	106,8	45
103,9	104,1	104,1	106,0	106,2	106,4	106,5	46

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS JUNI 1990 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB JULI 1990 BIS DEZEMBER 1990 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

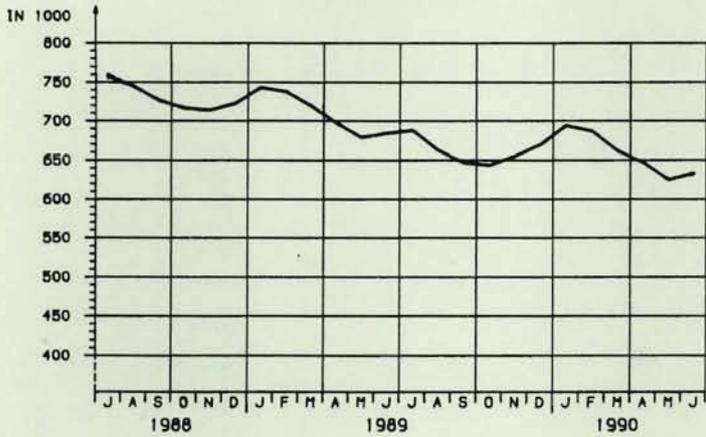
- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

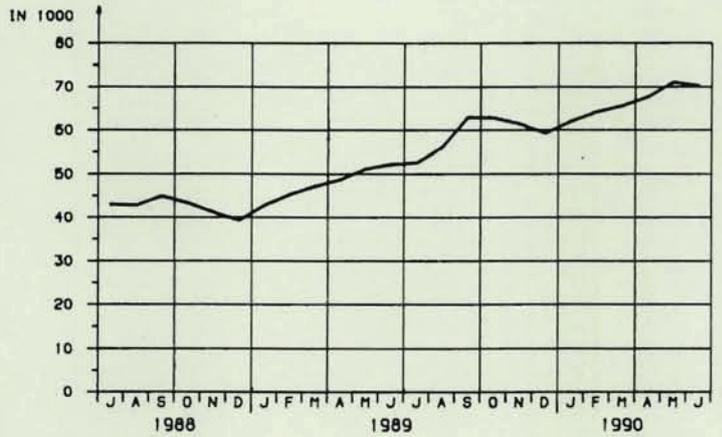
2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

ARBEITSMARKT, PREISE, LÖHNE, GEHÄLTER JULI 1988 BIS JUNI 1990

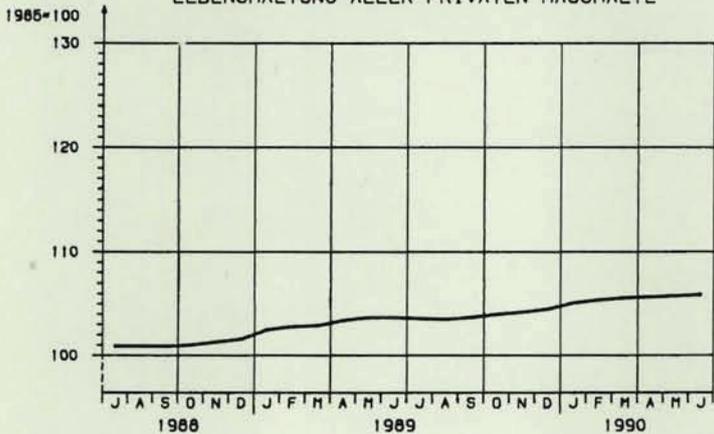
ARBEITSLÖSE



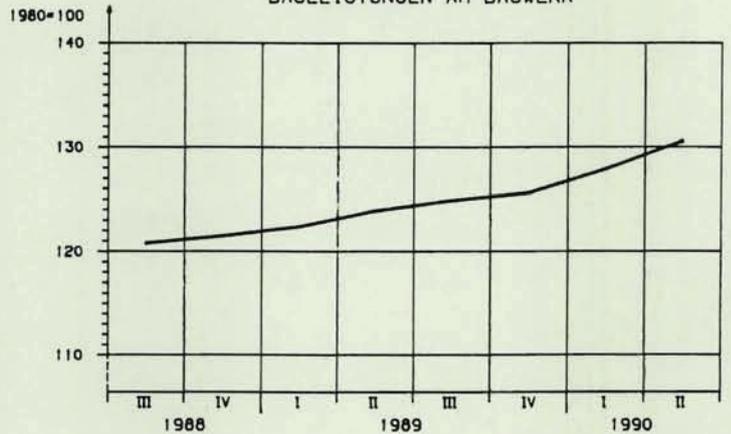
OFFENE STELLEN



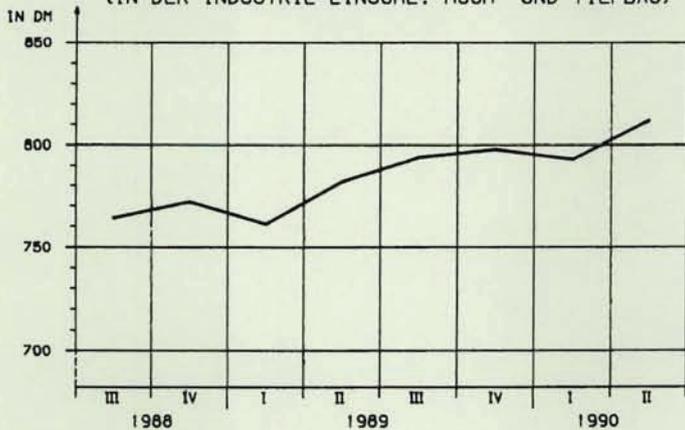
PREISINDEX FÜR DIE
LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE



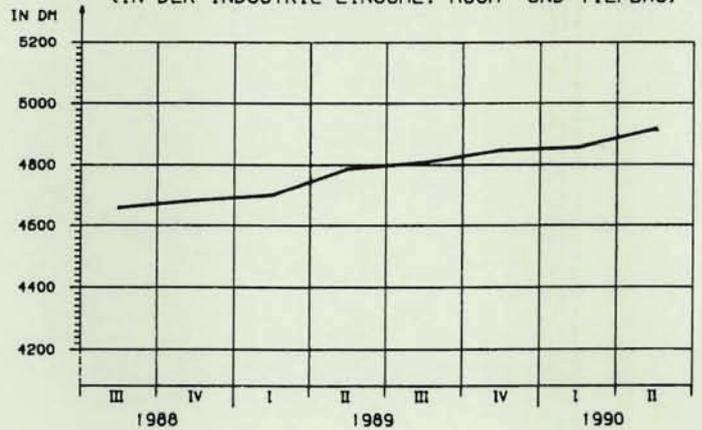
PREISINDEX FÜR WOHNGEBÄUDE,
BAULEISTUNGEN AM BAUWERK



BRUTTOWOCHENVERDIENST DER ARBEITER
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



BRUTTOMONATSVERDIENST DER ANGESTELLTEN
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



QUELLE: LANDESDATENBANK NW

GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NW



